Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

04.12.1969 - 33. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

33. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Dezember 1969

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Boljahn, Wenke.

INHALT

Eingang 1859

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. Oktober 1969:
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1970 und 1971 (Drucksachenabteilung I Nr. 84)
1. Lesung

00 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres — Allgemeine Aussprache

Abg. John (FDP) 1859
Abg. Dr. Cassens (CDU) 1860
Senator für Inneres Löbert 1863
Abg. Fröhlich (SPD) 1866
Abg. John (FDP) 1867
Abg. Iversen (CDU) 1868
Senator für Inneres Löbert 1869
Abg. Hauptmann (FDP) 1870
Abg. Ehlers (CDU) 1870
Abg. Krämer (NPD) 1870
Ab. Dr. Sieling (CDU) 1871
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1872

00 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres — Einzelberatung

0020/427 Landeszentrale für politische Bildung

Änderungsanträge Nr. 287 und 288 1873
Abg. John (FDP) 1873
Abg. Stäcker (SPD) 1873

01 Justiz — Einzelberatung

0121/681 Arbeitsbelohnungen an Gefangene in Strafanstalten

Änderungsantrag Nr. 289 1874
Abg. Grantz (SPD) 1874
Abg. Fischer (CDU) 1875
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1875
Abg. Kahrs (SPD) 1876

02 Bildungswesen — Allgemeine Aussprache

Abg. Schepers (CDU) 1877
Abg. Dr. Czichon (SPD) 1878
Abg. Gassdorf (CDU) 1879
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1880
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1880
Abg. Vorsatz (NPD) 1882
Abg. Dr. Sieling (CDU) zur Geschäftsordnung 1884
Abg. Dr. Czichon (SPD) 1884
Abg. Gassdorf (CDU) 1885
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 1886
Abg. Dr. Czichon (SPD) 1888
Abg. Gassdorf (CDU) 1888
Abg. Franke (SPD) 1889
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1892
Abg. Wilma Landwehr (SPD) 1892
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 1892
Abg. Meurer (CDU) 1893
Abg. Ursula Kaltenstein (SPD) 1895
Abg. Klein (CDU) 1895
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 1896
Abg. Oltmanns (FDP) 1898
Abg. Ströh (SPD) 1898

02 Bildungswesen — Einzelberatung

0201/251 Deutsches Schiffahrtsmuseum Bremerhaven

Änderungsanträge Nr. 290 und Nr. 299
Abg. Pöting (SPD) 1899

0201/681 Stipendien

Änderungsanträge Nr. 291, 292, 293, 294, 295
Abg. Ströh (SPD) 1900

0201/685 Zuschüsse an Privatschulen

Änderungsantrag Nr. 296
Abg. Franke (SPD) 1902

0201/685 Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge

Änderungsantrag Nr. 297
Abg. Sagner (CDU) 1902
Abg. John (FDP) 1903
Abg. Wolff (NPD) 1904
Abg. Götze (SPD) 1904

0201/722 Erweiterungsbau Ingenieurakademie

Änderungsantrag Nr. 300
Abg. Hustedt (NPD) 1904
Abg. Erbel (CDU) 1905
Abg. Ströh (SPD) 1905
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1906
Abg. Brouwer (NPD) 1907
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1907

03 Arbeit — Einzelberatung

0301/525 Zuschüsse für die Fortbildung von Sozial- und Arbeitsrichtern

Änderungsantrag Nr. 301
Abg. Stäcker (SPD) 1907
Abg. Sagner (CDU) 1908

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen,** Ella **Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Staatsrat **Kählitz**

Senatsdirektor **Dr. Klischies** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Wohlfahrt und Jugend)

Leitender Regierungsdirektor **Quantmeyer** (Senator für die Finanzen)

Leitender Regierungsdirektor **Petry** (Senatskommission für das Personalwesen)

Oberregierungsrat **Hagdorn** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Der Senat teilt in einem Schreiben vom 3. Dezember 1969 mit, daß er Herrn Senator Seifritz anstelle von Herrn Senator Löbert zum Senator für das Bauwesen bestellt hat.

Weitere Eingänge liegen nicht vor.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil: Eine Klasse der Hauptschule Oberneuland, eine Klasse der Berufsschule für Groß- und Außenhandel sowie ein Lehrgang der Bundeswehrfachschule.

Ich begrüße die Besucher aufs herzlichste.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute obliegt mir eine besondere Pflicht: Ich darf nämlich unserer Kollegin Frau Dr. Wolff zu ihrem heutigen Geburtstag im Namen des ganzen Hauses die herzlichsten Glückwünsche aussprechen und ihr dabei wünschen, daß sie noch manchen Geburtstag gerade während dieser Zeit in unserem Hause erleben möge.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Dr. Graf, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Löbert und Herrn Senator Jantzen.

Außerdem sind anwesend Herr Staatsrat Kählitz, Herr Senatsdirektor Stahl, Herr Senatsdirektor Dr. Klischies, Herr Leitender Regierungsdirektor Petry, Herr Leitender Regierungsdirektor Quantmeyer, Herr Oberregierungsrat Hagdorn und Herr Oberregierungsrat Raedeker.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. Oktober 1969:

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1970 und 1971 (Drucksachenabteilung I Nr. 84)

1. Lesung

2. Lesung

Dazu Herr Senator Speckmann und die ihm beigeordneten Herren.

Am gestrigen Tag haben wir die Grundsatzaussprache abgeschlossen.

Wir treten nunmehr in die Einzelberatung des Landeshaushalts ein.

Interfraktionell ist vereinbart worden, bei folgenden Einzelplänen allgemeine Aussprachen durchzuführen: 00 Teilbereich Inneres, 02 Bildungswesen, 04 Wohlfahrt, Jugend und Sport, 06 Bauwesen, 07 Wirtschaft und 09 Finanzen.

Dessen ungeachtet werde ich bei jedem Einzelplan eine allgemeine Aussprache eröffnen und dann darauf hinweisen, ob allgemeine Aussprachen vorgesehen wurden oder nicht.

Bei diesen Aussprachen soll die Redezeit bis zu 15 Minuten je Redner betragen.

Ich schlage Ihnen weiter vor, daß ich bei der Begründung der Änderungsanträge zunächst den Antragstellern das Wort gebe und daß ich berechtigt bin, in der Aussprache die Reihenfolge der Redner zu ändern.

Für die Begründung und Stellungnahme zu den Änderungsanträgen ist eine Redezeit bis zu 5 Minuten vorgesehen.

Weiter schlage ich dem Hause vor, daß ich nur die Haushaltstitel aufrufe, zu denen Änderungsanträge vorliegen.

In bezug auf die Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge schlage ich Ihnen vor, daß wir in einer Abstimmung über den Gesamtinhalt der Anträge abstimmen. Wenn eine nach den Ziffern getrennte Abstimmung gewünscht wird, so muß rechtzeitig ein entsprechender Geschäftsordnungsantrag gestellt werden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit diesen Regelungen einverstanden.

Wir treten nunmehr in die Einzelberatung der Haushalte ein.

Wir kommen zunächst zum Einzelplan

00 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres.

Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Zunächst hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die hier vorliegenden Änderungsanträge befassen sich mit der Landeszentrale für politische Bildung. Es handelt sich um Erhöhungen im Änderungsantrag Nr. 287 und um Entsprechungen, die sich dann auf den Änderungsantrag Nr. 288 beziehen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr John, beabsichtigen Sie, zu den einzelnen Änderungsanträgen zu sprechen?

Abg. **John** (FDP): Entschuldigung, Herr Präsident, das war ein Mißverständnis. Wir treten jetzt in die allgemeine Aussprache ein. Dann habe ich das jetzt

schon vorgezogen. Ich komme dann gleich darauf zurück.

Präsident Engel: Sie bekommen also als Antragsteller das Wort zur Begründung der Änderungsanträge Nr. 287 und Nr. 288 im Nachhinein. Zuerst haben wir die allgemeine Aussprache. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Abg. **John** (FDP): Ich will nur kurze Ausführungen dazu machen. Ich bitte um Entschuldigung für diesen kleinen Fauxpas.

Präsident Engel: Entschuldigungen gewähre ich immer liebend gern!

Abg. **John** (FDP): Danke sehr, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte sehr!

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich im Rahmen dieses Bereichs nur auf die Landeszentrale für politische Bildung beziehen. Diese Landeszentrale, die ja seit zwei Jahren recht gut arbeitet, hat in den Debatten der vergangenen Jahre immer wieder hier im Hause im Mittelpunkt gestanden. Ich weise noch einmal darauf hin, daß früher diese Landeszentrale für politische Bildung zwar auch schon dem Namen nach existierte, daß sie aber mit der Volkshochschule verbunden war. In den übrigen Bundesländern war das seit längerer Zeit schon anders. In diesem Zusammenhang möchte ich von der Bundeszentrale nicht sprechen, weil diese ein gesonderter Fall ist, aber verwandschaftliche Beziehungen bestehen dort selbstverständlich auch in Zusammenarbeit zwischen der Bundeszentrale und den einzelnen Landeszentralen.

Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, daß das hier investierte Kapital, wie ich es schon vor einigen Jahren hier begründete, in die politische Bildung ein gut investiertes Kapital ist, und zwar im Sinne eines gut investierten Kapitals für die Demokratie. Die FDP-Fraktion — dazu werde ich dann nachher, wenn es um die Begründung der Änderungsanträge geht, noch weiter kurz etwas sagen — gibt ihrer Genugtuung Ausdruck, daß es möglich war, die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung zu erweitern. Wir sehen darin einen weiteren Fortschritt in der Kooperation auch mit anderen Institutionen auf dem Gebiet der politischen Bildung.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, damit möchte ich meine Ausführungen zur Landeszentrale für politische Bildung abschließen. Ich glaube, es würde allmählich den Rahmen dessen sprengen, wollte man hier nun in weitere grundsätzliche Betrachtungen über die Notwendigkeit der politischen Bildung eintreten. Darüber dürfte zwischen den Mitgliedern dieses Hohen Hauses, so glaube ich, gar kein Zweifel bestehen.

Abschließend ein Satz: Es ist in der Öffentlichkeit gut angekommen, daß diese Landeszentrale in ihren gesamten Veranstaltungen immer unter Beweis stellen konnte, daß sie tatsächlich eine Landeszentrale für politische Bildung ist, die sich mit politischen Fragen auf diesem Gebiet befaßt, die sich aber strikt an das Gebot der Überparteilichkeit hält.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es bisher so gehandhabt, daß wir bei dieser Beratung des Haushalts wichtige Grundsatzfragen angeschnitten und im Anschluß daran dann die einzelnen Änderungsanträge beraten haben. Ich wollte mich eigentlich an diese solide Praxis, die sich in den letzten Jahren bewährt hat, halten.

Wir haben bei der Bundestagswahl erleben müssen, daß die Polizei Aufgaben zu bewältigen hatte, die sie bislang nicht zu bewältigen hatte. In einem Umfang wie nie zuvor mußte die Polizei auch hier im Land Bremen Aufgaben wahrnehmen, denn es gehört zu ihren Aufgaben, die verfassungsmäßigen Rechte aller Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, zu schützen. Wir haben erleben müssen, meine Damen und Herren, daß diese Aufgabenstellung immens war, und daß die Bewältigung dieser Aufgabe ungeheure Probleme aufgeworfen hat. Aber ich glaube, es wäre nicht vermessen, wenn ich Sie in diesem Hause bitte, insbesondere auch der bremischen Polizei für ihre Arbeit, die sie während des Wahlkampfes für alle Parteien geleistet hat, den Dank auszusprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Solidarität, die Sie soeben gezeigt haben, ist durchaus nicht eine Frage der Selbstverständlichkeit. Wir haben leider auch feststellen müssen, daß Tendenzen sichtbar wurden, Keile zwischen unsere Mitbürger und die Polizei zu treiben. Ich muß Ihnen sagen, daß diese Tendenzen keine Schule machen dürfen, denn die Polizei vollführt lediglich die Aufgaben, die ihr im Polizeigesetz gestellt worden sind, und sie vollführt nur und lediglich die Aufgaben, die ihr von der Verfassung aufgegeben worden sind. Wenn die Legislative etwas anderes von der Polizei erwartet, dann ist es Aufgabe der Legislative, andere Maßstäbe und Leitlinien zu setzen. Aber es darf nicht so sein, daß gewisse Unvollkommenheiten, die sicherlich auch im Gesetzgebungswerk vorhanden sind, auf Kosten der bremischen Polizei und schon gar nicht auf dem Rücken des einzelnen Polizeibeamten ausgetragen werden.

(Beifall bei CDU und NPD)

Zu dieser Frage, meine Damen und Herren, ließe sich noch vieles anführen. Wir wissen alle, daß die Aufgabe der Polizei — und das ist eine Frage der Selbstverständlichkeit — in einem liberalen Staatswesen immer schwieriger wird. Diese Konfliktsituation sollten wir sehen. Bei dieser Konfliktsituation hat insbesondere auch die Presse eine bedeutsame Aufgabe. Um in Zukunft gewisse auch in

der Vergangenheit aufgetretene Mißhelligkeiten zu beseitigen, empfehle ich eine stärkere Publizität gerade in Fragen des polizeilichen Einsatzes. Ich würde beispielsweise dem Senator für Inneres empfehlen, die Presse und die Publikationsorgane bereits schon bei der Konzipierung des Einsatzplanes hinzuzuziehen und ihnen dann bei Ausführung des Planes einen hervorragenden Beobachtungsplatz geben, damit ihnen von vornherein die besten, nur die allerbesten Einblicksmöglichkeiten gegeben sind.

Meine Damen und Herren, zu dieser Frage sollte auch nicht unerwähnt bleiben, daß sicherlich die Polizei aufgrund der Januarunruhen im Jahr 1968 auf gewisse Konfliktsituationen vorbereitet wurde. Sie hat gelernt! Die Erfahrungen, die gemacht worden sind anläßlich der Januarunruhen des Jahres 1968, haben wesentlich dazu beigetragen, Fehlentscheidungen vorzubeugen sowie das Gefühl aufkommen zu lassen, daß in Bremen die Fragen mit sehr viel Geschick gelöst wurden.

Wir haben, meine Damen und Herren, jetzt einen Haushaltsplan zu beraten, der mit dem Jahr 1971 abschließt. Ich glaube aber, wir müssen uns Gedanken machen über die Konzipierung eines neuen innenpolitischen Konzepts. Gerade in der Wahlkampfzeit sind Probleme auf uns zugekommen, die wir im Grunde genommen mit Vorstellungen von gestern versucht haben zu bewältigen. Ich meine, daß dazu folgende Planziele zu erarbeiten sind:

Erstens eine personalwirtschaftliche Planung. Eine erfolgreiche Arbeit der Polizei, meine Damen und Herren, setzt eine angemessene Personalstärke voraus. Sie wissen, daß es in Bremen daran krankt. Daran krankt es sowohl bei der Schutzpolizei, insbesondere aber auch bei der Kriminalpolizei. Wir müssen, meine Damen und Herren, davon ausgehen: Bei der Festlegung der zukünftigen Investitionen ist davon auszugehen, daß das Ressort Inneres kein statisches Ressort, sondern ein dynamisches Ressort ist, das auch in der Zukunft Dispositionen und Investitionen braucht, die den Anforderungen von morgen genügen können.

Dazu gehört, daß man insbesondere respektiert: Die Aufgaben, die auf die Polizei zukommen, wachsen ständig. Da ist beispielsweise der Arbeitsanfall beim Verkehr oder aber — um nur ein Beispiel zu nennen — die vielfältigen Aufgaben, die die Polizei im Rahmen des Ordnungswidrigkeitengesetzes zu bewältigen hat. Hier sind Meilensteine der Dynamik gesetzt worden. Wir müssen diese Meilensteine der Dynamik erkennen und daraus auch politisch die Konsequenzen ziehen, um diesen Aufgaben auch mit umfassenden dynamischen Investitionen gerecht zu werden.

Das zweite Planziel, das wir ansteuern müssen, ist eine verbesserte Personalstruktur. Wir haben uns in diesem Hause über die praxisbezogene Ausbildung unterhalten. Es hat lange gedauert, aber sie ist Wirklichkeit geworden und vor allen Dingen von den Teilnehmern begeistert aufgenommen worden. Es ist heute schon so, meine Damen und Herren, daß die jungen Beamten, die aus der Bereitschaftspolizei nach einer gewissen Zeit in den Einzeldienst hineintreten, mit Hemmungen wieder auf die Schulbank zurückgehen, weil sie darauf brennen, nun endlich im Polizeidienst ihren Mann zu stehen, tätig zu sein, um die Sicherheit für unsere Mitbürger zu garantieren.

Wichtig scheint mir zu sein, daß im Rahmen der praxisbezogenen Ausbildung auch die Lehrpläne einmal durchforstet werden, um auch hier alles, was noch an die Zeit von gestern erinnert, auszumerzen, um auch hier Orientierungshilfen zu geben für die Probleme von morgen.

Ich möchte nicht weiter auf die Frage der föderativen Struktur unserer Polizei eingehen. Ich möchte dazu nur folgendes sagen: Für mich ist das keine Frage des Prinzips, sondern für mich ist das eine Frage der Leistung. Wenn es nicht gelingt, in den einzelnen Ländern, insbesondere der Innenministerkonferenz, endlich einmal Versuche zu starten, ein einheitliches Berufsbild der Polizei in der Bundesrepublik zu schaffen, dann allerdings ist die Frage gestellt, ob die föderative Struktur unserer Polizei gerechtfertigt ist. Unter allen Umständen, meine Damen und Herren, müssen hier die Bestrebungen der Differenzierung aufhören. Wir müssen endlich zu einer Vereinheitlichung des Berufsbildes kommen. Wir werden dann im Rahmen der Erörterung der Stellenpläne noch feststellen können, wie differenziert in den einzelnen Ländern das Berufsbild der Polizei gesehen wird.

Als weiteres Planziel, meine Damen und Herren, sehe ich eine verstärkte Arbeit der Grundlagenforschung. Die Kriminalistik zeigt, daß die Kriminellen mit der Zeit gehen, und sie gehen auch mit der Technik der Zeit. Leider müssen wir immer wieder feststellen, daß die Polizei in ihrer Arbeit im Grunde genommen einer Entwicklung hinterherhinkt, die im Grunde vom Negativen, das heißt von der Kriminalität bestimmt worden ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie sprachen vom Wettbewerb. Das ist im echten Sinn des Wortes ein Wettbewerb, aber im negativen Sinn! Ich bin der Meinung, daß wir diese Grundlagenforschung vorantreiben müssen. Sie muß institutionalisiert werden.

Ich würde empfehlen, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, zusammen mit dem Bund und den übrigen Ländern eine Polizeiakademie zu schaffen, auf der diese Grundlagenforschung betrieben wird. Ich verspreche mir nämlich davon nicht nur eine Verbesserung des Berufsbildes der Polizei, sondern ich verspreche mir davon, daß von dieser Akademie auch Initiativen ausgehen an die Parlamente, damit wir in der Lage sind, der Polizei auch die Aufgaben zu stellen, die sie in der Praxis dann auch erfüllen kann.

Als fünftes Planziel möchte ich die technische Ausrüstung anschneiden, meine Damen und

Herren. Da hapert es insbesondere auch in Bremen an allen Ecken und Enden, und ich befürchte — wir haben es ja aus dem Munde des Finanzsenators gehört, Bremen ist von einem gebenden Land zu einem nehmenden Land geworden —, ich habe ein bißchen die Sorge, daß in den zukünftigen Haushalten zwar das Augenmerk darauf gerichtet wird, aber nicht die nötige Durchschlagskraft vorhanden ist, um hier die nötigen politischen Akzente zu setzen. Daher, meine Damen und Herren, meine heutigen Worte in der Hoffnung, daß sie auch beim Senat auf fruchtbaren Boden fallen werden.

Wir müssen feststellen, daß beispielsweise die Elektronische Datenverarbeitung auch heute noch nicht in dem Umfang im Rahmen der Arbeit der Polizei Schule macht, wie wir das wünschen. Ich denke nur — um ein Beispiel zu sagen — an Berlin. In Berlin ist beispielsweise die Elektronische Datenverarbeitung schon soweit entwickelt, daß morgens die einzelnen Fälle auf den Revieren gesammelt werden und über die Elektronische Datenverarbeitung an die Zentrale geschickt und dort ausgewertet werden können. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch wir dazu kommen müssen. Zentralanlagen, ein Verbundsystem der Polizeidienststellen untereinander ist das Gebot der Stunde.

Aber ich möchte noch ein anderes Problem anschneiden. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal den Einzelplan 00034 Landeskriminalamt ansehen, dann werden Sie feststellen, daß da nichts drin enthalten ist. Ein großes Fragezeichen! Das Landeskriminalamt in Bremen verfügt nicht über einen eigenen Haushalt. Der Eingriff ist im Jahr 1959 erfolgt. Seitdem gibt es keine sachliche und personelle Selbständigkeit des Landeskriminalamtes mehr. Damals ist man davon ausgegangen, daß die Polizei des Landes Bremen verstaatlicht werden sollte, und aus diesem Grund war damals der Eingriff in den Haushalt gemacht worden.

(Bürgermeister Koschnick: Das ist nicht wahr!)

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes 1960 sind dann die Aufgaben des Landeskriminalamtes in den Paragraphen 72 und 73 festgelegt worden, aber dem Gesetzgebungsauftrag steht kein eigener Haushalt gegenüber.

Im Grunde genommen, meine Damen und Herren, haben wir festzustellen, daß wir seit dem Jahr 1959 ganz bestimmte Strukturschwächen im Rahmen der bremischen Polizei und insbesondere der Kriminalpolizei haben. Ich darf Sie bitten, Ihr Augenmerk vielleicht einmal auf den Stadthaushalt zu richten. Dort haben wir nämlich eine Stelle im Einzelplan 30, Kapitel 3051, die vorbeugende Verbrechensbekämpfung. Dort steht immerhin eine stattliche Zahl als Rechnungsposten für das Jahr 1968 in Höhe von 18 958,29 DM. Eine stattliche Zahl sage ich, weil man ja davon ausgehen kann — die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit sprechen dafür —, daß diese Mittel dann auch echt für die vorbeugende Verbrechensbekämpfung zur Verfügung stehen. Wenn wir uns einmal in die Sache vertiefen, dann müssen wir feststellen, daß dieser Posten im Grunde genommen zweckentfremdet wird. Aus diesem Haushaltstitel werden Rechnungen der Feuerwehr bezahlt, wenn beispielsweise ein Auto quer steht oder abgeschleppt werden muß. Für die echte Verbrechensbekämpfung bei der Kriminalpolizei bleiben sage und schreibe 1000 DM übrig.

Meine Damen und Herren, Ihnen sollte allen bekannt sein, daß die vorbeugende Verbrechensbekämpfung immer noch die billigste Arbeit der Polizei ist. Für den bremischen Bürger die effektivste, denn vorher tätig werden ist immerhin noch besser als im Nachhinein. Aus diesem Grunde möchte ich wünschen und hoffen, daß die in den Haushalten 1970/1971 ausgeworfenen Beträge von 8500 DM nicht mehr zweckentfremdet werden, sondern echt der bremischen Kriminalpolizei für eine umfassende Verbrechensbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß einige Ausführungen zum Sachhaushalt! Wir haben feststellen müssen, daß der Sachhaushalt konzipiert und ermittelt wurde zu einer Zeit, als die Rezessionsphase auslief. Die Verteuerungen sind also bei den Ansätzen nicht zur Geltung gekommen. Wir haben auch feststellen müssen, daß Sicherheit und Ordnung für unsere Mitbürger bei der Absprache des Koalitionsabkommens nicht die Bedeutung bekommen hat, die diesem insbesondere der Dynamik unterworfenen Ressort zukommt. Insgesamt stehen nur 5,5 Millionen DM zur Verfügung, die 3 Millionen DM aus dem außerordentlichen Haushalt und die 2,5 Millionen DM der ehemaligen einmaligen Ausgaben.

Wenn unsere Investitionen Schritt halten sollen mit der Verkehrsentwicklung, dann sind allein für den Ausbau der Verkehrszentrale Mittel erforderlich, die im Grunde genommen sämtliche Mittel, die wir früher im außerordentlichen Haushalt hatten, aufbrauchen. Doch sollten wir auch feststellen, daß die Sachmittel gerade im Bereich für Inneres in geradezu puritanischer Weise bewirtschaftet werden. Dazu ein Dank an den Referenten im Bereich des Senators für Inneres. Aber so sicher dieses ist, so sicher ist auch der andere Satz, daß wir bei der Personalplanung uns offenbar nicht an diese Kategorien halten, sondern da gilt diese historische Reminiszenz nicht, sondern dort wird offenbar nach den Kategorien gearbeitet, die einem Ludwig XIV. alle Ehre gemacht hätten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Ich hoffe, daß diese Punkte, die ich angeschnitten habe, geeignet sind, im Senat und in der Bürgerschaft weiter diskutiert zu werden.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Und in der entsprechenden Deputation!)

Ich würde mir wünschen, meine Damen und Herren, daß insbesondere diese Aussprache dazu dienen möge, auch Anregungen zu geben, damit alle, die

wir hier im Hause sind — nicht nur die Deputation für Inneres —, Überlegungen anstellen, ob wir für die Zukunft nicht ein neues, ein dynamisches innenpolitisches Konzept auch für diesen Stadtstaat brauchen.

(Beifall bei CDU und NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Löbert.

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Cassens hat sozusagen einen Rundgang durch das polizeiliche Geschehen gemacht, den Haushalt Personal, technische Ausrüstung und so weiter.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Er hat in Schwarzmalerei gemacht!)

Nein, das war gar nicht so schlimm. In einigen Punkten ja. Ich muß feststellen, er hat auch sehr viel Positives festgestellt! Insofern hat er seine Haltung, die er in der Deputation für Inneres immer an den Tag gelegt hat, hier noch einmal wiedergegeben.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Da ist eine gerade Linie drin!)

Sie, Herr Dr. Cassens, haben eine Rückschau gegeben von 1968 bis heute. Sie haben die Straßenbahnunruhen angesprochen, sie haben den Bundestagswahlkampf angesprochen und haben daran die Bemerkung geknüpft, daß damit auf die Polizei neue, ihr bisher ungewohnte Maßnahmen und Aufgaben zugekommen sind. Sie haben aber auch gesagt, daß die Polizei schon aus diesen Ereignissen gelernt hat. Das ist ganz sicher der Fall. Sie sind auch auf die Gesetzgebung eingegangen und haben hier das Hohe Haus angesprochen.

Hier wäre wichtig zu erwähnen, meine Damen und Herren, daß die Bundesgesetzgebung hier viel ausschlaggebender ist als die bremische Gesetzgebung. Hier in Bremen ist es eigentlich nur das bremische Polizeigesetz, das wir aber erst grundlegend ändern könnten, wenn der Bundesgesetzgeber vorangegangen ist. Wir wissen alle, daß dort einiges im Anlaufen ist. Es wird nach meiner Meinung nicht allzu lange dauern, dann werden wir uns in der Deputation für Inneres auch mit dem bremischen Polizeigesetz zu befassen haben.

Was die Unterrichtung der Presse anlangt, meine Damen und Herren, so ist es schon immer ein sehr bedeutendes Anliegen des Senators für Inneres — nicht nur von mir, sondern auch von meinem Vorgänger — gewesen, mit der Presse einen sehr guten Kontakt zu halten. Trotz aller schwerwiegenden Ereignisse und trotz aller Kritik, der die Polizei ausgesetzt war, glaube ich vor diesem Hause sagen zu dürfen, daß unser Verhältnis zur Presse auch heute immer noch ein gutes ist. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir nicht kritisiert werden, im Gegenteil! Wir haben der Presse immer wieder gesagt, wenn Sie Kritik ansetzen müssen, so wollen wir sie hören. Wir werden uns dann mit dieser Kritik befassen.

Herr Dr. Cassens hat gesagt, möglichst schon den Einsatzplan vorher der Presse zu sagen. Über dieses Problem will ich mich heute nicht auslassen. Ich bin aber gern bereit, daß wir uns darüber einmal in der Deputation für Inneres gründlich unterhalten.

Der Presse, so hat Herr Dr. Cassens weiter gesagt, sollten möglichst von vornherein gute Plätze angewiesen werden, damit sie auch Gelegenheit hat, das Geschehen aus unmittelbarer Nähe zu beobachten, um dann objektiv berichten zu können. Mir ist bisher noch keine Beschwerde von der Presse bekannt geworden, in der die Presse gesagt hat, wir haben keine Gelegenheit gehabt, tatsächlich das Geschehen selbst in Augenschein nehmen zu können.

Der einzige Fall, der mir bekannt ist, war beim Großbrand Krages in diesem Sommer, wo die Zufahrtstraße von der Polizei abgesperrt werden mußte, damit erst einmal die Löschfahrzeuge, die dort in großer Zahl benötigt wurden, nicht nur von der Berufsfeuerwehr, sondern auch von den Freiwilligen Feuerwehren, durchkommen konnten. Man hatte für die Presse eine Umleitung vorgesehen. Wir haben auch eine Aussprache, einen Schriftwechsel mit der Presse über diesen Fall gehabt, der zufriedenstellend abgeschlossen werden konnte. Wenn es da noch etwas zu verbessern geben sollte, bin ich auch hier der Meinung, daß man das ganz offen und frei in der Deputation für Inneres ansprechen kann.

Nun haben Sie, Herr Dr. Cassens, davon gesprochen, daß wir ein neues innenpolitisches Konzept haben müssen. Damit haben Sie den Bereich für Inneres gemeint. Ich meine, wir sind eigentlich seit Jahren in der Deputation für Inneres damit beschäftigt, dieses innenpolitische Konzept, wie Sie es genannt haben, ständig zu verbessern. Daß wir nicht immer die nach unserer Meinung ausreichenden Mittel dafür bekommen haben, muß ich zugeben. Aber wir haben es bisher immer noch fertig gebracht, die entsprechenden Prioritäten, die entsprechenden Schwerpunkte zu setzen und danach unser Tun und Handeln zu gestalten.

Zur personalwirtschaftlichen Planung kann ich immerhin sagen, daß dieses Hohe Haus uns jedes Jahr eine ganze Anzahl von Kräften sowohl für die Schutzpolizei wie für die Kriminalpolizei und auch für die Bereitschaftspolizei dazugegeben hat. So erhalten wir, falls das Hohe Haus die Voranschläge beschließt, immerhin für 1970 35 weitere Stellen für die Kripo hier in der Stadtgemeinde Bremen, ebenfalls für 1971, und für die Schutzpolizei ebenfalls für jedes Jahr 35 weitere Stellen, und für die Bereitschaftspolizei einschließlich des erforderlichen Stammpersonals immerhin 45 weitere Stellen.

Nun könnte man sagen, es sind bei uns Fehlstellen da. Gewiß haben wir Fehlstellen, aber ich darf diesem Hohen Hause sagen, daß wir in Bremen — und das gilt nicht nur für Bremen, das gilt auch für Bremerhaven — im Verhältnis zur Polizeistärke eine

relativ geringe Zahl von Fehlstellen haben. Andere Länder — schon unser Nachbarland Niedersachsen — sind da viel schlechter dran. In Nordrhein-Westfalen sieht das ähnlich aus. Die Zahlen sind dort im Verhältnis zur Gesamtstärke der Polizei viel höher als bei uns hier in Bremen.

Es wird schon im nächsten Jahr gelingen, daß wir in der Kripo überhaupt keine Fehlstellen mehr haben, und im Herbst dieses Jahres werden wir die Zahl der Fehlstellen bei der Schutzpolizei durch den großen Abgang, den wir von der Bereitschaftspolizei bekommen, herabschrauben können.

Hier muß ich auf einen Umstand hinweisen, daß wir insofern in einer glücklichen Lage sind, weil der Standort der Bereitschaftspolizei sich hier innerhalb der Stadtgemeinde Bremen befindet. Auch nach Bremerhaven sind es nur 60 Kilometer. Ich sage das deswegen, weil die größeren Gebietsländer in ihren Großstadtpolizeien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine viel geringere Polizeistärke haben — zum Teil wenigstens — als wir. Für die meisten Großstädte in Nordrhein-Westfalen trifft das zu, weil diese beim Einsatz der Bereitschaftspolizei Schwierigkeiten schon durch das Heranbringen der Kräfte vom unter Umständen sehr weit entlegenen Standort haben, Schwierigkeiten, die wir nicht kennen.

Ich muß hier auch darauf hinweisen, daß durch die Initiative des Senators für Inneres seit Jahren im zweiten Ausbildungsjahr eine große Anzahl von Beamten der Bereitschaftspolizei — eigentlich alle — schon vorbereitend im Einzeldienst Dienst versehen. Das hat die Schutzpolizei inzwischen eingesehen, daß das für sie eine enorme Hilfe war. Das wurde kürzlich in der Personalversammlung der Schutzpolizei auch von dem Personalratssprecher hoch anerkannt, daß dadurch die Einsatzkraft der Schutzpolizei wesentlich verstärkt werden konnte. Wir sind also auch hier hinsichtlich der personalwirtschaftlichen Planung, so meine ich, absolut neue Wege gegangen, womit ich gar nicht sagen will, daß wir dieses System nicht noch verbessern können.

Was die Lehrpläne an der Landespolizeischule anbelangt: Auch da sind wir vorbereitend am arbeiten. Wir haben uns von Hamburg — wir mußten da Geld dafür bezahlen — ein Muster, ein System eines Lehrplans verschafft, eines Modellplans, und wir werden hier sicherlich noch erhebliche Umstellungen vornehmen.

Was nun das einheitliche Berufsbild der Polizei anbelangt, Herr Dr. Cassens, über das hat man sich in den Innenministerkonferenzen der Länder mehr als einmal unterhalten. Ich glaube, das einheitliche Berufsbild ist im wesentlichen trotz des föderativen Aufbaus in der Bundesrepublik vorhanden. Wenn Sie allerdings die Uniformierung und die Farbe der Uniformen damit meinen und die Dienstgradabzeichen —

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Sie meinen es nicht —, da kann ich auch hierzu nur mein Bedauern feststellen, daß es nicht gelungen ist, hier auf einen einheitlichen Nenner zu kommen. Aber beim einheitlichen Berufsbild muß man doch davon ausgehen, daß in der ganzen Nachkriegszeit die Ausbildung sowohl der Kommissare wie des höheren Dienstes im Polizeiinstitut Hiltrup erfolgt ist und schon von daher gesehen ein einheitliches Berufsbild in der Polizei gegeben ist.

Die Grundlagenforschung haben Sie angesprochen: Seit gut einem Jahr sind ernste Gespräche im Kreise der Innenminister und im Kuratorium Hiltrup darüber geführt worden, schon mit gewissen Anfangserfolgen. Nur der höhere Dienst wird in Zukunft noch Hiltrup besuchen, und man ist dabei, Hiltrup zu einer — wie Sie es genannt haben — Polizeiakademie umzubilden.

Die Innenministerkonferenz hat in diesem Sommer einen Fünferausschuß, der nur aus Länderinnenministern und einem Senator besteht, gebildet, der sich gerade jetzt in dieser Zeit mit dieser Aufgabe befassen wird und sicherlich in der nächsten Innenministerkonferenz im Februar nächsten Jahres schon Prinzipien und Vorschläge vorlegen wird. Es war ursprünglich daran gedacht, Hiltrup ganz aufzugeben und in einer anderen Stadt etwas völlig Neues zu bauen. Das war aber aus finanziellen Gründen nicht durchführbar.

Was nun die technische Ausrüstung unserer bremischen Polizei anbelangt, da ist hier von meinem Vorredner von der Datenverarbeitung gesprochen worden. Ich gebe zu, daß sowohl Hamburg wie auch andere Polizeien hier schon Investitionen gemacht haben. Wir als kleinstes Bundesland haben nach dem Gebot der Sparsamkeit gerade bei technischen Neuerungen immer den Weg befolgt, daß wir gesagt haben, laßt andere erst einmal die Neuerungen ausprobieren, wenn sie gute Erfahrungen damit gemacht haben, schaffen wir uns auch diese Apparate an.

Das heißt aber auf dem Gebiet der Datenverarbeitung bei der Kripo nicht etwa, daß wir nicht schon vorbereitend hier unsere Maßnahmen getroffen haben. Beim Bundeskriminalamt besteht seit Jahren ein Ausschuß, der von uns durch einen leitenden Kriminalbeamten von Anfang an mit beschickt worden ist. Wir haben darüber hinaus noch intern zusätzlich nebenamtlich — ehrenamtlich könnte man beinahe sagen — innerhalb unserer städtischen Kripo unter Leitung des Hauptkommissars Meyer einen kleinen Ausschuß gebildet, der sich speziell mit dem Gebiet der Datenverarbeitung für die Kripo befaßt und der diese Arbeit nicht nur in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt betreibt, sondern auch in sehr enger Zusammenarbeit mit unserem Rechenzentrum in Bremen.

Aber die Datenverarbeitung ist ja nur ein Teil der technischen Ausrüstung der Polizei. Ich darf hier immerhin auf den Umstand hinweisen, daß wir uns 1970 oder 1971 ist es, glaube ich, zum Beispiel auch dem Bildübermittlungssystem des Bundeskriminal-

amtes anschließen. Dafür sind die Mittel mit eingeplant. Ich halte gerade diese Einrichtung für eine wichtige Einrichtung in der Verbrechensbekämpfung, weil nur durch schnelle Übermittlung der entsprechenden Bilder auch die zügigen Maßnahmen von den einzelnen Kripostellen schnell und sinnvoll und zielbewußt getroffen werden können.

Was die übrige technische Ausrüstung anbelangt, so haben wir hier ein Schwerpunktprogramm für die Polizei gebildet. Das ist mit der Deputation für Inneres besprochen und auch beschlossen worden. Danach sieht es so aus, daß — ich will jetzt nicht auf die Bauvorhaben eingehen — immerhin für die Erneuerung der Fernschreibleitvermittlung 1970 2 350 000 DM angesetzt werden. Diese Fernschreibleitvermittlung wird auch schon eine Elektronik enthalten. Wir sind eine der ersten Polizeien in der Bundesrepublik, die sich eine solche Anlage zulegen.

Wir mußten uns befassen mit der Erneuerung der Fernsprechzentrale und des ganzen Fernsprechnetzes. Die Deputation für Inneres weiß, daß wir vor Jahren ein Gutachten der Post eingeholt haben, daß diese Anlage völlig veraltet ist. Sie wissen es selbst, wenn Sie einmal beim Stadt- und Polizeiamt anrufen, wie schwierig es oftmals ist, in die Leitung zu kommen. Diese Anlage kostet 1 610 000 DM. Auch diese Summe wird 1970 verausgabt werden, und in der nächsten Deputationssitzung werden wir wahrscheinlich hier schon eine Vergabe vornehmen können.

Was nun die Verkehrssignalanlagen einschließlich der Zentrale anbetrifft, so sind hier 1,5 Millionen DM für 1970 eingesetzt. Auch hier sind wir in der Bundesrepublik unter den Großstädten eine der ersten, die bereits den Grundstock für die Elektronik auf diesem Gebiet gelegt haben. Dieses System ist eingeplant und wird im Laufe der nächsten Jahre weiter ausgebaut werden, so daß wir in absehbarer Zeit dazu kommen werden, das, was von seiten der Deputation immer gefordert worden ist, eine verkehrsabhängige Signalsteuerung, die automatisch läuft, hier in Bremen zu erreichen.

Das würde bedeuten, daß wir diese Anlagen von Jahr zu Jahr vergrößern müssen Das wird erheblicher Mittel bedürfen. Aber ich glaube, wir werden das schaffen. Wenn wir natürlich in der nächsten Legislaturperiode noch einige Millionen DM dazubekommen würden, wären wir diesem Hause dankbar. Dann könnten wir schneller etwas tun, und das wäre nicht nur wünschenswert, sondern das halte auch ich persönlich für notwendig.

Was nun die vorbeugende Verbrechensbekämpfung und diese Haushaltsstelle betrifft, so darf ich hier folgendes sagen: Aus dieser Haushaltsstelle wurde bisher in erster Linie vom Stadt- und Polizeiamt die Inanspruchnahme der Feuerwehr — insofern hat Herr Dr. Cassens recht — bei der Beseitigung von Kraftfahrzeugen, Unfallwagen, polizeiwidrig abgestellten Kraftfahrzeugen und so weiter bezahlt. Nach der neuen Haushaltssystematik findet ab 1970 keine Verrechnung mehr zwischen den beiden Dienststellen statt, so daß der Anschlag dieser Haushaltsstelle damit voll der Verbrechensbekämpfung zugute kommt.

Ich brauche hier nicht auszuführen, daß das ja nur ein Gebiet der Verbrechensbekämpfung ist, daß ja im Grunde die ganze Polizei, der ganze Polizeiapparat dazu da ist, um das Verbrechen zu bekämpfen. Daß wir in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung gerade in den letzten Monaten schon Fortschritte gemacht haben, haben Sie jeden Tag in der Presse lesen können. Gerade bei der Kriminalpolizei haben wir in Bremen in diesem Jahr sehr bedeutende Erfolge aufzuweisen. Auch das war ja wohl mit dadurch bedingt, daß wir in einigen Punkten eine gute Personalpolitik bei der Kripo betrieben haben mit Hilfe der gesamten Deputation.

Ich muß mich jetzt auch noch zum Landeskriminalamt äußern. Meine Damen und Herren, gewiß kein großer Apparat, aber ich halte es auch fernerhin für sinnvoll, daß wir so verfahren, wie wir bisher verfahren sind. Das Landeskriminalamt wird bei uns in der Spitze in Personalunion wahrgenommen von dem Leiter der städtischen Bremer Kripo. Wir sind ein kleines Land, wir haben nur zwei Städte, Bremen und Bremerhaven. Die Beziehungen und Kontakte zwischen dem Landeskriminalamt und Bremerhaven sind gerade in letzter Zeit auch bedeutend verbessert worden. Alles andere, was wir zu tun haben, ist im Grunde genommen nur, das Bundeskriminalamt mit statistischen Unterlagen zu beliefern. Da ist uns mehr als einmal von dem Leiter des Bundeskriminalamtes gesagt worden, daß wir nicht nur unsere Pflicht, sondern auch unser Soll bisher immer gut erfüllt haben. Ich würde also dringend davor warnen, hier einen eigenen Personalapparat im Landeskriminalamt aufzubauen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich im Augenblick auf diese Ausführungen beschränken. Ich darf vielleicht nur noch auf eines hinweisen:

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, bevor Sie mit den neuen Ausführungen anfangen: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hauptmann beantworten?

Senator Löbert: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Hauptmann!

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Senator, erhält das Landeskriminalamt nicht Zuweisungen für seine Aufgaben vom Stadt- und Polizeiamt?

Senator Löbert: Natürlich, die Besoldung und so weiter erfolgt ja aus bremischen Mitteln. Ich dachte eben, Sie wollten auf Bundesmittel hinaus. Die bekommen wir nicht.

Ich wollte nur noch auf eines hinweisen: Es ist gestern von Herrn Dr. Sieling darauf hingewiesen worden, daß die Kriminalbeamten keine Fortbildung

bekommen, und es klang auch an, in staatsbürgerlicher Hinsicht nicht genügend ausgebildet sind. Meine Damen und Herren, hier darf ich darauf verweisen, daß sich ja der Personalbestand der Kripo von Jahr zu Jahr mehr aus Männern zusammensetzt, die aus der Bereitschaftspolizei gekommen sind, die die Schutzpolizei durchlaufen haben, die insofern also bestens ausgebildet sind. Daß wir auf diesem Gebiet noch zusätzlich etwas tun wollen, wollen wir in Angriff nehmen, wenn wir den Psychologen, den wir mit Ihrer Hilfe haben einstellen können — er ist leider noch nicht da, kommt aber in einigen Monaten —, haben. Dann soll auch hinsichtlich der Kripo mehr getan werden als bisher. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Senator Löbert hat bereits aufgrund der Fragen, die Herr Dr. Cassens hier angesprochen hat, das meiste gesagt. Aber als Sprecher der Deputation für Inneres möchte ich dazu auch einige Ausführungen machen.

Zunächst einmal: Es ist völlig richtig, was Herr Dr. Cassens sagt: die Polizei ist heute in einem Maße angespannt zum großen Teil durch politische Ereignisse, wofür sie zum Teil gar nicht ausgebildet wurde. Nun meine ich aber, daß es in diesem Bereich kein Bremer Problem ist. Das ist ein Problem, das in der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus in der ganzen Welt vorhanden ist, das heißt, daß wir heute gesellschaftspolitische Veränderungen haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines sagen: Es nützt nichts, nur die Polizei bei gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Form eines integrierten Einsatzes an die Front zu stellen, sondern dann müssen wir alle, so wie wir hier als Politiker sitzen, ebenfalls mitdiskutieren und draußen unseren Mann stehen.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Sagner [CDU]: Wem sagen Sie das?)

Das sage ich allen, die hier im Hause sind und bei Diskussionen meistenteils fehlen.

Zur Frage der personalwirtschaftlichen Planung, meine ich, waren eigentlich die Worte des Herrn Dr. Cassens hier überflüssig. Sie wissen, in der Deputation für Inneres haben wir eine personalwirtschaftliche Planung durchgeführt. Wir haben heute Betreuungs- oder Schlüsselzahlen, nach denen wir nach meiner Auffassung zukünftig eine gute Ausgangsbasis haben, um auch die entsprechenden Stellen für die Schutzpolizei und Kriminalpolizei zu haben. In diesem Sinne meine ich auch, hat der Haushaltsausschuß bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Aber gleich ein Wort zur Gesamtgröße. Man spricht ja oft im öffentlichen Dienst von einer Aufblähung des Personalkörpers und glaubt, wenn im Jahr 1960 vielleicht ein Polizeibeamter vorhanden war, daß heute drei vorhanden sind. Meine Damen und Herren, wir hatten im Jahr 1960 bei der Schutzpolizei 1465 Beamte und haben im Jahr 1969 eine Ist-Zahl von 1514. Das heißt, es sind knapp 50 Beamte mehr, obwohl in dieser Zeit eine Verkehrsexplosion stattgefunden hat, obwohl in dieser Zeit sich die Einwohnerzahl enorm vergrößert hat.

Hieran können Sie erkennen, daß an die Intensität des einzelnen Beamten sehr hohe Anforderungen gestellt worden sind und daß sich das letztlich natürlich auch in einer entsprechenden Wertigkeit des einzelnen Beamten — sprich in der Besoldung — ausdrücken muß. Es wird also gar nicht so sehr lange dauern, daß auch hier in dieser Frage vielleicht von mir aus wiederum entsprechende Besoldungsfragen begründet werden, und ich meine, dann auch zu Recht. Nur sollten wir nicht immer nur versuchen, dies in einzelnen Ländern zu sehen, sondern man muß die Bundesebene sehen. Der neue Bundesinnenminister — so meine ich — hat bereits zu dieser Frage ganz konkrete Ansätze gezeitigt, indem er sagte, wir wollen versuchen, den Bereich der Polizei über rahmenrechtliche Bestimmungen oder aber über Abkommen der Länder zu vereinheitlichen.

Meine Damen und Herren, es kann nicht mehr angehen, daß hier das Land X anders bewertet als das Land Y, obwohl wir in allen Ländern die gleichen Funktionen in diesem Bereich haben. Insofern gibt es ja Gott sei Dank heute zur Verbrechensverfolgung bereits Ansätze, um hier bundeseinheitlich vorzugehen.

Lassen Sie mich etwas Kritisches zur Struktur der bremischen Polizei sagen. Ich muß hier in aller Form fragen, ob es notwendig ist, heute Landesbeamte und Kommunalbeamte bei der Polizei zu haben. Bei diesem Problem sollten wir uns einmal ganz deutlich die Frage in den einzelnen Deputationen vornehmen, ob es nicht möglich sein sollte, mit der Verwaltung entsprechende gesetzliche Änderungen zu verabschieden, um hier ein einheitliches Konzept für eine Landespolizei zu erhalten. Ich glaube, im Jahr 1970 dürfte man über diese Frage nach meiner Auffassung kaum noch anderer Auffassung sein.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig!)

Zur Technik der Polizei ist hier von Herrn Senator Löbert sehr viel gesagt worden. Ich meine gerade, wir haben in der Deputation auf die technischen Einrichtungen sehr viel Wert gelegt. Es werden Millionenbeträge hier investiert, und, ich meine auch, für die personellen Dinge sind eine Reihe von Verbesserungen eingeführt worden, so daß wir hier in Bremen eigentlich im Moment eine relativ gute Ausgangsbasis für eine vernünftige Polizeistruktur bekommen werden.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Abg. **Fröhlich** (SPD): Soweit ich es kann, ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Ist es richtig, Herr Fröhlich, daß bei der Kriminalpolizei von 25 Fahrzeugen nur neun mit Funk ausgerüstet sind und daß die Beamten, wenn sie ihre Fahrzeuge verlassen, dann nicht einmal Taschenfunkgeräte bei sich haben, weil sie diese von dem 10. K. leihen müssen, diese aber dort nicht jederzeit bekommen können?

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Abgeordneter Dr. Sieling, im Jahr 1959 hatte die Kripo neun Pkw, zwei Kräder, zwei Mopeds, im Jahr 1969 31 Kraftfahrzeuge, zusätzlich für 1970 einen Basiswagen für den Organisationstrupp, 1971 fünf Pkw zusätzlich, also Mittelklassewagen ebenfalls für die O-Trupps. Ich möchte jetzt nicht im einzelnen auch die Erweiterung der Funkgeräte aufzeigen, das heißt also, hier ist ein Mehrbetrag für 1970/71, um den technischen Bestand bei der Kriminalpolizei zu erweitern, von 277 940 DM bewilligt worden. Sicherlich, mir wäre es lieb, wenn wir noch höhere Beträge hätten, aber auch hier müssen wir uns bei „Inneres" zur Zeit nach der Decke oder nach dem Haushaltsausgleich strecken.

Insofern meine ich, es kann nicht genug getan werden, nur sind einfach die Fakten gesetzt, von denen aus wir im Moment nicht mehr tun können. Ich hoffe, daß wir auf diesem Weg, den wir jetzt gegangen sind — und ich meine, recht positiv für die Polizei —, 1970/71 und auch in den kommenden Jahren weitergehen werden. — Danke!

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das war aber keine Antwort auf die Frage!)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Cassens hat mich durch den Ausspruch, ein neues politisches Konzept zu finden, und mit seinen Ausführungen dazu noch einmal veranlaßt, hierherzukommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja gut, wenn so etwas geschieht, denn es kann ja nur die Debatte lebendiger gestalten. Er hat von Meilensteinen der Dynamik gesprochen.

Aber zunächst einmal zu dem neuen innenpolitischen Konzept: Die neue Bundesregierung — Herr Kollege Fröhlich hat es eben schon gesagt — begreift sich ja vornehmlich als eine Regierung der inneren Reformen. Ich glaube — und das ist schon sehr deutlich sichtbar, auch in den ersten Wochen der Tätigkeit dieser neuen Regierung —, daß gerade auf innenpolitischem Gebiet eine ganze Menge geschehen wird. Außerdem sind dazu ja entsprechende Erklärungen in der Regierungserklärung abgegeben worden. Das zunächst zum Grundsätzlichen.

Aber nun möchte ich mich konkret auf die Polizei beziehen. Herr Senator Löbert hat gesagt, die Polizei hat dazugelernt. Ich glaube, das kann man nur unterstreichen. Aber ich möchte folgendes sagen oder die Frage stellen: Haben denn die politischen Parteien, die hier zum Beispiel im Wahlkampf in Bremen Polizeischutz in dieser oder in jener Form erhalten haben, ich denke an die führenden Politiker dieser Parteien, haben denn diese Parteien — ich schließe meine Partei ausdrücklich in diese Überlegungen ein — eigentlich auch schon genügend dazugelernt?

Ich möchte Ihnen aber sagen, wir haben uns in der Freien Demokratischen Partei auch im letzten Wahlkampf und schon im letzten Bürgerschaftswahlkampf immer wieder überlegt, ist es eigentlich zweckmäßig, den Bürger durch große Kundgebungen, die dann entsprechend durch Polizei zu schützen sind, anzusprechen? Dort kommt er doch selber sehr wenig zu Wort. Er kann dort nur zuhören. Und, meine Damen und Herren, die schlimmsten Ereignisse auf dem Gebiet haben wir ja erlebt, als der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei, Herr von Thadden, in Bremen war. Die Polizisten, die dort in eine

(Abg. Ströh [SPD]: Gibt es die denn auch noch?)

peinliche Situation, in eine zwiespältige Situation gekommen sind, die, ich muß sagen, beneide ich wirklich nicht um das, was sie dort zu vollziehen hatten.

Gestatten Sie mir aber konkrete Vergleiche. Wir haben wenige Tage später in der Stadthalle nicht nur im Rahmen einer Forumdiskussion mit 30, 40 Leuten, sondern mit etwa 2000 Teilnehmern, ohne daß die Polizei sichtbar war, nach einem halbstündigen Referat unseres Bundesvorsitzenden Walter Scheel zweieinhalb Stunden mit 30 Diskussionsteilnehmern diskutiert. Die Polizei war, wie gesagt, nicht sichtbar, weder vor der Stadthalle noch in der Stadthalle.

(Unruhe und Zurufe bei der CDU)

Selbstverständlich wäre die Veranstaltung gar nicht genehmigt worden, wenn man sie nicht in Bereitschaft hätte halten können. So, meine Damen und Herren, liegen die Dinge. Wir haben im Sommer ähnliche Erfahrungen in der „Glocke" gemacht. Wir haben sie gemacht Anfang 1968 bei einem Parteitag in Freiburg, als 2000 Demonstranten vor der Stadthalle in Freiburg standen, Rudi Dutschke im Anmarsch und die Polizei eben auch in den Parkanlagen diskret verteilt war. Das ist ein gutes psychologisches Verhalten der Polizei, denn ich glaube, Konfrontationen können auf diese Art und Weise vermieden werden.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren — und da ich hier einige mir zwar noch nicht vom Akustischen her ganz verständliche Zwischenrufe der CDU höre —, wissen Sie, was sich dann dort abgespielt hat? Eine Debatte oder eine Diskussion! Auf dem einen Volkswagen, der im

übrigen dem Ring Christlich-Demokratischer Studentenschaft gehörte, saß Herr Dahrendorf mit seinem Mikrophon, und auf dem anderen Volkswagen saß Herr Dutschke, und dann diskutierte man miteinander, 2000 Studenten drum herum, und nach etwa 20 Minuten war die Sache erledigt. Der Parteitag hatte während dieser Zeit in der Stadthalle weiter stattgefunden.

Meine Damen und Herren, ich nenne Ihnen diese Beispiele nur dafür, daß man es, wenn man Polizei einsetzt, wenn man politische Veranstaltungen durchführt, seitens der Parteien und der Polizei auch anders machen kann, als es hier und da in den verschiedensten Bundesländern in der Vergangenheit geschehen ist. Darum geht es mir nur, und ich glaube, darüber können sogar die Regierungsparteien und die Oppositionsparteien vielleicht Übereinstimmung erzielen, daß man also von der Seite der politischen Parteien auch dazulernt, um einerseits Reibungen zu vermeiden, und zweitens die Polizei möglichst davor zu bewahren, Dinge zu tun, die sie eigentlich gar nicht so gern ausführt.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Brouver beantworten?

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, heute ja, da ich nicht nach Manuskript spreche!

Präsident Engel: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege John, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die Polizei auch dazu da ist, die garantierte Meinungsfreiheit zu schützen, und daß auf diese Art und Weise die Polizei in Bereitschaft stehen muß, um einem Repräsentanten einer Partei die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung zu geben?

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Brouwer, darüber streite ich mit Ihnen in gar keiner Weise! Nur, was ich hier zum Ausdruck bringen wollte, war, daß die politischen Parteien, soweit sie es noch nicht genügend getan haben — und ich muß es noch einmal sagen, ich schließe meine Partei in den Kreis dieser Überlegungen ausdrücklich ein —, ob wir als Mitglieder der politischen Parteien immer genug getan haben, um das, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat, möglichst zu vermeiden. Denn Sie können, Herr Kollege Brouwer, mit Sicherheit — darüber werden Sie wahrscheinlich mit mir nicht streiten — keinen demokratischen Staat aufbauen, wenn die Meinungsfreiheit nur durch die Polizei geschützt wird. Das muß doch von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen. Daß die Polizei gewisse Aufgaben hat, darüber gibt es doch gar keinen Zweifel.

Abschließend ein ganz kurzes Wort zur Ausbildung! Ich halte es für ganz wichtig, daß auch in psychologischer und staatsbürgerlicher Hinsicht für die Ausbildung der Polizei einiges getan wird. Vor Jahr und Tag hat es einmal hier und da einige Einzeläußerungen gegeben, die darauf hinausliefen: „Was sollen wir denn eigentlich mit einem Psychologen? Was die sagen, das verstehen die Polizisten sowieso nicht."

Meine Damen und Herren, ich glaube, es kommt bei diesem Gesichtspunkt der Ausbildung der Polizei doch vor allen Dingen auch darauf an, daß sich die theoretischen Darlegungen, die sich in der Psychologie nun einmal bei einer solchen Ausbildung ergeben, dann in die Praxis und in die anwendbare Praxis für die Polizisten einbezogen werden. Das scheint mir auch unter diesem Gesichtspunkt des psychologischen Faktors der Polizeiausbildung äußerst wichtig zu sein.

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Iversen.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will einen ganz anderen Lebensbereich ansprechen, der zum Bereich Senator für Inneres gehört, und zwar den Naturschutz. Bei Durchsicht der Haushaltsvorlagen ist mir aufgefallen, daß für diesen Bereich in der Vergangenheit wenig Beträge zu finden sind, so daß wir der Bevölkerung und der Aufgabe gegenüber, so meine ich, in der Vergangenheit bescheiden gewesen sind und der Aufgabe nicht gerecht werden.

Anlaß, hier etwas zu sagen, ist ein Flugblatt, ein Arbeitsflugblatt des Europarates, das ich vor einigen Wochen bekam, und zwar über einen Beschluß im Europarat, daß das Jahr 1970 zum europäischen Naturschutzjahr erklärt worden ist. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einige Sätze aus diesem Arbeitsblatt zitieren, die es besser sagen, als wenn ich es in meine Worte kleiden würde:

„18 Mitgliedsstaaten des Europarates und eine Reihe weiterer Länder haben sich für 1970 das große Ziel gesteckt, erstmals in der Geschichte ein europäisches Naturschutzjahr zu veranstalten, um der gesamten Bevölkerung einmal die gefährliche Situation des Menschen in seiner Umwelt, sozusagen fünf Minuten vor Zwölf aufzuzeigen. Die Belastung des Wasserhaushalts in Westdeutschland zum Beispiel hat die tragbare Grenze längst überschritten. Von den 14 Millionen Kubikmetern Abwässern bleiben heute nämlich noch immer 26 Prozent ungereinigt, 40 Prozent werden nicht ausreichend genug geklärt, so daß die Reinhaltung unserer Gewässer zu den Hauptanliegen einer gesunden Umwelt zählt. Nicht minder groß ist die Sorge um unsere Luft, die alljährlich mit $2^1/_2$ Millionen Tonnen Staub, 5 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd und 6 Millionen Tonnen Kohlemonoxyd verpestet wird. Die zunehmende Industrialisierung, die steigende Verwendung von Heizöl und der wachsende Verkehr bringen immer größere Gefahren der Luftverschmutzung mit sich, als deren Folge heute schon bereits Zehntausende von Hektar Wald absterben. Im Bundesgebiet werden täglich 100 Hektar Naturraum durch das Geschehen zerstört und lassen sich nicht wieder ordnen."

Dann wird darauf hingewiesen, daß in den einzelnen Ländern Europas Arbeitskomitees aufgestellt

wurden, die dieses Naturschutzjahr vorbereiten. In der Bundesrepublik laufen die Arbeiten bereits auch an, in den Ländern und in den größeren Städten ebenfalls. Hier in Bremen hat auch bereits eine Besprechung stattgefunden. Ich habe persönlich mit anderen Herren den Eindruck, daß diese Arbeit darunter leiden wird, daß nicht ausreichend Mittel zur Information der Bevölkerung, durch Filmvorführungen in den Schulen, Ausstellungen und so weiter bereitstehen, um diesen Aufgabenbereich der Bevölkerung sehr deutlich vor Augen zu führen. Wenn es um den Naturschutz geht, erlebt man immer wieder, daß man das mit einer Handbewegung abtut.

Bremen stand einmal in dem Ruf, die sauberste Stadt der Bundesrepublik zu sein. Heute hört man mit Recht, unsere Mitbürger klagen, wie ist es möglich, daß wir dieses nicht mehr erreichen.

(Abg. Ströh [SPD]: Die Mitbürger müssen dafür sorgen!)

Sicherlich sollen die Mitbürger dafür sorgen. Aber wir haben auch eine Aufgabe, immer wieder darauf hinzuweisen. Es gibt einfache Wege und Mittel, den Mitbürgern dieses vor Augen zu führen. Wir sollten dieses Naturschutzjahr, welches auf europäischer Basis anlaufen soll, mit dazu benutzen, die Aufgaben, die in diesem Zusammenhang zu sehen sind, der Bevölkerung zu sagen.

Meine Frage aus der Sicht meiner Fraktion ist an den zuständigen Senator für Inneres, aber auch an den Schulsenator gerichtet, was vorbereitend hier eingeleitet wurde und ob die Mittel, die im Haushalt eingesetzt sind, ausreichen, um diese Aufgabe — wie in den anderen europäischen Ländern — auch zu verwirklichen.

Für das Hohe Haus wird auch das Jahr 1970 interessante Anregungen geben. Es werden auf europäischer Basis in einem Rechtsausschuß Überlegungen angestellt und Empfehlungen erarbeitet, daß alte Gesetze zu überprüfen sind, um dieser neuen Aufgabe und dem Leben gerecht zu werden.

Das Flugblatt schließt mit dem Hinweis: „Der Begriff ‚Naturschutz' selbst muß dergestalt ‚umfunktioniert' werden, daß er von jedem Mitbürger als dieselbe Realität und Notwendigkeit erkannt wird, wie dies in anderen Ländern unter dem Begriff ‚Conservation' längst geschehen ist."

Ich glaube, wir haben alle miteinander auch hier in unserer Stadt, in unserer Region die Aufgabe, daß wir den Naturschutz unter einem anderen Blickwinkel sehen zur Erhaltung des menschlichen Lebens miteinander und füreinander in dem großen Lebensraum, um gegenüber den Gefahren, die wir selbst auslösen, gefeit zu sein und zu sehen, wie wir diesen Gefahren begegnen können, und zwar vorbeugend begegnen können.

So sollten wir gemeinsam mit den anderen Ländern Europas und den Gemeinden und Städten diese Aktion, die man gemeinsam vorbereitet hat, auch wirklich in unserer Stadt mit fördern und zu einem guten Erfolg bringen. Es wäre interessant zu hören, was Herr Senator Löbert und Herr Senator Thape zu der aufgeworfenen Frage sagen, wie die Vorbereitungen laufen und ob finanziell keine Schwierigkeiten bestehen, diese Aktion gemeinsam auch auszuführen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Haben Sie eigentlich den Haushaltsplan gelesen? — Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Löbert.

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Anschlag für Landschaftsschutz, Naturschutz, ist für den von Herrn Iversen angeführten Zweck um 10 000 DM erhöht worden. Ich bin der festen Überzeugung, nachdem die Deputation für Inneres dem zugestimmt hat, auch das Hohe Haus zustimmen wird. Die Behörde des Senators für Inneres hatte es sich bisher immer sehr angelegen sein lassen, gerade in Hinsicht auf Landschaftsschutz und Naturschutz hier in Bremen etwas zu tun.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Friedrich Meier beantworten?

Senator Löbert: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Abgeordneter Meier!

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr, Senator, ist Ihnen entgangen, daß neben den 10 000 DM, die Sie genannt haben, im Haushaltsplan weitere 8 800 DM eingesetzt wurden für den nebenamtlichen Leiter der Naturschutzstelle?

Senator Löbert: Nein, Herr Meier, auch das ist mir bekannt! Ich wollte hier nur auf die sächlichen Ausgaben eingehen zu dem besonderen Weltnaturschutztag, den Herr Iversen hier angeführt hat. Ich bin Ihnen aber dankbar, daß Sie auch darauf noch hingewiesen haben, damit die Abgeordneten hier erkennen, daß insgesamt auch im personellen Teil noch eine Erhöhung stattgefunden hat.

Meine Damen, meine Herren, der Naturschutz in einer Großstadt ist eine besonders schwierige Aufgabe. Wir haben noch wenig freie Flächen, wenn wir einmal von den Weideflächen im Blockland und am linken Weserufer absehen. Trotzdem haben wir eine beträchtliche Anzahl von Landschaftsschutzgebieten — keine Naturschutzgebiete — hier in Bremen aufzuweisen. Aber auch an Naturschutzgebieten haben wir immerhin — ich darf nur auf Borgfeld, Huchting und Habenhausen hinweisen — kleinere Gebiete ausgewiesen, in denen eine besondere Pflanzen- und Tierwelt noch erhalten ist. Wir werden auf diesem Wege weiter fortfahren. Wir haben einen Naturschutzbeirat bei unserer Behörde — den gibt es auch nicht in allen Ländern —, und wir haben mit diesem

Naturschutzbeirat bisher wirklich eine gute Zusammenarbeit gepflegt, und gerade für das nächste Jahr wird unsere Behörde sich mit der Deputation für Inneres bemühen, sich noch einiges einfallen zu lassen.

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, damit Sie laufend im Bilde sind, werde ich Ihnen zwischendurch sagen, wieviel Redner hier in der Rednerliste noch eingetragen sind: Zur Zeit sind es zur Gesamtaussprache zum Einzelplan 00 noch vier Kollegen.

Als nächster hat nun das Wort der Abgeordnete Hauptmann.

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis auf die Ausführungen von Herrn Iversen könnte man die Aussprache zu diesem Einzelplan überschreiben: „Die Polizei, dein Freund und Helfer!". Und ich glaube, das ist auch gut so, daß dem bremischen Bürger eingeht, daß die Polizei nicht Selbstzweck ist, sondern daß sie für die Sicherheit der Bürger vorhanden ist.

Herr Dr. Cassens hat angesprochen, daß man sich Gedanken machen sollte, die einzelnen Polizeien zu verstärken und eine bessere Ausbildung der Polizei zu gewährleisten. Wenn wir uns die Haushaltspläne ansehen, so werden wir an Hand der Stellenpläne feststellen können, daß für die Jahre 1970 und 1971 wiederum Verstärkungen bei der Polizei vorgenommen worden sind. Die Polizei hat nach dem Polizeigesetz echte Aufgaben. Sie ist nicht Selbstzweck.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch eine Fürsorgepflicht für die Polizei. Sie haben dabei die gleiche Besoldung in Bund und Ländern angesprochen. Ich kann das nur unterstreichen. Wir sind bemüht, in der Besoldung eine Harmonisierung herbeizuführen. Es sollte unser Ziel sein, auch eine Harmonisierung der Schlüsselzahlen der Stellenpläne unserer Polizei für die Zukunft anzustreben.

Welche Anstrengungen im Bereich der technischen Ausrüstung der Polizei auch auf dem Bausektor gemacht worden sind für die Haushaltsjahre 1970/71, haben bereits meine Vorredner und vor allen Dingen der Senator für Inneres aufgezeigt. Es sind immerhin rund 11,3 Millionen DM, die für die Jahre 1970/71 im Bereich der Investitionen und der besseren technischen Ausrüstung der Polizei vorgesehen sind.

Herr Dr. Cassens, es gibt vieles Wünschenswerte! Wir haben das in der Deputation erlebt, was wir gern tun wollen. Wir können uns aber nur im Rahmen des Finanzplans halten, der an sich für alle Ressorts und für alle Bereiche gilt. — Ich danke!

Präsident Engel: Nunmehr hat das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Gestatten Sie mir einen kurzen Sprung von der Polizei über den Naturschutz in dieses Haus zurück. Ich ärgere mich, offen gestanden, seit langem darüber — ich sage das trotzdem in aller Gelassenheit und Fröhlichkeit, wenn ich Sie ansehe, Herr Fröhlich —,

(Heiterkeit)

wenn hier so oft, heute morgen allein viermal in einem Diskussionsbeitrag, vom „Hohen Hause" die Rede ist.

Gestatten Sie mir eine ganz bescheidene Anregung: Ich habe den Eindruck, daß dieser Begriff in die heutige Zeit einfach nicht mehr hineinpaßt,

(Beifall bei CDU und SPD)

und ich meine deshalb, wir sollten

(Abg. Hartjen [SPD]: Das ist nur architektonisch gemeint! — Heiterkeit)

diesen Begriff künftig weglassen, um mitzuhelfen, überholte Autoritätsvorstellungen abzubauen. — Schönen Dank!

(Beifall)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Krämer.

Abg. **Krämer** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Cassens fanden zum größten Teil die Zustimmung der NPD-Fraktion. Ich muß aber dazu sagen, ob es richtig ist, die Presse bereits bei der Einsatzbesprechung der Polizei teilnehmen zu lassen, bedarf doch einiger Uberlegungen. Die Polizei kann doch nicht vorher der Presse bereits den Einsatzplan bekanntgeben.

Es wird immer möglich sein, die Polizei nach ihrem Einsatz, gleich ob weiche oder harte Welle, später angreifen zu können, zumal die Presse in der Vergangenheit zum großen Teil die einzelnen Einsätze der Polizei nie richtig beschrieb. Ich denke dabei an die Januarunruhen und an die Wahlkundgebung der NPD am 15. September 1969.

Wenn der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten gestern gesagt hat, er wäre ein Sozialliberaler, so kann ich nur sagen, die sozialliberale Partei kann sich nicht mit der NPD vergleichen — soll sie auch nicht!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das verbitten Sie sich!)

Richtig, Herr Böhrnsen! Und der 15. September 1969 wäre ruhiger abgelaufen, wenn die fortschrittlichen Kräfte und die DGB-Führung sich so verhalten hätten, wie wir es bei Veranstaltungen anderer Parteien halten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Darf ich eine Feststellung treffen, Herr Krämer: Sie verstehen sich nicht als fortschrittliche Kräfte! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Böhrnsen, Herr Abgeordneter Krämer hat seine Ausführungen

beendet, da kann ich es einfach nicht zulassen, daß noch Zwiegespräche von Abgeordnetensitz zu Abgeordnetensitz geführt werden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung!)

Nunmehr hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ein Wort nur zu den Ausführungen von Herrn Kollegen John! Ich glaube, Herr John, man kann nicht auf den Inhalt von Veranstaltungen und Versammlungen schließen aufgrund dessen, wie stark sie gestört worden sind. Die FDP ist vor den Wahlen sehr wenig gestört worden, weil von ihr sehr wenig die Rede war.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und NPD)

Erst im Schlepptau der großen SPD hat es die FDP jetzt geschafft, über die Gebühr von sich reden zu lassen.

(Erneut Heiterkeit und Beifall bei CDU und NPD — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wir waren aber immer da, wo die CDU gefehlt hat, bei allen Diskussionen! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter von Groeling-Müller, wir haben die segensreiche Einrichtung der Fragemikrophone! Wenn Sie davon Gebrauch machen würden, wäre ich Ihnen dankbar!

Ich darf die Unterbrechung benutzen, Herr Dr. Sieling, um Sie zu fragen, ob Sie eine Frage des Abgeordneten John beantworten wollen.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Selbstverständlich, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Dr. Sieling, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die starken Ordnerketten bei der Stadthallen-Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der CDU, dem früheren Bundeskanzler —

(Zuruf von der CDU: Herr Kiesinger war das!)

diese Ordnungsgruppen waren ja sogar, wie der Presse zu entnehmen war, aus Osnabrück und so weiter verstärkt —, daß solche Maßnahmen wesentlich dazu beigetragen haben, zu einem anderen Ausgang einer solchen Kundgebung beizutragen, als wenn eine Partei, wie es in diesem Fall die FDP mit 2000 Tagungsteilnehmern in der Stadthalle gemacht hat, mit den Leuten diskutiert? Das scheint mir ein erheblicher Unterschied.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr John, über den Einsatz der Polizei hat nicht die Partei zu rechten. Das ist Sache der zuständigen Gremien. Ich bin allerdings mit Ihnen der Meinung, und das sollte für alle Parteien gelten, daß wir bei den nächsten Wahlkämpfen zumindest einmal den Versuch unternehmen sollten, generell ohne Polizeischutz auszukommen.

(Abg. John [FDP]: Richtig!)

Nun, meine Damen und Herren, zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Fröhlich! Ich meine, wir sollten es uns nicht so einfach machen und immer dann, wenn es für Bremen unangenehm wird, darauf hinweisen, daß die Probleme auf Bundesebene gleichgeartet oder sogar noch größer sind. Natürlich sind diese Probleme in Flächenstaaten noch komplizierter als bei uns im Städtestaat. Um so mehr meine ich, wir sollten in Bremen alles tun, die Mittel, die wir freimachen können, so einzusetzen, daß eine weitgehende Wirkung erzielt wird.

Und da, meine ich, Herr Fröhlich, haben Sie meine Frage vorhin entweder nicht verstanden oder nicht beantworten wollen, denn ich habe Sie gefragt, ob Ihnen bekannt ist, daß ein Drittel der Fahrzeuge der Kriminalpolizei nur mit Funk ausgerüstet ist, und daß selbst die Beamten, die in diesen mit Funk ausgerüsteten Wagen sitzen, total in der Luft hängen, sobald sie den Wagen verlassen haben, falls sie nicht Taschenfunkgeräte beim 10. K. ausgeliehen haben. Dieses 10. K. aber untersteht dem Polizeipräsidenten, so daß man von der Kriminalpolizei aus dort nicht hineindirigieren kann. Da liegt doch die Schwierigkeit. Ich meine, nicht bei den Demonstrationen, sondern bei der Verbrecherbekämpfung ist es in Bremen erforderlich, daß unsere Beamten mit Funkgeräten ausgerüstet sind, damit sie sich nicht jederzeit Gefahren ausgesetzt sehen, wie es heute der Fall ist.

(Beifall bei CDU und NPD — Abg. Fröhlich [SPD]: Sie müssen den Haushalt lesen, was da drin steht!)

Die Zahl der Funkgeräte ist nicht dadurch zu erhöhen, daß ich einen Pkw mehr kaufe.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern in meiner Haushaltsrede für die CDU-Fraktion die Frage der Notwendigkeit von Unterrichten, von modernen Unterrichten innerhalb der Polizei und Kriminalpolizei gesprochen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dafür Voraussetzung ist, daß es der Polizei möglich gemacht wird, laufend einige Beamte zu den Unterrichten herauszuziehen, daß man die Räume dazu und daß man vor allen Dingen die Ausbilder dafür haben muß. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Lehrkräfte vorhanden sein müssen. Wenn jemand nach seiner polizeilichen Ausbildung vor zehn, zwanzig oder mehr Jahren nicht laufend geschult worden ist und heute nicht vertraut gemacht wird mit den modernen Auffassungen von Demonstrationen, wie sie heute gelten, ist es dem Polizisten nicht vorzuwerfen, wenn an dieser oder jener Stelle falsch reagiert wird, vielleicht aus Wurzeln einer Staatsautorität heraus, die es heute nicht mehr gibt.

Nun noch eines zur Frage der Transparenz. Das ist heute ein Modewort geworden. Die Überschaubarkeit wird überall gefordert. Ich meine, die Polizei sollte in diesen Unterrichten lernen, daß es sür sie selbst gut ist, gerade in kritischen Situationen, an denen große Bevölkerungsteile beteiligt sind, wie zum Beispiel bei Demonstrationen, der Presse im Verlaufe der polizeilichen Handlungen überall Zutritt zu geben, damit sie die Dinge an Ort und Stelle prüfen kann. Damit könnte sich die Polizei selbst schützen vor Presseberichten, die auf Aussagen von irgendwelchen Großmäulern basieren. Ich glaube, das wäre wesentlich. Wenn die Polizei gelernt hat, auf diese Weise in der Presse ihren Helfer zu sehen, aus der Sicht heraus, daß die Presse ja ihre Tätigkeit am nächsten Tag in der Öffentlichkeit darstellt, und das, was die Polizei für richtig gehalten hat, aus der Situation heraus richtig beleuchten kann, weil sie selbst dabei gewesen ist, dann ist der Polizei am meisten geholfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind einige staatspolitische Fragen angesprochen worden, und darauf möchte ich eingehen, und nicht auf den Bereich Inneres. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Polizei oder besser, ob die Politiker gelernt hätten, mit dem Umgang mit der Macht fertigzuwerden und sich auch in kritischen Zeiten in Diskussionen zu stellen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß man das auch ohne polizeilichen Schutz könne.

Einverstanden, das kann man; man sollte es gemeinsam versuchen. Aber ich würde hier keine Blankoerklärung abgeben, weil eine Veranstaltung nicht bestimmt wird von denen, die diskutieren wollen, sondern von denen, die gegebenenfalls stören wollen. Aber hier gilt es, den Artikel 8 zu beachten. Das ist ein Auftrag des Parlaments an die Polizei. Es wäre zu einfach zu sagen, in dem einen Fall geht es, in dem anderen Fall nicht.

Auf der anderen Seite bin ich wirklich im Eigeninteresse aller politischen Gruppierungen in diesem Lande der Meinung, den Versuch zu wagen, mit den Störern selbst fertigzuwerden und nicht diese undankbare Arbeit immer auf die Polizei abzuwälzen.

(Abg. J o h n [FDP]: Genau das habe ich gesagt!)

Ich habe Sie auch so verstanden, ich klage ja nicht darüber. Ich möchte die Dinge nur differenzierter darstellen, um nicht eines Tages sagen zu hören, hier im Parlament sei gesagt worden, Polizeischutz sei in keinem Fall erforderlich. Das allein kann man so deklamatorisch nicht sagen.

Ich habe hier mit großem Interesse von Herrn Krämer Grundsatzerklärungen gehört über das Selbstverständnis dieser Partei. Ich will mich dazu nicht zu den Sozialliberalen äußern, so eng ist mein Verhältnis zu ihnen nicht, obwohl ich sie gelegentlich schätze. Ich möchte hier nur sagen: Was sind das für generelle Erklärungen über irgendwelche Demonstranten gegen die NPD, und dabei zu sagen, wie gut und ehrenwert sind wir? Waren es eigentlich Demonstranten, die in Kassel geschossen haben? Oder haben in Kassel etwa die NPD-Ordnungskräfte geschossen? Die Frage will ich nicht beantworten, die müssen Sie beantworten.

(Abg. V o r s a t z [NPD]: Das schwebt ja noch, das wollen wir erst einmal hören! — Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Ach, Herr Vorsatz!)

Ich habe eine Frage gestellt und nicht beantwortet, weil ich in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen möchte.

(Abg. S t e r n [NPD]: Sie haben zitiert, Herr Bürgermeister, und das war falsch!)

Ich habe zitiert aufgrund eines Hinweises aus Ihren Kreisen.

Im übrigen möchte ich nur sagen, daß ich an sich zur Frage der L a n d e s z e n t r a l e f ü r p o l i t i s c h e B i l d u n g gar nicht Stellung nehmen wollte. Die heutige Debatte allerdings gibt mir Veranlassung, mich herzlich bei den Antragstellern zu bedanken. Ich glaube, es ist doch ganz gut, wenn hier etwas mehr Mittel eingesetzt werden für staatsbürgerlichen Unterricht nicht nur für den schlichten Bürger, sondern auch für einige andere im politischen Leben Stehende. Denn sonst könnte ich mir nicht vorstellen, wie der ansonsten von mir so sehr geschätzte Abgeordnete Dr. Cassens in seinen Ausführungen zum Schluß, zwar sehr poetisch, aber wenig zutreffend, darauf hingewiesen hat, daß man mit den polizeilichen Sachverwendungsmitteln sehr puritanisch umgehe, im übrigen aber bei der Polizeiverwendung noch bei Ludwig dem XIV. sei. Ludwig der XIV. war ein großer Schüler von Richelieu und Mazarin. Einverstanden! Er war sehr kriegerisch, das aber auf meinen Kollegen Löbert zu beziehen, wäre sachlich kaum zutreffend.

(Heiterkeit)

Er war sehr verschwenderisch. Das kann ich aber auch nicht sagen. Der Kollege Löbert ist auch mit Personalstellen nicht verschwenderisch. Lassen Sie mich eine geschichtliche Reminiszenz sagen: Wenn Sie mit einem französischen König vergleichen wollen, dann mit Heinrich dem IV., der jedem Bürger ein Huhn im Pott wünschte.

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Gesamtaussprache geschlossen.

Wir kommen nun zu

00 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres — Einzelberatung

0020/427 Landeszentrale für politische Bildung.

Hierzu liegt der

Änderungsantrag Nr. 287

vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0020/427 02-7 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres / Senat und Senatskanzlei / Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige, soweit nicht Arbeitslohn

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 20 000 DM um 5 000 DM auf 25 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 20 000 DM um 5 000 DM auf 25 000 DM erhöht.

John und FDP-Fraktion
Böhrnsen und SPD-Fraktion

Wer begründet den Änderungsantrag? — Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, darf ich zunächst eine Frage stellen? Ist es geschäftsordnungsmäßig möglich, obwohl Sie den Änderungsantrag Nr. 288 noch nicht aufgerufen haben, ihn mit Nr. 287 zu verbinden oder geht das geschäftsordnungsmäßig nicht?

Präsident Engel: Wenn Sie im Zeitraum von fünf Minuten auch gleich den Änderungsantrag Nr. 288 mit begründen, so glaube ich, das ganze Haus ist Ihnen dankbar. Demzufolge beziehen wir den

Änderungsantrag Nr. 288

in die Erörterungen ein:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0020/685 17-4 Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Inneres / Senat und Senatskanzlei / Landeszentrale für politische Bildung

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 75 000 DM um 5 000 DM auf 80 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 75 000 DM um 5 000 DM auf 80 000 DM erhöht.
3. Die Erläuterung zu dieser Haushaltsstelle erhält folgende Fassung:

„Zu 685 17-4) Der Ansatz wurde wie folgt ermittelt:

Für Eigenseminare der Landeszentrale für politische Bildung	40 000 DM
für sonstige Aufgaben	30 000 DM
Zuschuß an den Vlothoer Arbeitskreis Bremen	10 000 DM
zusammen	80 000 DM"

John und FDP-Fraktion
Böhrnsen und SPD-Fraktion

Abg. **John** (FDP): Danke sehr, Herr Präsident!

(Abg. Ströh [SPD]: So langsam hat Herr John in Kurzfassungen Erfahrungen gesammelt!)

Ja, Herr Kollege Ströh, ich muß von gestern ja einiges wieder gutmachen, als ich meine Redezeit um einige Minuten überschritten habe.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Änderungsantrag Nr. 287, der mit dem Änderungsantrag Nr. 288 zusammen gesehen werden muß, befaßt sich mit den Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige, soweit nicht Arbeitslohn. Es handelt sich dabei weitgehend um zu zahlende Honorare, die im Rahmen der politischen Bildung an dort tätige Leute gezahlt werden. Der Änderungsantrag Nr. 288 bezieht sich direkt auf die Landeszentrale für politische Bildung. Dort geht es also auch um 5 000 DM.

Beide Anträge sind von den Koalitionsfraktionen gestellt worden, weil sich ergeben hat, daß am Ende dieses laufenden Haushaltsjahres für drei Seminare der politischen Bildung, vorgesehen von der Landeszentrale, die Mittel nicht mehr ausreichten. Das war also der Grund, und wir beantragen deshalb eine Erhöhung der Mittel.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Abg. **John** (FDP): Ja!

Präsident Engel: Bitte schön, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege John, würden Sie bitte im Antrag Nummer 288 den Posten „für sonstige Ausgaben 30 000 DM" noch einmal etwas näher erläutern?

Abg. **John** (FDP): Die Landeszentrale für politische Bildung, meine Damen und Herren, führt nicht nur Seminare, Arbeitsgemeinschaften und Ähnliches durch, sondern sie hat auch andere Aufgaben. Es werden Druckschriften und so weiter veröffentlicht. Dafür braucht man auch Geld, und für diese sonstigen Ausgaben sind hier in der Aufschlüsselung eben 30 000 DM vorgesehen. Das sind also die Dinge, die über den Bereich der Seminare hinausgehen, die ja unter dem ersten Abschnitt mit 40 000 DM als Eigenseminare gekennzeichnet sind.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich eine Aufklärung geben, Herr Dr. Sieling. Vorweg darf ich sagen, was der Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung grundsätzlich zur politischen Bildung auch gesagt hat, und das trifft auch ein wenig auf die vorausgegangene Debatte zu: Demokratie kann nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom politischen Engagement der Bürger. Wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und auch mitverantworten.

In diesem Sinne ist auch die Ausweitung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung zu verstehen. Was die konkrete

Frage von Herrn Dr. Sieling angeht, so ist natürlich darin einbezogen worden, daß durch die in Aussicht stehende Herabsetzung des Wahlalters zusätzliche Ausgaben für kritische Auseinandersetzungen hinzukommen, daß auch Lehrlinge in diesen Kreis mit einbezogen werden sollen, daß vermehrt geschlossene Klassenverbände aus den Bereichen der allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit haben sollen, an diesen Seminaren teilzunehmen, und daß schließlich auch Lehrerfortbildung auf dem Gebiet der politischen Bildung verstärkt durchgeführt werden soll in Zusammenarbeit mit dem Schulpraktischen Institut und dem Studienseminar. Es geht also weit über das hinaus, was bisher von der Landeszentrale getan wurde. Wir begrüßen diese Initiative. Es hat sich gezeigt, daß sie sehr positiv ist.

Lassen Sie mich auch schließen mit einem Wort von Willy Brandt am Schluß der Regierungserklärung: „Wir stehen nicht am Ende der Demokratie, wir fangen erst richtig an!" Unter diesem Motto, so meine ich, sollte auch die weitere Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 287 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wer dem Änderungsantrag Nr. 288 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch diesem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ich rufe auf den Einzelplan

01 Justiz.

In der Interfraktionellen Sitzung war keine Gesamtaussprache über diesen Einzelplan vorgesehen. Wortmeldungen liegen auch nicht vor.

Dann kommen wir zur

Einzelberatung.

0121/681 Arbeitsbelohnungen an Gefangene in Strafanstalten

Zu diesem Abschnitt liegt der

Änderungsantrag Nr. 289

vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0120/681 63-0 Justiz / Justizvollzugsanstalten / Arbeitsbelohnungen an Gefangene in Strafanstalten

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 210 000 DM um 210 000 DM auf 420 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 210 000 DM um 210 000 DM auf 420 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Grantz.

Abg. **Grantz** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Die Deputation für Justiz und Gefängniswesen hat im Rahmen der Haushaltsberatungen für ihren Fachbereich beschlossen, den Titel 681 63-0 „Justizvollzugsanstalten / Arbeitsbelohnungen an Gefangene in Strafanstalten" auf je 420 000 DM pro Haushaltsjahr 1970 und 1971 zu veranschlagen. Der Entwurf des Haushaltsplans Justiz sieht für diesen Titel lediglich 210 000 DM vor. Dies entspricht dem Ansatz für das Jahr 1969.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag haben sich nunmehr die Fraktionen der SPD, FDP und CDU entschlossen, die Vorstellungen der Justizdeputation durch Parlamentsbeschluß zu verwirklichen.

Nach geltendem Recht kann während der Strafhaft jeder Strafgefangene zur Arbeit herangezogen werden. Er wird für die von ihm geleistete Arbeit nicht entlohnt, sondern lediglich belohnt, und zwar dann, wenn er das leistet, was von ihm gefordert wird. Dies ist die Regelung der Dienst- und Vollzugsordnung, die bundeseinheitlich gilt. Die Höhe der zu gewährenden Belohnung ist eine Bewertungsentscheidung des Strafvollzugsleiters. Bei dieser Bewertung spielen Schwere und Schwierigkeit der Arbeit sowie Fleiß und Sorgfalt des Gefangenen eine Rolle. Dies sind Bewertungsfaktoren.

In den bremischen Strafanstalten liegt die Arbeitsbelohnung zur Zeit zwischen 50 Pfennig und 1,40 Mark pro Tag. Mit der Erhöhung des Anschlags im Haushaltstitel 681 63-0 auf 420 000 DM jährlich soll die Anhebung der Belohnungsstufen auf 60 Pfennig bis 3 DM täglich erreicht werden.

Meine Damen und Herren, das Problem der Arbeitsbelohnung bis hin zur leistungsgerechten Entlohnung des Strafgefangenen ist zu vielschichtig, als daß es im Rahmen eines Änderungsantrags im Parlament erörtert werden könnte. Eine echte Leistungsentlohnung ist sicherlich wünschenswert, sie wird jedoch in naher Zukunft kaum erreicht werden können. Wir sind jedoch der Ansicht, daß der Weg zur gerechten Entlohnung nur über eine schrittweise Erhöhung der Belohnung führen kann. Eine Anhebung der Belohnung wird zur Stärkung der Arbeitsmoral der Strafgefangenen führen, und dadurch wird, wenn auch nur ein geringer Beitrag geleistet werden können, um den gewünschten Resozialisierungseffekt des Strafvollzugs zu unterstützen. Ich bitte daher dem Antrag zuzustimmen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Wolff beantworten?

Abg. **Grantz** (SPD): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Frau Dr. Wolff!

Abg. Dr. Johanne **Wolff** (CDU): Herr Kollege Grantz, können Sie mir sagen, ob die erhöhte Belohnung den Gefangenen während der Strafzeit voll zur Verfügung gestellt wird oder ob ein Teil als Entlassungsgeld zurückbehalten wird?

Abg. **Grantz** (SPD): Es ist geplant, die Belohnung zu zwei Dritteln als Hausgeld zur Verfügung zu stellen, während ein Drittel als Rücklage dienen soll.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage der Arbeitsbelohnung der Inhaftierten ist ein Problem, mit dem wir uns in der Justizdeputation schon des öfteren befaßt haben, das nicht nur in Bremen eine Rolle spielt, sondern auch in anderen Bundesländern. Gerade in Hamburg haben wir kürzlich darüber gesprochen. Es spielt auch eine Rolle in anderen europäischen Ländern.

Damit hierzu nicht falsche Vorstellungen entstehen, möchte ich darauf hinweisen, daß diese Arbeitsbelohnung keineswegs bedeutet, daß die betreffenden Strafgefangenen zu dem Satz, der hier eben genannt worden ist — also in Bremen 0,50 DM bis 1,40 DM am Tag —, ihre Arbeit verrichten. Die Arbeit, die die Strafgefangenen verrichten, wird vielmehr im allgemeinen so bezahlt, wie üblicherweise die Tariflöhne liegen. Nur fließt die Vergütung, die hierfür einkommt, dem Staat zu, um damit wenigstens einigermaßen — es dient bei weitem nicht zur vollen Deckung — die Kosten wieder aufbringen zu können, die der Strafgefangene dem Staat während seiner Haftzeit verursacht. Trotzdem ist es dringend erforderlich, diese Erhöhung der Arbeitsbelohnungen vorzunehmen. Das ist einmal erforderlich — der Herr Abgeordneter Grantz hat schon darauf hingewiesen —, um die Resozialisierung wirksam und effektiv zu gestalten. Zudem muß der Strafgefangene ein Interesse haben, seine Arbeit ordentlich und auch mit einer gewissen Freude zu verrichten.

Wenn die Arbeitsbelohnung derart geringfügig ist, wie zur Zeit in Bremen — sie ist in anderen Ländern, wie ich schon sagte, leider auch nicht höher, in Hamburg hat man Anfang 1969 eine Erhöhung vorgenommen auf höchstens 2 DM, also statt 1,40 DM Höchstsatz bei uns ist in Hamburg der Höchstsatz zur Zeit 2 DM —, so sollte man das ändern. Von diesem Satz, der hier als Höchstsatz — also 1,40 DM — gezahlt wird, erhält zur Zeit der Strafgefangene die Hälfte, also 50 Prozent, zur eigenen Verfügung, das heißt, er kann sich damit in der Kantine Sachen kaufen, die er benötigt oder die er haben möchte, unter anderem Tabakwaren, Zeitungen und Ähnliches. Die übrigen 50 Prozent werden schon heute zurückgelegt für ein Entlassungsgeld, damit der Strafgefangene bei seiner Entlassung nicht völlig mittellos wieder in die Freiheit kommt.

Durch die Erhöhung auf 3 DM im Höchstfall, die jetzt geplant worden ist, und die mit dem Änderungsantrag, über den wir hier zu beraten haben, ermöglicht werden soll, wird erreicht, daß der Strafgefangene einen größeren Betrag bei seiner Entlassung zur Verfügung hat. Es ist nicht daran gedacht, auch in diesem Fall wieder volle 50 Prozent zur Verfügung zu stellen, sondern wahrscheinlich einen etwas geringeren Satz, weil es wichtiger ist, daß der Strafgefangene bei seiner Entlassung genügend Mittel in der Hand hat, als daß er während der Strafhaft erhöhte Mittel zur Verfügung hat, um persönliche Bedürfnisse befriedigen zu können. Ich glaube also, wir sollten auf jeden Fall diesem Antrag in diesem Hause zustimmen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich aber darauf hinweisen, daß ein anderes Problem dringend der weiteren Erörterung bedarf. Das ist das Problem der fortlaufenden Sozialversicherung der Strafgefangenen. Diese ist zur Zeit während der Haftzeit nicht gewährleistet. Auf diesem Gebiet ist eine erheblich schwierige Vorarbeit zu leisten, um diese Sachen juristisch und technisch durchzuführen. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie notwendig es ist, auch dieses im Auge zu behalten, damit nicht nach der Entlassung der Strafgefangenen später einmal erhebliche Nachteile nicht nur für diese Strafgefangenen selbst, sondern insbesondere auch für ihre Familienangehörigen und auf dem Umweg durch die Inanspruchnahme — —

(Glocke)

Präsident Engel: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Fischer** (CDU): Ich bin fertig, Herr Präsident, ich darf nur den Satz zu Ende führen — der Sozialhilfe auch der Allgemeinheit entstehen. Deswegen ist es erforderlich, unbedingt auf diesem Gebiet auch etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig!)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Bei allen Maßnahmen für Straffällige heißt es ja so leicht, dann sollten die Gerichte erst einmal kräftig aktiv werden, oder dann sollte die Polizei erst einmal anständig durchgreifen und nicht Verbesserungsmaßnahmen für Strafgefangene vorgesehen werden.

(Abg. Klemmer [SPD]: Wer hat das gesagt?)

So heißt es allgemein! Nicht hier im Hause! Dem ist hier in aller Deutlichkeit entgegengetreten worden. Auf die Wichtigkeit dieser Resozialisierungsmaßnahmen ist ganz sicher und ganz fest hingewiesen worden. Wir müssen das deshalb so deutlich sagen, weil in jeder Diskussion im Alltag uns sofort entgegengehalten wird — ich bin ganz bestimmt keine Ausnahme —, hier sollen Strafgefangene mit Samthandschuhen angefaßt werden.

Darum geht es gar nicht, sondern es ist schon in ganzer Klarheit darauf hingewiesen worden, daß unsere Polizisten, unsere Richter immer wieder auf ehemalige Strafgefangene stoßen, die beim Eintritt in die Gesellschaft Schwierigkeiten haben und mit diesem Wiedereintritt nicht fertig werden. Es fehlt eine ganze Reihe von Dingen, die wir dazu tun müssen, um den Übergang im Interesse der Gesellschaft zu verbessern. Auch wenn uns vorgeworfen wird, hier werden Samthandschuhe angezogen: Es ist im Sinne der Großen Strafrechtsform eine Menge zu tun. Ein erster und vorsichtiger Schritt dazu ist die Erhöhung der Belohnung, auch wenn es nur ein sehr bescheidener Schritt ist. Es fehlt noch die Familienfürsorge, die der Strafgefangene ja selber tun müßte. Er müßte das Gefühl haben, daß seine Familie zu Hause nicht alleine ist, sondern daß ein Teil dessen, was er verdient, auch dieser Familie zugute kommen könnte. Es fehlt natürlich auch ein sozialtherapeutisches Vorhaben.

Aber das ist in Arbeit. Hier soll noch etliches geschehen. Die norddeutschen Länder haben einiges in Arbeit. Es fehlt der Ausbau der Bewährungshilfe, und es fehlt als letztes ganz sicher auf diesem Weg, auf dem die Erhöhung der Arbeitsbelohnung eine Stufe ist, die bessere Aus- und Fortbildung nicht nur von Richtern, nicht nur von Staatsanwälten, sondern auch von Lehrern der Gefangenen und von Vollzugsbeamten. Hier müßte noch eine Menge getan werden. Darauf müssen wir unsere Bevölkerung in aller Deutlichkeit hinweisen, damit wir nicht den Vorwurf bekommen, für unsere Schulen haben wir nicht genug getan, aber bei den Strafgefangenen fangen wir an. Hier etwas zu tun, ist mindestens ebenso wichtig wie für unsere Schulen mehr zu tun, wenn wir diesen Menschen den Weg in die Gesellschaft zurückfinden lassen wollen und nicht nach der Rousseau'schen These verfahren: Setzen wir sie fest, dann ist die Gesellschaft sie los. Ich habe mich da noch milde ausgedrückt. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir behandeln im Augenblick Änderungsanträge. Bei den beiden letzten Sprechern stand ich unter dem Eindruck, daß sie die Aussprache über Einzelanträge mit der Gesamtaussprache verwechseln. Ich habe nicht eingegriffen, und zwar aus ganz bestimmten Gründen, aber ich fühle mich doch verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, wenn wir so weiter fortfahren, wir Gefahr laufen, dieses Gebiet immer mehr und mehr auszuweiten. Deshalb im Augenblick von mir ein etwas mahnend erhobener Zeigefinger!

Als nächster spricht der Abgeordnete Kahrs.

Abg. **Kahrs** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf allgemeine Probleme, die sicherlich in diesem Zusammenhang sehr gut erörtert werden könnten, hier nicht einlassen, ich möchte zur Begründung dieses Änderungsantrags hier nur noch einiges ergänzend vortragen. Es ist sicherlich so, daß diese Mittel, die hier beantragt werden, nicht erörtert werden können, ohne einen Zusammenhang zu finden zur Strafvollzugsreform und zur Resozialisierung der Gefangenen überhaupt. Das ist auch hinlänglich gesagt worden. Hierzu dienen nach meinem Dafürhalten diese Mittel insbesondere. Man muß doch wohl aber auch berücksichtigen, daß die Strafgefangenen mit dem Geld, das ihnen als Hausgeld zur Verfügung bleibt, sich die Dinge kaufen, die ihnen im täglichen Bedarf fehlen, meinetwegen Presserzeugnisse und so weiter, und daß auch insoweit gewisse Kostensteigerungen eingetreten sind, so daß letzten Endes durch die allmählichen Kostensteigerungen bei gleichbleibenden Sätzen sie in der Zukunft schlechter gestellt wären, als sie in der Vergangenheit gestanden haben.

Ich darf vielleicht auch darauf hinweisen, daß in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bereits die Gefangenen 10 bis 20 Pfennig zur Verfügung hatten und damit auch in gewisser Weise sich über Hausgeld Anschaffungen leisten konnten, die ihnen ja auch heute gewährleistet werden sollen. Ich meine, es sollte vielleicht auch noch ein Blick darauf getan werden, was überhaupt in Zukunft möglich und praktikabel ist, und ich meine, daß man da insbesondere auch den Gedanken noch ansprechen sollte, daß möglicherweise bei der leistungs- und wertgerechten Vergütung auch die Frage der Sozialversicherung während der Zeit der Gefangenschaft eine Rolle spielen muß, daß man also diese Leute auch so stellt, wie sie gestanden hätten, wenn sie meinetwegen frei hätten arbeiten können und damit sozialversicherungspflichtig gewesen wären. Auch diese Fragen sind in der Zukunft noch mit zu behandeln, wobei man nicht außer Acht lassen darf, daß möglicherweise auch der Gesichtspunkt des echten Vergütungsanspruchs auftreten könnte. Aber darüber müßte man sich zukünftig einmal unterhalten. — Schönen Dank!

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 289.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen zum Einzelplan

02 Bildungswesen.

Zu diesem Abschnitt ist eine allgemeine Aussprache vereinbart.

Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind im Jahr 1969 und feiern in bezug auf die Universität in Bremen zwei Daten: Die Bürgerschaft hat vor 21 Jahren in ihrer Sitzung im Dezember 1948 einen Beschluß gefaßt, eine internationale Universität nach Bremen zu holen, und zwar in die Räume der jetzigen Roland-Kaserne. Vor zehn Jahren hat der Deutsche Wissenschaftsrat Bremen als Standort für eine neu zu errichtende Universität im nordwestdeutschen Raum vorgeschlagen. Mittlerweile sind einige Hochs und Tiefs über Bremen zur Frage der Universität hinweggegangen, und immer noch steht dieses Projekt mit seiner ganzen finanziellen Wucht und mit seinen ganzen personellen und anderen Konsequenzen vor uns.

Ich selbst möchte hier einige Fragen an den Senator für das Bildungswesen richten, die mir gerade jetzt wichtig erscheinen, daß sie in diesem Hause beantwortet werden. Und zwar ist, wenn ich mich nicht irre, beabsichtigt, bei der Planung der Universität eine Institution aus Stuttgart, ein Hochschulinformationssystem, einzusetzen in Zusammenarbeit mit der „Volkswagen-Stiftung", und diese Institution soll in die materielle und personelle Vorplanung mit eingebaut werden. Ich wäre dem Herrn Senator dankbar, wenn er hier den Damen und Herren einige Informationen über diese beabsichtigte Einschaltung und über Sinn und Ziel dieses Hochschulinformationssystems für die Universität Bremen geben würde.

Wir wissen, daß alle Zahlen, die bislang über auf uns zukommende Studentenzahlen bekannt geworden sind, ja von Monat zu Monat fragwürdiger werden. Immer werden wir mit neuen Vorauszahlen gefüttert, und das bedeutet ja doch auch Konsequenzen für Bund und Länder. Es bedeutet Konsequenzen in der Hinsicht, daß die auf uns zukommende Lawine von Bewerbern für Universitäten und Fachhochschulen in den nächsten Jahren nur bewältigt werden kann, wenn die Länder auch vom Steuerschlüssel her in die Lage versetzt werden, durch den Bund oder durch eine sehr angemessene Beteiligung des Bundes diese Aufgaben durchzuführen, die ihnen nach dem Grundgesetz oder ihren Verfassungen obliegen. Wobei klar sein dürfte, daß die Mithilfe des Bundes, sei es durch direkte Finanzierung oder aber durch einen anderen Steuerschlüssel, sich nicht beschränken kann auf die Universitäten, sondern alles, was über den Oberschulen steht, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen bis hin zu den Universitäten erfassen muß.

Auch die bremische Universität bedarf ja nicht nur der beiden Abkommen, wonach die Investitionen 1964 bis zu einer Höhe von 600 Millionen DM in Zusammenarbeit mit den Ländern gesichert wurden, sondern bedarf ja immer noch auch zur restlichen Sicherstellung der Mithilfe bei der laufenden Finanzierung.

In diesem Zusammenhang die Bitte an den Senator für das Bildungswesen, daß er den Damen und Herren hier die Ergebnisse von Gesprächen berichtet, die er mit dem Bundeswissenschaftsministerium geführt und über die gestern Senatsdirektor Kreuser dem Gründungssenat berichtet hat.

Dabei lesen wir ja heute in der Zeitung, daß die bisherige Planung, die auf eine Eröffnung der Universität mit Dienstbetrieb und Lehrbetrieb auf 1973 — wie auch aus der Finanzplanung ersichtlich, die basiert ja auch darauf — hinauslief, ja nicht mehr den Gegebenheiten entspricht. Falls der Bund sich nach den bisherigen verfassungsrechtlichen und finanzrechtlichen Möglichkeiten beteiligen soll, dann muß ein Vorziehen dieses Termins in Bremen erfolgen. Über die Ergebnisse dieser Besprechungen mit der Bundesregierung möchten wir gern in diesem Hause unterrichtet werden.

Die Haushaltssystematik, die uns jetzt vorliegt, geht ja immer noch von den Akademien aus. Wir bereiten aber ein Fachhochschulgesetz vor und müssen uns darauf einstellen. Ob sie später in einer Gesamthochschule zusammengefaßt werden oder neben der Universität herlaufen, ist unerheblich. Ich glaube aber, daß es darauf hinauslaufen wird, daß alle diese Fachhochschulen, auch die Universität, in einem Sonderhaushalt dem Haushalt der Freien Hansestadt Bremen angefügt werden müssen. Für 1971 muß uns doch ein etwas veränderter Haushaltsplan vorgelegt werden, wenn wir im nächsten Jahr das Gesetz über die Fachhochschulen verabschieden.

Als letztes noch eine Frage an den Senator, die natürlich auch in der Öffentlichkeit eine gewisse Rolle gespielt hat und noch spielt. Sie wissen, daß vor wenigen Monaten Professor Killy erklärt hat, daß bis zum Ende des Jahres die Frage des Gründungsrektors geklärt werden müsse. Wir hätten doch gern vom Senat gewußt, wieweit diese Frage in Zusammenarbeit mit dem Gründungssenat gediehen ist, oder ist er der Auffassung, daß hier die nächsten Sitzungen des Gründungssenats in Bremen oder in Göttingen abgewartet werden sollen, bevor er diesen Dammen und Herren in diesem Hause überhaupt eine Antwort zuteil werden lassen kann? Bei den ganzen Ausführungen, die ich jedes Jahr bei den Haushaltsdebatten mache, geht es mir darum, daß das A und O für diese neue Universität und für die neu zu schaffenden Fachhochschulen — die finanzielle Absicherung mit dem Bund und den anderen Ländern — sichergestellt wird.

(Abg. Ströh [SPD]: Das ist uns doch zugesagt worden!)

Herr Ströh, es ist uns schon soviel gesagt worden, und es steht soviel in der Zeitung, und man liest soviel, daß wir nicht oft genug darauf hinweisen können, daß wir im Hinblick auf die zukünftigen Aufgaben, die nicht nur auf dem Bildungssektor vor uns liegen, sondern auch auf anderen Gebieten in unserem Lande, immer wieder fordern müssen — auch aus diesem Hause, aus dieser Mitte heraus —, daß es für den Senat die oberste Aufgabe ist und bleibt, daß es langfristig darauf ankommt, mit Bund und Ländern alle die Aufgaben, die sich auf dem hochschulpolitischen Bereich abzeichnen, finanziell durch Gesetze kooperativer Art zu sichern.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Franke beantworten, Herr Schepers?

Abg. **Schepers** (CDU): Ja, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Sind Sie, Herr Kollege Schepers, mit mir der Meinung, daß wir im Augenblick über eine Bundesregierung verfügen, die alle Voraussetzungen mitbringt, das zu erfüllen, was Sie angesprochen haben?

(Zurufe von der CDU: Nein! — Abg. Vorsatz [NPD]: Soll das ein Witz sein?)

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Kollege Franke, ich kann Ihnen nur antworten, daß ich hoffe, daß diese Bundesregierung im Verhältnis zu Bremen in die Fußstapfen der alten treten wird.

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Gott bewahre uns davor!)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier sind zwar Fragen an Herrn Senator Thape gestellt worden, aber ich glaube, die Probleme, die Kollege Schepers angesprochen hat, sind auch Dinge, die wir durchaus unter uns erörtern könnten, ehe dann Senator Thape die Sachaufklärung gibt, zu der er besser als jeder andere in der Lage ist.

Zunächst aber — so meine ich — sollten wir daran erinnern, daß das Finanzierungsabkommen, das zwischen den Ländern getroffen worden ist, neben dem Hochschulbauförderungsgesetz sowohl, soweit es die laufenden Kosten als auch die Investitionen betrifft, in vollem Maße vorläufig noch gültig ist.

Aber auch etwas anderes muß grundsätzlich gesagt werden: Es ist endlich an der Zeit, die Zuversicht zu haben, daß der Fortgang unseres Universitätsprojekts jetzt in ein Stadium getreten ist, in dem er in eigener Gesetzlichkeit voranschreiten wird und nicht mehr beeinflußt wird durch dieses oder jenes Detail irgendwelcher Finanzierungsmodalitäten. Die Frage, die angesprochen worden ist, daß der Zuschuß der anderen Länder und des Bundes geklärt werden muß, ist sicher richtig. Aber einen Zweifel daran, daß diese Frage in einem für Bremen befriedigenden Sinne gelöst wird, kann es doch einfach nicht mehr geben.

Es wäre geradezu ein Schildbürgerstreich, wenn in einer Zeit, in der Nordrhein-Westfalen in der Mitte der siebziger Jahre die Planung von sieben neuen Universitäten beabsichtigt, das Projekt Bremen, das bildungsgeographisch viel bedeutsamer und viel dringender ist als die anderen Dinge, nicht die ausreichende Förderung der übrigen Länder und des Bundes bekommen würde. Ich meine, wir nützen unserem Stadtstaat nicht dadurch, daß wir immer wieder mahnen, das Projekt Universität müsse zögernd und vorsichtig angefaßt werden. Wir nützen ihm nur dadurch, daß wir jetzt mutig vorangehen und den Beweis erbringen, daß im Rahmen unseres föderativen Systems dieser Stadtstaat die zukunftsorientierte Leistung Universität zu erbringen vermag.

Ich habe das feste Vertrauen, und meine Fraktion hat es in gleicher Weise, daß ein zügiger Fortgang dieser Arbeit auch die letzten Zweifler am künftigen Schicksal des Bremer Universitätsprojekts, die außerhalb Bremens noch vielfach existieren, überzeugen wird, daß wir alle gemeinsam mit Mut und Zuversicht diesen Weg weitergehen.

Vielleicht darf ich, anknüpfend an die Ausführungen des Kollegen Schepers, auf den Netzplan hinweisen, der vom Hochschulinformationssystem erarbeitet wird, weil damit letzten Endes eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen in der Finanzdeputation verbunden wird.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Abg. John [FDP]: Baudeputation auch!)

Nein, nein, es geht hier nicht mehr um Mittel, sondern es geht hier um verfahrenstechnische Dinge, mit denen wir zu gegebener Zeit kommen werden.

Es ist in der Industrie und in der Wirtschaft üblich, bei komplexen Großobjekten den zeitlichen Ablauf im Rahmen eines Netzplans, der die verschiedenen Abläufe, Funktionen und Entscheidungen in ihrem logischen Zusammenhang und auch die Zeitabläufe darstellt, zu erarbeiten. Das geschieht jetzt durch das Hochschulinformationssystem erstmalig in der Bundesrepublik für das Universitätsprojekt Bremen. Zwar ist es üblich, das eigentliche Baugeschehen in einem solchen Netzplan zu erarbeiten, aber den Gesamtkomplex der Entscheidungen des Parlaments und des Gründungssenats, die Berufungen, Curriculum-Fragen, didaktische Fragen und alle übrigen in einen Netzplan einzubeziehen, geschieht hier erstmalig. Es ist zu befürchten, daß, wenn dieser Netzplan erstmalig durchgerechnet wird, es nicht auf Anhieb gelingt, die Zeit als Ergebnis zu bekommen, die wir uns wünschen. Wir werden uns also etwas einfallen lassen müssen —

ich glaube, das ist von dieser Stelle schon öfters gesagt worden —,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das war ein guter Einfall! — Heiterkeit bei SPD und FDP)

wie wir verfahrenstechnische Abläufe vereinfachen und beschleunigen.

Bei Bauvorhaben zum Beispiel liegen die Entscheidungen der Fachdeputation über bestimmte Planungen, die anschließende Entscheidung der Baudeputation und die wiederum anschließende Entscheidung der Finanzdeputation mit Sicherheit auf dem sogenannten kritischen Weg des Netzplans, der letzten Endes für den Gesamtablauf entscheidend ist. Die Zeiten, die hierfür notwendig sind, addieren sich, weil sie im Laufe des Geschehens mehrfach sind. Wir werden also zu gegebener Zeit um Ihr Verständnis dafür bitten, daß mit Globalermächtigungen oder auf andere Weise hier der normale Verfahrensablauf, soweit es die Universität betrifft, im Interesse der Beschleunigung einmal durchbrochen wird.

Ich darf also der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle Fraktionen dieses Hauses mit voller Zuversicht und mit Mut das Universitätsprojekt fördern. Man mag diese oder jene Aktivität des Senats unterschiedlich beurteilen, aber in der Zuversicht und in dem Mut, die Sache anzufassen und voranzutreiben, sind wir, glaube ich, alle einig. — Danke schön!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte anschließend an die Ausführungen meines Kollegen Schepers noch einmal zu einem Detailproblem der zukünftigen Universität Bremen Stellung nehmen. Der Senat hat in der 28. Sitzung der Bürgerschaft — Landtag — vom 3. September über Planung und Finanzierung der zukünftigen Universität berichtet. Gleichzeitig lag ein Bericht des Gründungssenats über die Arbeit des vergangenen Jahres bei. Mit besonderem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, was der Bericht des Senats zur zukünftigen Strukturplanung aussagt. Es heißt dort, daß eine abschließende Empfehlung des Gründungssenats noch nicht vorliegt, die bisherige im Gründungssenat entwickelte Grundkonzeption aber darauf abzielt, eine Universität zu gründen, welche in einer für die Universitätsgeschichte neuen Weise die Verbindung zwischen Theorie und Praxis herstellt. Diese Aussage läßt mich hoffen, daß das von mir anschließend angesprochene Thema Zuspruch und breite Unterstützung dieses Hohen Hauses finden wird.

Ausweislich des Protokolls sollen die wissenschaftlichen Fächer gepflegt werden. Dazu möchte ich hier und an dieser Stelle nichts sagen. Eines aber habe ich — ich gestehe, vergeblich — gesucht, und zwar war das eine klare Aussage darüber, ob an der zukünftigen Bremer Universität auch ein Lehrstuhl für Leibeserziehung sein wird mit der Möglichkeit der Habilitation und Promotion. Die wahrscheinliche Einrichtung eines Instituts, meine Damen und Herren, ist dabei nach meiner Ansicht und nach Ansicht vieler kein Ersatz.

Nun, meine Damen und Herren, die von mir erhobene Forderung bedarf der Begründung. Überall in der Welt in den modernen Staaten wachsen die Bestrebungen, das Angebot an Turnen, Spiel und Sport zu mehren, um dem Niedergang der körperlichen Kräfte in unserer heutigen hochtechnisierten Welt entgegenzuwirken. Gemeinsam ist allen die Erkenntnis, meine Damen und Herren, daß dem Sport eine starke erzieherische und persönlichkeitsbildende Kraft innewohnt. Allgemein wird darüber hinaus anerkannt, meine Damen und Herren, daß die moderne Industriegesellschaft dem Sport zusätzlich eine gesundheitserhaltende und soziologische Aufgabe zuweist.

(Vizepräsident Dr. Zander übernimmt den Vorsitz)

John F. Kennedy — ich glaube, ich darf ihn, nachdem Herr Bundeskanzler Brandt hier in diesem Hause zitiert worden ist, wohl auch nennen — drückte es einmal so aus: „Die Kraft der Demokratie ist nicht stärker als das allumfassende Wohlbefinden des Volkes. Deshalb muß die Höhe der körperlichen, geistigen und moralischen Gesundheit, das allgemeine Fitsein jedes Bürgers, unser Streben sein."

Repräsentant der deutschen Sportbewegung, meine Damen und Herren, die in der Welt nahezu ohne Beispiel ist, ist der Deutsche Sportbund. Die Organisation des sportlichen Lebens obliegt den Verbänden und Vereinen. Staatssport lehnen die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ab. Aber innerhalb der sportlichen Wirklichkeit gibt es Bereiche, für die die staatlichen Instanzen zuständig sind. Dabei meine ich die institutionalisierte Leibesübung, die eine Aufgabe der öffentlichen Hand darstellt. Wie sieht es da momentan an den deutschen Universitäten aus? Ich möchte hier ausklammern Fragen von Schule, Berufsschule und Hochschule. Es geht mir jetzt ausschließlich darum: Wie sieht es an den deutschen Universitäten aus!

Meine Damen und Herren, die Institute für Leibeserziehung nehmen eine isolierte Randstellung ein. Die Lehrkräfte stehen vielfach außerhalb der Fakultäten. Sehr häufig begegnen die Universitäten der Arbeit dieser Institute für Leibeserziehung mit Desinteresse. Zwar enthalten die Promotionsordnungen der philosophischen Fakultäten einen breiten Kanon von Sach- und Fachgebieten, in denen promoviert werden kann, jedoch Leibeserziehung ist nicht einmal als Nebenfach wählbar. Dissertationen aber, meine Damen und Herren, sind Schwerpunkte des wissenschaftlichen Forschens, auf deren Ergebnisse keine Grundlagenforschung verzichten kann. Die geistige Profilierung von Leibeserziehung

und Sport und den Aufschwung der sportwissenschaftlichen Forschung zu erreichen, ist nur möglich, wenn Lehrstühle für Leibeserziehung eingeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit einhergehen müßte zweifellos auch die Schaffung eines Sportzentrums, über dessen Schwerpunkt man sich selbstverständlich unterhalten könnte.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, möchte ich für die CDU-Fraktion hier noch einmal folgendes dem Senat als Forderung unterbreiten. Uns als CDU-Fraktion geht es bei der Gründung der zukünftigen Universität in diesem speziellen Bereich um folgendes:

Erstens bei der Neugründung der Universität Leibeserziehung und Sport voll zu integrieren und bessere Voraussetzungen für Lehre und Forschung zu schaffen, als das bisher anderswo der Fall war.

Zweitens an der zukünftigen Bremer Universität einen Lehrstuhl für Leibeserziehung und Sportmedizin einzurichten.

Drittens das Lehrgebiet Leibeserziehung in die Promotionsordnung der Universität aufzunehmen.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß der Senat die einmalige Gelegenheit, Neuland zu betreten und für Deutschland beispielhaft zu wirken, bei der zukünftigen Universität nicht verstreichen lassen wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte mich nicht über die Einrichtung einzelner Lehrstühle verbreiten. So wichtig das ist, wäre das doch Sache eines universitären Konzepts, das ganz hart und in seiner einzelnen Gewichtung sorgfältig überlegt werden muß. Ganz sicher gehört auch ein Lehrstuhl für Leibesübungen dazu.

Die Universität soll also 1973 beginnen.

(Abg. Klein [CDU]: Früher!)

Sie soll 1973 beginnen, so ist bisher projiziert. Wir sehen sie und haben sie immer schon als Gesamthochschule gesehen, und wir hoffen, daß uns die Konstruktion als Gesamthochschule auch gelingt. Mich freuen immer wieder ganz außerordentlich die Bekenntnisse der Opposition, der CDU, zu dieser Form der Hochschule. Es klang nicht immer so. Das geht schon daraus hervor, daß ich erst jetzt bei Anträgen der CDU im Bundestag hören muß, daß auch die Akademien und pädagogischen Hochschulen in der Form vom Bund gefördert werden sollen wie die Universitäten. Wenn Sie wie wir, meine Damen und Herren, alle Akademien, auch die pädagogischen Hochschulen und die Ingenieurakademien, als Teil einer Gesamtuniversität gesehen hätten, dann hätten Sie sich diese Form der Argumentation einfach sparen können, denn das wäre auch für Sie dann selbstverständlich gewesen.

(Abg. Klein [CDU]: Donnerwetter, das ist aber eine tolle Logik! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ihre Universität müssen wir einmal durchleuchten!)

Ich hoffe, Sie durchleuchten gelegentlich einmal Ihre Konzeption, damit nicht hüben so und drüben anders gesprochen wird. Ihre Konzeption hier und Ihre Ansätze hier habe ich laut und deutlich gelobt und stehe nicht an, es noch einmal zu tun. Das, was Herr Schepers forderte und was Herr Gassdorf ergänzte, findet meine volle Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wir kommen aber noch zu weiteren Notwendigkeiten, wenn wir diese Universität in Kürze in Angriff nehmen wollen. Dann ist es nötig, daß wir einen hauptamtlichen Gründungsrektor, wie Herr John schon in seiner Grundsatzrede sagte, berufen, und zwar bald berufen. Die Vorarbeiten für diesen universitären Bereich müssen dringend koordiniert werden. Es reicht aber nicht, sich nur mit einem Gründungsrektor allein zu begnügen, sondern wir müssen ebenfalls in den Fachschaften zu den ersten Berufungen der Professoren kommen, sonst werden wir 1973 den Lehrbetrieb an dieser Universität nicht aufnehmen können. Berufungsverhandlungen dauern lange! Und dann folgt auch noch der Überwechsel und die Anstellung. Wir werden also eiligst tätig werden müssen.

Über die Beteiligung des Bundes hoffen wir auch die finanziellen Lücken, die wir trotz aller Anstrengungen bei unseren Akademien und bei der Pädagogischen Hochschule nicht stopfen können, stopfen zu können. Es wird da Fortschritte geben. Ganz besonders begrüße ich das, was ich heute morgen in der Zeitung lesen konnte: daß der Bundeswissenschaftsminister Professor Leussink Bremen zugesagt oder versprochen hat — vielleicht kann der Herr Senator uns darüber Auskunft geben —, daß er uns finanziell so stützen wird, daß wir die Universität vor dem von uns geplanten Termin in Angriff nehmen können, vor 1973. Es steht also in Aussicht, daß sobald wie möglich unsere Universität und damit letztlich unsere Gesamthochschule ihre Pforten öffnen kann.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Franke hat wieder einmal ein Beispiel gegeben für

die Suche nach Vorschußlorbeeren. Das spielt sich jetzt mehrfach hier ab.

(Abg. Ströh [SPD]: Seien Sie doch nicht so böse!)

Einmal wird die Bundesregierung mit Vorschußlorbeeren bedacht, ohne daß wir schon sehr viel gehört haben..

(Abg. Fröhlich [SPD]: Die kann auch was!)

Zum Zweiten werden Brandt-Zitate gegeben, die er in seiner Eigenschaft als Kanzler schon von sich gegeben haben soll. Wenn er schon so viel Zitate von sich gegeben hätte, wie hier gebracht worden sind, hätte er ja kaum Zeit zum Arbeiten gehabt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Als Drittes ist uns in diesem Hohen Hause — gerade von Herrn Franke — immer wieder vorgehalten worden, daß das ideale Schulsystem die integrierte Gesamtschule sei, wie wir sie in Bremen erstmalig probieren wollen. Auch dort die Vorschußlorbeeren, das heißt, sie ist noch gar nicht installiert, die guten Erfolge sind aber schon gesichert!

Das sind Methoden, Herr Franke, bei denen wir nicht ganz mitkommen. Wenn wir etwas untersuchen wollen, dann wollen wir den Gang überprüfen und zum Schluß feststellen, was dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Ergebnissen werden wir objektiv gegenüberstehen, das verspreche ich Ihnen. Kommt etwas Gutes dabei heraus, dann werden wir genauso dafür eintreten wie Sie. Kommt aber Negatives heraus, dann erwarten wir von Ihnen auch die Bereitschaft, das zu akzeptieren.

(Abg. Hartjen [SPD]: Der hat einen richtigen Franke-Komplex! — Heiterkeit bei der SPD)

Leider steht diesem Suchen nach dem Vorschuß eine Tatsächlichkeit von Nachschuß gegenüber.

Wir mußten heute der Presse entnehmen, was zwischen dem Bund und Bremen verhandelt worden ist über eine mögliche Vorverlegung des Beginns der Unterrichtstätigkeit an der Universität in Bremen gegenüber dem geplanten Herbsttermin 1973 aufgrund dessen, daß der Bund Zusagen gegeben zu haben scheint, die uns in die Lage versetzen werden, mit Vorschüssen vom Bund einzelne Stationen des Netzplans früher zu erreichen, als es mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln möglich wäre. Ich hoffe, daß ich es richtig verstanden habe.

(Senator Thape: Nein!)

Dann bedauere ich um so mehr, Herr Senator, daß wir gerade auf dem Bildungssektor in Bremen immer wieder überrascht werden, daß wir als Mitglieder der Deputation und Mitglieder dieses Hohen Hauses, dieses Hauses —

(Zurufe: Na, na!)

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, wir sind jetzt zwar im zweiten Stock gegenüber früher, wo wir im ersten Stock saßen, höher, aber ich glaube, wir sollten einfach vom „Haus" reden —

(Abg. Ostendorff [FDP]: Aufpassen!)

immer wieder Dinge aus der Presse erfahren müssen, über die wir nie orientiert sind und über die wir nicht vorher gesprochen haben.

Das gilt nicht nur für diesen Punkt, das gilt genauso für die Bildung von großen Schulzentren. Aus dem Munde der Ortsamtsleiter hören wir da Dinge, die in der Deputation nie angesprochen worden sind, es sei denn, nachträglich beschwerdeführend. Ich wäre Ihnen, Herr Senator, außerordentlich dankbar, wenn Sie nachher in Ihrer Stellungnahme auf die Pressemeldung eingehen und uns die Dinge so darstellen würden, daß auch der mäßig gebildete Mitteleuropäer versteht, was gemeint ist.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Wen meinen Sie damit? — Abg. Klein [CDU]: Wir nehmen Rücksicht auf die FDP!)

Ich weiß nicht, ob ich es auf Sie beziehen darf, Herr Ostendorff, sonst würde ich es gern tun.

(Abg. John [FDP]: Mit Europa würde ich vorsichtig sein!)

Es ist bei dieser Finanzzusage — oder sagen wir vorsichtig Inaussichtstellung — noch eines zu bedenken. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Senator, wenn Sie auch darauf kurz eingehen würden. Es ist ja Herr Leussink, der qua Wissenschaftsrat und jetzt auch in seinem neuen Amt die Forderung aufgestellt hat, 45 Prozent bis 55 Prozent aller Deutschen sollten Abiturienten sein. Sie haben gestern, glaube ich, einen Zwischenruf gemacht — er kam wenigstens von der Senatsbank —, das wären andere Abiturienten als die heutigen. Dann bitte ich, Herr Senator, hier einmal zu erklären, was für Abiturienten das sind. Sollten wir die Ansprüche und Leistungen heruntersetzen und nur den Titel „Abiturient" beibehalten, dann müßten wir uns allerdings einmal sehr gründlich darüber unterhalten.

(Abg v. Groeling-Müller [FDP]: Differenzieren!)

Auf jeden Fall, meine Damen und Herren, 45 Prozent bis 55 Prozent der deutschen Bevölkerung als Abiturienten auszubilden, ist auch, wenn das sehr differenziert geschieht, Herr von Groeling-Müller,

eine kostspielige Sache. Da wird Herr Leussink tief in den Säckel greifen müssen, um die Länder in den Stand zu setzen, einer solchen Forderung folgen zu können.

(Abg. John [FDP]: Wenn die Entwicklung uns heute dazu zwingt! — Zuruf von der FDP: Das muß er!)

Das muß er, sagen Sie. Sie sind ja in der Bundesregierung vertreten. Dann tragen Sie auch dazu bei, daß den Ländern die nötigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden!

Ich möchte zum Schluß einige weitere Fragen an Herrn Senator Thape stellen mit der Bitte, auch diese zu beantworten. Wie ist der Stand der Dinge in bezug auf den Gründungsrektor, wie sieht es aus mit den Forderungen des eventuellen Gründungsrektors, einen größeren Stab von Assistenten mitzubringen? Sind aus der vertraulichen Sitzung in Göttingen Falschinformationen herausgegangen? Aufgrund der Informationen, die aus der vertraulichen Sitzung herausgegangen sind, möchte ich hier ganz konkret die Frage stellen, ob das Verhältnis zwischen dem Senat der Hansestadt Bremen und dem Gründungssenat in Göttingen bestens ist?

(Abg. Czichon [SPD]: Haben Sie schon wieder ein Geheimprotokoll?)

Eine weitere Frage: Wie stellt sich der Senat den Gesprächspartner des Gründungsrektors vor? Ist geplant, einen Senatskommissar oder etwas Ähnliches als ständigen Gesprächspartner einzusetzen?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wir können doch nicht alles verraten!)

Und zum Schluß noch eine Frage, Herr Senator: Wie stellen Sie sich die Vollziehung des Netzplans vor? Welche Pläne haben Sie, um zu erreichen, daß ein Gremium gebildet wird, das mit entsprechenden Kompetenzen ausgerüstet ist, damit es schnell reagieren kann auf alle Anforderungen des Netzplans und der dort erreichten Zwischenstufen, ein Gremium, das anstelle der Kette von Deputationsbeschlüssen, die heute noch nacheinander zu fassen wären, tätig werden kann?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mir die Freiheit nehmen, in diesem Zusammenhang — wie es auch interfraktionell besprochen worden ist — auf den Stadthaushalt einzugehen.

In dem uns vorliegenden Finanzplan von 1969 bis 1973 finden wir auf Seite 43 den Hinweis über den Bildungsbereich für die Jahre 1972 und 1973. In Ergänzung dazu zog sich durch die gestrigen Grundsatzerklärungen der Fraktionen wie ein roter Faden der Hinweis auf die Priorität der Bildungsaufgaben. Auf diese Prioritäten ist wiederholt hingewiesen worden. Ich kann es mir insofern ersparen, erneut darauf einzugehen oder zu zitieren. Mit Eindeutigkeit, glaube ich, muß man aber feststellen, daß es mit diesen ständigen Hinweisen nicht getan ist, wenn die entsprechenden Konsequenzen im Haushalt nicht gezogen werden.

Wenn sich in der Nachkriegsgeschichte eine Verliererna tion des letzten Krieges, wie die Japaner, seit 1950 von der achten Stelle der Industrienationen auf die dritte vorarbeiteten, dann nicht zuletzt, weil sie zur rechten Zeit entsprechende Bildungsinvestitionen vorgenommen haben und weil sich dieses für sie heute außerordentlich bezahlt macht.

Ich bin der Auffassung, daß der ständige Hinweis auf die Notwendigkeit der Bildungsinvestitionen in der Öffentlichkeit durch den Hinweis ergänzt werden muß, daß es in der Tat nicht einen Haushalt geben kann, der allen Erfordernissen und Wünschen gerecht werden kann. Entscheidet man sich also — und dieses ist wohl in Anbetracht der Zukunft unseres Volkes dringend notwendig —, im gesamten Schul- und Hochschulbereich das Erforderliche zu tun, so kommt man auf der anderen Seite, meine ich in aller Offenheit, um die Klärung nicht herum, daß auf bestimmten Gebieten auch Abstriche gemacht werden müssen. Um bei diesem vorhin angeführten Beispiel zu bleiben, haben die Japaner den heutigen Stand ihrer — —

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Vorsatz, lesen Sie etwa vor?

Abg. **Vorsatz** (NPD): O nein, das tue ich nicht, Herr Präsident, ich habe nur einige Notizen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das habe ich auch schon einmal gehört!)

Herr Kollege, ich glaube, Sie haben das Buch gelesen „Der angepaßte Faschismus". Da steht sowas drin.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ist das von Ihnen? — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Ist das von Zischka?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen — um bei diesem Beispiel Japan zu verbleiben —, daß die dort heute erzielten Fortschritte auch durch mancherlei Konsumverzicht erkauft worden sind und durch mancherlei Opfer, was man auf anderen Gebieten dort in Kauf genommen hat. Diese Konsequenz, die hier nur im Prinzip angesprochen ist, denn es handelt sich nicht um ein übertragbares Modell, diese Konsequenz auf unseren Haushalt übertragen, heißt nichts anderes, als daß man — um bei meinem Beispiel zu bleiben — nicht ständige Einkommenserhöhungen voraussagen kann, daß man unter Umständen auf ein 25-Millionen-

Projekt wie den Bauhof, bei aller sachlichen Gerechtfertigkeit, einmal zwei oder drei Jahre länger warten muß, um nämlich zum Beispiel die Einstellung der notwendigen Lehrkräfte zur rechten Zeit vornehmen zu können oder um auch zur rechten Zeit an den Ausbau der Ingenieurakademie zu gehen.

Herr John hat in seiner Stellungnahme für die Freien Domokraten darauf hingewiesen, daß allein im Bildungsbereich in den kommenden Jahren zusätzlich 500 Millionen DM erforderlich sind, und zwar um das zu tun, was nicht nur wünschenswert, sondern, wie er sagte, was absolut notwendig ist.

(Abg. John [FDP]: Und umgekehrt, habe ich es formuliert!)

Aber, Herr Kollege, Sie sind sicherlich mit mir darüber einig, daß hier auch das Wünschenswerte notwendig ist in diesem Bereich.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Vorsatz, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten von Groeling-Müller zu beantworten?

Abg. **Vorsatz** (NPD): Bei Herrn von Groeling-Müller immer mit besonderem Vergnügen!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr von Groeling-Müller!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Vorsatz, wie meinen Sie, daß eine Baubehörde, deren Anforderungen sich jetzt vermehren durch Schul- und sonstige Bauten — auch der Universitätsbau kommt auf sie zu —, ihre Aufgaben bewältigen soll, wenn sie nicht einmal vernünftige Arbeitsbedingungen hat, die wir im Hause wohlbegründet zugestehen wollen? Wollen Sie das Chaos?

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Kollege von Groeling-Müller, wir sind der Auffassung, daß die Baubehörde heute durchaus in der Lage ist, zu arbeiten, und hier geht es um die Prioritäten, die gesetzt werden müssen. Wenn man in diesem Bereich, so wie es jetzt gehandhabt wird, weiter macht, wird man noch zwei Jahre auskommen. Ob man aber bei der Ingenieurakademie noch zwei Jahre so weitermachen kann, das ist hier die Frage, die ja letzten Endes auch von diesem Parlament entschieden werden muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Götze hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß für 1970 282 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden. Dies ist sicherlich sehr erfreulich, und es ist auch mit hohen Kosten verbunden, es muß aber darauf hingewiesen werden, meine Damen und Herren, daß es in gar keiner Weise den Erfordernissen entspricht.

Wenn ich im Vorstehenden gesagt habe, daß der Fortschritt im Bildungswesen mitunter auch durch einen notwendigen Verzicht erkauft werden muß, so darf ich ein Beispiel dafür anführen:

Wir haben in diesem Bereich im vergangenem Jahr eine Arbeitszeitverkürzung durchgeführt, und der Senator für das Bildungswesen hat den Stellenbedarf, der allein durch die Arbeitszeitverkürzung aufgetreten ist, mit 170 neuen Stellen angegeben, weil nur dann also der alte Unterricht durchgehalten werden kann. Das heißt also, um es noch einmal zu sagen, allein die Arbeitszeitverkürzung bringt einen Stellenbedarf von 170 neuen Stellen in diesem Bereich. Und dieses Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, verdeutlicht doch genau, was ich meine: Natürlich ist eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung wünschenswert und wird von den Betroffenen sehr gern angenommen, man kann sie meines Erachtens aber nur dann durchführen, wenn man im Stellenplan die entsprechende Konsequenz sofort zu ziehen bereit ist.

Von dieser Seite her gesehen, gewinnen meiner Überzeugung nach allerdings verschiedene Zahlen des Haushalts ein anderes Bild und ein anderes Gewicht. Wenn Sie beispielsweise im Stellenplan der Stadtgemeinde sich den Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen ansehen, dann sind dort von 1969 bis 1971 nur 154 neue Stellen vorgesehen. Auf der einen Seite mußte im vergangenem Jahr diese Bürgerschaft gewissermaßen ein Notprogramm zum Schulbau in beträchtlicher Höhe beschließen, um den in diesem Hause vielfach angesprochenen „Kinderberg" zu bewältigen. Auf der anderen Seite wissen wir doch alle, daß nach wie vor eine langfristige Planung nicht gegeben ist und in diesem Bereich nach dem Feuerwehrprinzip gearbeitet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen also genau, daß in dem Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen allein schon durch die zahlreichen Schulneubauten auch ein erheblicher Personalbedarf hier auf uns zukommt. Und wir wissen, wie vorhin gesagt, daß allein die Arbeitszeitverkürzung 170 neue Stellen erforderte. Wir wissen gleichzeitig, daß wir die teilweise bestehenden unmöglichen Klassenfrequenzen zu senken haben. Wir unterhalten uns über Schulexperimente der Ganztagsschule und der Gesamtschule und wissen, daß auch diese einen erhöhten Personalbedarf auslösen, und dann geben wir uns in diesem Haushalt im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen mit sage und schreibe 154 Neueinstellungen zufrieden. Wenn wir dieses tun, dann meine ich, sollten wir großartige Reden von der Notwendigkeit der Bildungsinvestitionen lassen, sondern sollten schlicht erklären, daß so weitergewurstelt wird.

(Widerspruch bei SPD und FDP — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wo wird denn gewurstelt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kultusministerkonferenz hat bereits im Jahr 1962 eine Zielsetzung für den Lehrerbedarf fest-

gelegt, und damals wurden zum Beispiel als Bedarf für eine Volksschulklasse oder Hauptschulklasse 1,3 Lehrer, wenn ich so sagen darf, festgelegt. Bei einer Klassenfrequenz von 25 Schülern! Wir sind von dem einen heute — 1969 — soweit entfernt wie vom anderen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen im Grunde genommen dieser Appell, daß aus derartigen Dingen auch einmal erhebliche — ich weiß — in finanzieller Hinsicht schmerzliche Konsequenzen gezogen werden müssen, wenn der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft feststellt, und zwar nicht etwa auf Bremen, sondern für diesen allgemeinen Bereich der Bundesrepublik bezogen: „Wenn nicht sofort etwas geschieht, werden wir in einigen Jahren den völligen Zusammenbruch unseres Schulwesens erleben. Bundesregierung und Länder haben nicht mehr lange eine Chance, das Unheil abzuwenden."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses sollte unsererseits zu diesem Ressort angesprochen werden. Wir haben auch, wie Sie wissen, mit einem Änderungsantrag, der dann zum Stadthaushalt vorliegt, wenigstens versucht, eine Konsequenz aus dieser Situation zu ziehen. — Ich danke Ihnen!

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling zur Geschäftsordnung.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In der Interfraktionellen Sitzung hat sehr pauschal der Herr Präsident festgestellt: Da werden wir also die entsprechenden Sachhaushalte Land und Stadt koppeln. Diese Feststellung ist seitens der Fraktionsvorsitzenden ohne Widerspruch geblieben. Insofern hat Herr Vorsatz recht, wenn er eben Dinge, die in den Einzelplan 32 hineingehören, hier im Landeshaushalt gebracht hat.

Nach Rücksprache mit allen Fraktionsvorsitzenden möchte ich Sie bitten, daß wir alles das, was in den Einzelplan 32 Stadthaushalt hineingehört, hier im Landeshaushalt jetzt ausklammern.

Vizepräsident Dr. Zander: Darf ich jetzt um Meinungsäußerungen der übrigen Herren Fraktionsvorsitzenden bitten! Herr Böhrnsen?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Einverstanden!)

Herr John?

(Abg. John [FDP]: Einverstanden!)

Herr Brouwer?

(Abg. Brouwer [NPD]: Einverstanden!)

Dann werden wir in Zukunft also so verfahren.

Es geht auf 13 Uhr. Wir treten daher in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.50 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15.03 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil drei Klassen der Verwaltungsschule Bremen und ein Lehrgang der Bundeswehrfachschule. Ich darf alle Zuhörer auf das herzlichste begrüßen.

(Beifall)

Wir fahren in der Beratung des Tagesordnungspunktes 2 fort. — Wir befinden uns in der allgemeinen Aussprache über den Einzelplan 02 Bildungswesen.

Ich habe erfahren, daß während der Pause, die ich einlegen mußte, weil ich eine Verhandlung führen mußte, es hier im Hause zu einer Aussprache gekommen ist, die verhindern sollte, daß Einzelabschnitte eines Hauptabschnitts bei der Aussprache etwas durcheinander laufen.

Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen: Ich werde jeden Abgeordneten fragen, zu welchen Abschnitt im Hauptplan oder im Einzelplan er Stellung nehmen will, damit wir etwas Ordnung in den gesamten Ablauf hineinbekommen und nicht feststellen müssen, daß ein Kollege bei der Erörterung eines Einzelplans von der Polizei spricht, und dann kommt ein Kollege, der über den Naturschutz spricht, dann kommt wieder ein Kollege, der auf die Polizei zurückkommt. Ich glaube, mit gutem Willen gelingt es uns, etwas Ordnung in den Ablauf hineinzubringen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden letzten Redner der Christlich-Demokratischen Union haben uns zwei Exempel eines hochschulpolitischen Lernprozesses bei der CDU gegeben: der Fraktionsvorsitzende ein sehr reifes Stadium dieses Lernprozesses, indem er die bemerkenswerte Erkenntnis geäußert hat, daß mehr Abiturienten eben auch mehr Geld kosten, und der Kollege Gassdorf ein sehr frühes Stadium, weil er von Begriffen und Vergleichen ausging, die in das Bild unserer Universität Bremen nicht mehr hineingehören.

Er hat ein Institut für Leibeserziehung und Sport gefordert und mehrere Lehrstühle für diese Gebiete. Nun, ich muß Sie insofern enttäuschen, als es diese Lehrstühle nicht geben wird, da es in Bremen überhaupt keine Lehrstühle geben wird, denn der Lehrstuhl ist eine Institution, bei der Sachmittel und persönliche Beschäftigungsverhältnisse in Anlehnung und Abhängigkeit vom Lehrstuhlinhaber, dem Ordinarius, vorhanden sind. Wir werden Professorenstellen haben, die allerdings — insofern kann ich Ihnen wieder eine Freude machen — beim Sport eine sehr zentrale Bedeutung haben werden, denn die Universität wird insbeson-

dere in ihrem ersten Teil sich in besonderem Maße der Lehrerbildung widmen. Und daß hier Fragen der Sportdidaktik und überhaupt Fragen des Sports eine wesentliche Rolle spielen, ist ganz selbstverständlich. Insofern gaube ich, daß Sie mit Ihren Anregungen offene Türen noch mehr zu öffnen versucht haben.

Ich darf vielleicht anschließend die Bitte an die im hochschul- und kulturpolitischen Bereich tätigen Kollegen der CDU richten, ihren dort nicht tätigen Kollegen die notwendigen Informationen zu geben, so daß auch die Fraktionskollegen zu der Kenntnis gelangen können, welch moderne Universität und auch den Vorstellungen der CDU entsprechende geistige Konzeption hier entsteht.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Engel: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling zu beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Dr. Czichon, darf ich annehmen, daß es Ihnen inzwischen gelungen ist, alle Mitglieder Ihrer Fraktion von diesen diffizilen Dingen, die in diesem Sektor im Augenblick vor sich gehen, zu überzeugen und voll zu informieren?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Ich bin in vollem Umfange davon überzeugt, daß die wesentlichen Grundgedanken, die sich auf hochschulpolitischem Gebiet vollziehen, und insbesondere in der Universität, von den auf diesem Bereich tätigen Mitgliedern dieses Hauses den Fraktionsmitgliedern mitgeteilt worden sind.

(Abg. Fischer [CDU]: Mitgeteilt ist gut! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Schepers möchte eine weitere Zwischenfrage stellen. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr Schepers!

Abg. **Schepers** (CDU): Darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, daß der Gründungssenat bereits eine vollständige Konzeption der Universität vorgelegt hat?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Nein! Aber, Herr Schepers, auch Ihnen dürfte bekannt sein — denn Sie sind ständiger Gast des Gründungssenats —, was sich im Rahmen der Fachbereichskommissionen Leibeserziehung und Lehrerbildung vollzieht und daß dort, darüber ist in den Sitzungen des Gründungssenats des öfteren berichtet worden, im wesentlichen auch im Sinne der Anregung von Herrn Gassdorf gearbeitet wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich den Botschafter der Bundesrepublik in Neuseeland, Herrn Kurt Lüdde-Neurath, recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Der Herr Botschafter befindet sich in Begleitung von Herrn Dr. Heuer. Herr Dr. Heuer, auch Ihnen gilt mein Gruß!

(Beifall)

Nunmehr hat das Wort Herr Horst-Werner Franke. — Zu Universitätsfragen?

(Abg. Franke [SPD]: Nein!)

Über welchen Komplex wollen Sie sprechen?

(Abg. Franke [SPD]: Schulen!)

Gedulden Sie sich bitte einen Moment. Ich werde Sie dann aufrufen.

Dann kommt als nächster der Abgeordnete Oltmanns. — Universität, bei der wir uns gerade befinden?

(Abg. Oltmanns [FDP]: Nein, Fachoberschule! — Heiterkeit)

Fachoberschule, ich bitte, einen Augenblick zurückzutreten.

Dann kommt Kollege Gassdorf an die Reihe. — Ich nehme an, Herr Gassdorf, wenn Sie nicht zur Uni sprechen wollen, würden Sie von sich aus eine entsprechende Erklärung abgeben.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Universität, Herr Präsident!)

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin gern bereit, den Anregungen von Herrn Dr. Czichon zu folgen und mir in der Fraktion Nachhilfestunden geben zu lassen. Ich habe nur Abitur und verstehe von Universitäten sehr wenig. Ich bin aber bereit, alle Anregungen aufzunehmen.

(Abg. Ströh [SPD]: Nicht so ernst!)

Aber ich habe dabei doch gelacht, Herr Kollege Ströh! Ernst kann ich doch gar nicht sein.

(Abg. Ströh [SPD]: Das muß uns aber gesagt werden!)

Das ist nur die innere Anteilnahme an diesem so bedeutenden Problem. Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, es ist hier nach meiner Ansicht in sehr dünnen Worten eine Andeutung darüber gemacht worden, wie denn der zukünftige Bereich Leibesübungen an der zu gründenden Universität aus-

sehen wird. Es heißt, Lehrstühle wird es gar nicht geben. Nun gut, man spricht von Instituten.

(Abg. John [FDP]: Fachbereiche!)

Wenn die zukünftigen Institute anders aussehen als bisher, bin ich damit einverstanden.

Eine andere Frage ist für mich nicht beantwortet worden. Mag sein, daß ich auch da hinterherhinke, aber ich glaube, fragen darf ich: Wie steht es mit der Promotion? Auch diese Frage steht für mich im Raume, denn wir müssen immer von folgendem ausgehen: Wenn die Möglichkeit der Promotion nicht besteht, ist auch kein Interesse da an der Forschung. Das ist für uns ein sehr erheblicher Punkt, auf den ich gern noch eine Antwort gehabt hätte, und zwar, wenn es geht, in etwas ausführlicherer Form als Sie eben dazu Stellung genommen haben. — Ich danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es sind einige Fragen an mich gerichtet worden. Bevor die Debatte in andere Bereiche einmündet, darf ich darauf Antworten geben, so kurz, wie es möglich ist.

Die Frage nach dem Hochschulinformationssystem — HIS — möchte ich dahingehend beantworten, daß zunächst einmal der Deputation berichtet worden ist, und ich verstehe Sie so, Herr Schepers, daß auch dem Haus allgemein hier entsprechende Mitteilungen gemacht werden sollen, was hiermit erfolgt.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß das Hochschulinformationssystem am 17. Februar dieses Jahres gegründet worden ist, und zwar als eine Hilfsorganisation für systematische Planung im Hochschulbereich durch die „Volkswagen-Stiftung". Über die gegenseitigen Beziehungen zwischen dieser neuen Einrichtung der „Volkswagen-Stiftung" und den Kultusministerien und Universitäten ist kürzlich in einer Konferenz der Kultusminister verhandelt worden, und es sind auch Übereinstimmungen erzielt worden über bestimmte Formen der Zusammenarbeit. HIS baut seit seiner Gründung mit erheblichen Mitteln seine Organisation aus und hat inzwischen an verschiedenen Orten auch sogenannte Arbeitszellen errichtet, um unmittelbar im Hochschulbereich, in Hochschulnähe, tätig zu werden.

Ich habe die Gründung des HIS von Anfang an mit großem Interesse verfolgt und der „Stiftung Volkswagenwerk" sogleich meine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt. Am 2. Juli dieses Jahres hat der Vorsitzende des Gründungssenats für die Universität Bremen, Professor Killy, auf das Hochschulinformationssystem und damit auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, daß die Bremer Universitätsplanung hier entsprechende Hilfe finden könnte. Diese Anregung führte im September dieses Jahres zu einem dreitätigen Seminar in Hannover, an dem alle an der Bremer Universitätsplanung maßgeblich beteiligten Stellen einschließlich des Gründungssenats teilgenommen haben.

Neben anderen Ansätzen wurde dabei das konkrete Ergebnis erzielt, daß die HIS-GmbH auf ihre Kosten für die Planung der Universität in Bremen einen umfassenden Netzplan aufstellen läßt. Zeitlich soll der Netzplan bis zur Eröffnung der Universität im Herbst 1973 — das ist ja unsere Planung — gelten. Er soll alle Planungsaktivitäten unter Berücksichtigung ihrer zeitlichen Dauer und ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten enthalten und damit eine möglichst sinnvolle Koordinierung und die Einhaltung der der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Termine ermöglichen.

Im einzelnen soll der Netzplan die dem Gründungssenat und dem Senat obliegende Zielgebung hinsichtlich der Universitätsstruktur, der zu betreibenden Fachrichtungen und der Lehr- und Lernformen ebenso umfassen wie die Bedarfsplanung, die Gesamt- und Einzelbauplanung, die Betriebs- und die Personalplanung. Mit der Aufstellung des Netzplans wurde das von Diplom-Ingenieur Küsten, Stuttgart, geleitete Entwicklungsbüro für Bauplanung beauftragt.

Bisher sind die Netzpläne allein ausgerichtet gewesen auf bauliche Maßnahmen. Hier wird der Versuch gemacht, erstmalig neben der reinen Bauaktivität auch alle übrigen Gesichtspunkte aus der Universitätsplanung schlechthin in diese Netzplan-Planung mit einzubeziehen. Der Netzplan, der bereits 1969 vorliegen soll, wird so aufgestellt werden, daß er mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung ständig überprüft und dem jeweiligen Stand angepaßt werden kann. Von besonderer Bedeutung ist, daß der Netzplan für alle an der Universitätsplanung beteiligten Stellen verbindliche Kraft erhält. Über die dazu möglichen und notwendigen Maßnahmen sowie über die Organisation, mit deren Hilfe die Einhaltung des Netzplans gesichert werden kann, ist nach Vorliegen des Netzplans zu beschließen. Soweit zunächst diese Frage.

Dem Parlament, aber auch den Stellen, die enger mit der Universitätsplanung beschäftigt sind — das gilt also für die Deputation für Kunst und Wissenschaft, für den Gründungssenat, aber auch für den Senat der Freien Hansestadt Bremen —, sollte klar sein, daß es dann, wenn der Netzplan aufgestellt worden ist, keine Möglichkeit mehr gibt, auszubrechen. Dann gibt es Zwangsläufigkeiten, und wir wollen die Planer, wir wollen aber auch uns selbst in diese Zwangsläufigkeiten hineinbringen, weil sonst durch immer neu aufkommende Sonderwünsche oder Überlegungen letzten Endes ein Eröffnungstermin überhaupt nicht genannt werden kann, und wir glauben, daß nach gründlicher Vorbereitung dieser Netzplan helfen wird, zu ganz eindeutigen

und klaren Betriebsabläufen für die Universität Bremen zu kommen.

Ich bin gefragt worden nach dem Gespräch, das ich geführt habe mit dem neuen Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Herrn Professor Leussink. Dieses Gespräch enthält keinerlei Geheimnisse. Es hatte auch nicht den Sinn, besondere Aktivitäten vorzubereiten oder eventuell Bundesmittel freizumachen. Das geht sowieso nur im Rahmen der Bundesgesetzgebung, und auch der frühere Präsident des Wissenschaftsrats, Professor Leussink, kann natürlich nicht mehr tun, als die Bundesgesetzgebung vorsieht.

Wir haben aber bei dieser Gelegenheit berichtet, wieweit die Planung bei uns gediehen ist, daß die Ausbaggerungsarbeiten begonnen haben, daß letzten Endes der Zug der Universität Bremen jetzt in Bewegung gesetzt ist und meines Erachtens auch gar nicht mehr aufgehalten werden kann und auch gar nicht mehr aufgehalten werden soll, und daß wir im Herbst nächsten Jahres mit den ersten Hochbauten beginnen können.

Dabei hat Professor Leussink von sich aus die Frage gestellt, ob wir nicht die Möglichkeit hätten, von dem Angebot Gebrauch zu machen, das Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung unterbreitet hat, nämlich Bundesmittel zur Verfügung zu stellen, und zwar kurzfristig zur Verfügung zu stellen, falls es möglich ist, für den Ausbau oder Neubau von Universitäten sogenannte Schnellbauten zu errichten. Und wir haben gesagt, das werden wir prüfen, und, wenn die Möglichkeit besteht, von dem Angebot Gebrauch machen, wobei allerdings eins noch überlegt werden muss: daß die Vorfinanzierung des Bundes nicht bedeutet, daß hundertprozentig die Kosten übernommen werden, sondern nachher abgerechnet werden muß auf der Basis des Hochschulbauförderungsgesetzes, nämlich 50:50. Das heißt, Bremen muß 50 Prozent übernehmen, 50 Prozent trägt der Bund.

Da wir aber durch das Länderabkommen im Augenblick noch ein anderes Verhältnis haben, nämlich zwei Drittel trägt die Ländergemeinschaft, ein Drittel trägt Bremen, wäre das eine ungünstigere Dotierung für Bremen, und wir müssen also vorsichtig sein, dieses Angebot ohne weiteres anzunehmen, ohne die rechtlichen Konsequenzen zu überprüfen, weil wir möglicherweise ein Präjudiz schaffen, das wir nicht schaffen wollen. Wobei wir uns darüber im klaren sind, falls das Länderabkommen auslaufen muß, weil es gesetzlich vorgeschrieben ist, daß wir dann natürlich automatisch auf die 50:50-Regelung zurückkommen müssen.

Das ist das Problem, und über das wird beraten, und wir wissen, daß das Universitätsbauamt auf dem Gelände selbst ein Baubüro, ein Planungsbüro errichten will, und jetzt wird überprüft, ob wir dort in der Nähe ohne zusätzliche Kosten für Wasser-, Kanalanschluß und so weiter eine Anfangszelle der Universität früher errichten können. Aber das ist im Augenblick noch Spekulation. Das möchte ich ganz eindeutig sagen. Es ist durchaus möglich, daß wir sagen, wir werden es nicht tun können. Das wird überprüft, und dann werden selbstverständlich die entsprechenden Stellen eingeschaltet. Aber es hat keinen Zweck, Dinge schon groß an die Glocke zu hängen, bevor überhaupt Grundlagen dafür gegeben sind. Und lediglich dieser Stand der Überlegungen und das Gespräch, an dem auch Professor Killy beteiligt war, hat im Gründungssenat gestern eine Rolle gespielt. Als reine Unterrichtung, nicht etwa schon als Planvorstellung. Das möchte ich hier deutlich machen.

Die Frage des Gründungsrektors ist in der Öffentlichkeit verschiedentlich behandelt worden. Es ist kein Geheimnis mehr, daß von den zwölf Mitgliedern des Gründungssenats elf der Auffassung sind, wir sollten dieses Angebot Professor Killy unterbreiten. Ich bin der gleichen Meinung. Es ist aber ebenso klar, daß Herr Professor Killy zunächst einmal auch seine eigenen Bindungen überdenken muß und daß er sich eine Bedenkzeit erbeten hat, die man ihm selbstverständlich zubilligen muß, und daß nach Ablauf dieser Bedenkzeit geklärt wird, ob er diesen Auftrag übernehmen wird oder ob wir jemand anders mit dieser Aufgabe betrauen müssen.

Ich möchte unterstreichen, was Herr Dr. Czichon hier gesagt hat: Wir sollten die Tatsache, daß das Universitätsgeschehen jetzt in Bewegung gesetzt ist, daß es nicht nur Planungen gibt, sondern daß es Fakten gibt, daß es Tätigkeiten gibt — man braucht sich ja nur das Gelände hinter dem Stadtwald anzusehen, daß das endlich einmal als Fakt herausgestellt wird —, und daß wir selber nicht unsere eigenen Initiativen und unser eigenes Wollen immer wieder in Frage stellen. Außerhalb Bremens werden gelegentlich immer noch Zweifel geäußert. Wenn wir sie selbst äußern, brauchen wir uns nicht zu wundern, daß diese Zweifel außerhalb Bremens sich potenzieren und dann als Wellen gegen uns zurückschlagen.

Aus vertraulichen Sitzungen, Herr Dr. Sieling, kann ich natürlich nicht berichten. An denen nehme ich auch nicht teil. Ich bin nicht Mitglied des Gründungssenats, ich bin also darauf angewiesen, was allgemein als Kommuniqué mitgeteilt wird oder was Journalisten glauben als Geheimnisse noch mitteilen zu können. Daß das Verhältnis Bremens zum Gründungssenat bestens ist, sollte Ihnen nicht unbekannt sein, daß Meinungsverschiedenheiten legitim sind — sie sind aber im Augenblick gar nicht vorhanden, sondern sie bestehen gelegentlich innerhalb des Gründungssenats selbst —, das ist auch durch die öffentlichen Sitzungen deutlich geworden.

Ich muß Sie also enttäuschen, falls Sie im stillen die Hoffnung nähren, daß sich ein gleicher Honigtopf wie 1967 der CDU darbieten würde, aber ich glaube, daß es auch nicht im Interesse der CDU ist, daß in dieser Form noch einmal über die Universität

diskutiert wird, denn das würde weder der Universität in Bremen, noch Bremen selbst nützlich sein.

(Beifall bei der SPD)

Es ist davon gesprochen worden, daß wir ein Gremium brauchen, das lange Wege ausschließt. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ich gerade in der letzten Sitzung der Deputation für Kunst und Wissenschaft speziell darauf hingewiesen habe, und zwar aus einer gewissen Sorge heraus. Ich habe nämlich — Herr Klemmer ist wohl gerade nicht da — gehört, daß die Baudeputation ebenfalls eine Art Universitätsausschuß gegründet hat, und ich meine, wir haben jetzt Ausschüsse genug, und wir sollten vielmehr feststellen, wie wir aus allen Bereichen — Finanz, Kunst und Wissenschaft und Bau, das ist selbstverständlich — ein Gremium, das natürlich verfassungskonform sein muß, zusammenzustellen, das all die notwendigen parlamentarischen Aufgaben konzentriert und es ermöglicht, kurzfristig zu handeln und zu entscheiden.

Das wird vor allen Dingen dann notwendig sein, wenn wir im Rahmen des Netzplans uns an unsere eigenen Termine halten wollen. Und dieser Netzplan wird sorgfältig vorbereitet. Alle müssen daran beteiligt sein. Aber wenn er beschlossen ist, ist dieser Netzplan auch eine Art diktatorisches Instrument, dem wir uns unterwerfen müssen, wenn wir die Termine einhalten wollen, und das läßt nicht zu, daß jedesmal nach Wochen erst die eine Deputation, dann die andere und dann die dritte berät, daß es dann in den Senat zurückgeht und möglicherweise irgendwo eine Beanstandung erfolgt und das ganze Verfahren neu durchlaufen werden muß.

Ich glaube, daß wir Globalvollmachten in den einzelnen Deputationen, im Senat — im Rahmen natürlich, den das Parlament hier festlegt, das ist selbstverständlich — Globalvollmachten beschließen müssen und daß dieses Gremium dann im Rahmen dieser Globalvollmachten — natürlich auch nicht darüber hinaus — die entsprechenden Initiativen und Aktivitäten entwickelt.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Sehr richtig!)

Noch einen Satz zu Herrn Vorsatz! Er sprach von einem Notprogramm und daß hier keine Planung bestehe. Ich wollte an sich keine Schuldiskussion eröffnen. Aber ich darf eines ganz kurz nur andeuten, vielleicht kann es die Diskussion nachher bereichern: Ich würde doch empfehlen, sich die Protokolle der Debatte vom 22. Januar dieses Jahres hervorzuholen. Dann wird wohl jeder in diesem Hause merken, daß von Planung sehr viel gesprochen werden kann und von Feuerwehrprinzip sehr wenig. Selbstverständlich müssen wir zum Teil hinter den Ereignissen hinterherhinken, aber nicht deshalb, weil wir nicht wissen, was wir wollen, sondern weil wir uns nach der finanziellen Decke zu strecken haben.

Zu Herrn Gassdorf! Ich kann das nur bestätigen, was Herr Dr. Czichon gesagt hat. Ich meine, es ist eine klare Aussage, daß der Sport in Bremen eine ganz besondere Rolle spielen wird. Der Beweis ist schon deshalb gegeben, weil wir L e h r e r b i l d u n g betreiben, und Lehrerbildung natürlich ohne Sportpädagogik und ohne Sportdidaktik gar nicht möglich ist, und daß wir hier, das geht auch schon aus den Wettbewerbsplänen von 1967 hervor, ganz erhebliche Bereiche extra zur Verfügung stellen.

Wie nun im einzelnen diese Dinge aussehen werden, bedarf noch der Diskussion. Deshalb hat ja der Gründungssenat auch gerade für den Sport eine Fachbereichskommission gebildet. In dieser Fachbereichskommission sind Vertreter aus Bremen, nämlich aus der Pädagogischen Hochschule, beteiligt, so daß hier der unmittelbare Kontakt besteht und die Notwendigkeiten, die in diesem Bereich dem Sport zuzumessen sind, auf keinen Fall untergehen werden. Nur möchte ich dringend davor warnen, daß jeder einzelne mit speziellen Interessen kommt, mit speziellen Aufgaben und sagt, die Universität ist nur dann gut, wenn meine speziellen Interessen dabei berücksichtigt werden. Ich meine, wir müssen zunächst einmal mit einer Anfangsstufe beginnen und dann die Universität ausbauen in dem Rahmen, wie es uns finanziell möglich ist

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Herr Dr. Czichon, Sie sprechen noch einmal zur Uni? — Dann haben Sie das Wort.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider habe ich die Ausführungen des Kollegen Gassdorf nicht voll hören können. Mir ist aber gesagt worden, daß er meine vielleicht etwas scherzhaft gemeinten Worte sehr gnädig aufgenommen hat. Ich darf mich dafür bedanken. Es wäre schade, wenn ein freies und scherzhaft gemeintes Wort nicht richtig ankäme.

Aber eine Frage ist hier offengeblieben, die nach Forschung und Promotion. Selbstverständlich wird es in allen Bereichen der Universität so sein, daß Forschung und Lehre verbunden sein werden, denn Lehre kann nicht getrieben werden, ohne daß die Lehrenden auch gleich zur Erweiterung des Lehrgebietes forschend tätig werden, so daß die Frage der Promotion auch durchaus in Ihrem Sinne beantwortet werden kann.

Sie haben die persönliche Bemerkung gemacht, daß Sie nur das Abitur haben und nicht studiert haben. Ich darf mit der persönlichen Bemerkung erwidern, daß ich leider nur studiert habe, aber kein Abitur habe.

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun, Herr Dr. Czichon, es gesche-

hen also noch Zeichen und Wunder! Es gibt Christdemokraten, die haben Abitur und haben nicht studiert, und es gibt Sozialdemokraten, die haben keines und haben studiert. Aber wie dem auch sei, ich habe ihre Äußerungen durchaus recht verstanden!

Ich habe mich nur noch einmal zum Wort gemeldet, weil mich eine Äußerung störte, die Herr Senator Thape getan hat. Erstens sehe ich nun wirklich keinen Honigtopf, den die CDU hier wieder gern öffnen möchte.

(Abg. Klein [CDU]: Höchstens ein Fettnäpfchen für Herrn Senator! — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Was dem einen sein Fettnäpfchen, ist für den anderen sein Honigtopf!)

Um den dritten sein Spitzbart, Herr v. Groeling-Müller!

(Stürmische Heiterkeit — Glocke)

Bekomme ich dafür eine Rüge, Herr Präsident?

Präsident Engel: Nein, Herr Gassdorf, nur einen ganz zarten Hinweis: Ich möchte doch bitten, nicht in Personenbeschreibungen zu verfallen.

(Erneut stürmische Heiterkeit)

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, ich danke Ihnen für den zarten Hinweis. Ich bin noch so jung und unerfahren hier vorne. Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich zu bessern.

Nun, Herr Senator, ich sehe diesen Honigtopf für die CDU wirklich nicht, sondern vor mir nur die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag). Darin war etwas sehr Wesentliches ausgesagt hinsichtlich der zukünftigen Planung und Finanzierung. Auch für uns, für die CDU, die ja landauf, landab immer so zu denjenigen zu gehören scheint, als sei die CDU in Fragen zur Gesellschafts-, Bildungs und Sozialpolitik etwas hinterherhinkend, ist es sehr wesentlich, Unterschiede zu machen, zu differenzieren, welche Bedeutung der Sport heutzutage für uns alle hat. Ich glaube, mich richtig zu erinnern, es ist das erste Mal, daß wir hier überhaupt anläßlich dieser jetzigen Haushaltsdebatte über einen Lehrstuhl für Sport sprechen.

Herr Senator Thape, ich bin nicht ganz zufrieden mit Ihrer Äußerung, wenn Sie sagen, es würde doch alles im Bereich der Pädagogischen Hochschule geschehen.

(Senator Thape: Habe ich nicht gesagt!)

Ich habe hier ein Informationsblatt der SPD, darin wird sehr wohl differenziert, genauso wie ich es getan habe. Ich darf Ihnen sagen, wir haben nicht voneinander abgeschrieben. Ich bin Mitglied des Bundesfachausschusses Sport der CDU und war selbst an der Grundkonzeption dieser unserer Aussagen beteiligt. Wir hatten keine Vorlage der SPD. Aber es deckt sich hier so vieles. Ich darf einmal aus Ihrem Informationsblatt zitieren.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Abgeschrieben!)

Da steht: „Was noch fehlt, ist die volle Integration und Anerkennung der Sportwissenschaften!" Das deckt sich. Dann heißt es weiter, und zwar hat es ausgeführt Herr Heinz Fallack, der Ihnen ja nahesteht: „Was fehlt, ist die Einrichtung von Lehrstühlen für die Theorie der Leibeserziehung, für die Trainingslehre, die Sportmedizin, Sportsoziologie und anderes." Auch hier zeigt sich die gemeinsame Arbeit der vergangenen Großen Koalition. Auch da sind wir deckungskonform.

(Abg. John [FDP]: Gegenseitig deckungsfähig!)

Und drittens wird gesagt: „Was fehlt, ist die Ausbildung von Leibeserziehern, die als Fachlehrer die gleichberechtigte volle Anerkennung wie die übrigen Pädagogen erhalten."

Es wird unterschieden! Wenn wir uns in allen drei Bereichen einigen können, dann ist der Sinn und Zweck unserer Aktion erfüllt. Wenn das heute Gegenstand der Debatte war, dann bin ich zufrieden, und sie hat ihren Erfolg gehabt. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort zum weiteren Abschnitt hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mir doch erlauben, auf die Vorwürfe des Herrn Kollegen Dr. Sieling, daß die Bremer Sozialdemokraten vor allen Dingen mit Vorschußlorbeeren im Bildungsbereich arbeiten, eine Antwort zu geben. Selbstverständlich haben wir im Land Bremen noch keine Gesamtschule, mit der wir stolz vor Sie treten können. Aber wenn Sie bereit sind, und das hat Her Dr. Sieling hier ausgeführt, jedem Versuch, der eine Reihe von Jahren gelaufen ist, objektiv Ihre Zustimmung zu geben, dann meine ich, könnte man jetzt, wo wir über Bildungswesen, Schulwesen (Land) sprechen, doch einmal auch als Oppositionsführer, der honorieren will, wo Erfolge da sind — denn das sagten Sie ja —, eine Anerkennung an Bremerhaven aussprechen, wo wir seit vielen, vielen Jahren additive Gesamtschulen haben, wo wir also nicht mit Vorschußlorbeeren arbeiten, und wo im Land Bremen durchaus etwas geschieht, was bundesweit von sich sagen kann, daß hier ein Gutteil von dem verwirklicht wird, was vielleicht zur Schule von morgen führt. Es sind also nicht bloß Vorschußlorbeeren, denn für die Bildungspolitik im Land Bremen scheint mir das, was in Bremerhaven geschieht, ein außerordentlich interessanter Aspekt zu sein. Deswegen meine ich, wenn Sie anerkennen wollen, dann können Sie es hier.

Wenn Sie dann auf den kleinen Umstand Ihre Aufmerksamkeit richten, daß das Land Bremen imstande ist, mehr als 50 Prozent seiner Schüler auf ein weiterführendes Schulsystem zu schicken, eine Zahl, die wiederum auf das Bundesgebiet bezogen eine außerordentliche Spitzenposition darstellt — —

(Abg. Meurer [CDU]: 100 Prozent, die Hauptschulen sind auch weiterführende Schulen! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: 1 zu 0 für Herrn Meurer!)

Herr Kollege Meurer, diese Terminologie war natürlich für die traditionell denkende CDU gedacht.

(Heiterkeit)

Aber da muß ich Sie natürlich ausnehmen, denn Sie denken so wie wir, das ist klar!

Wenn wir also 50 Prozent auf Realschulen und Gymnasien schicken, so ist das, meine ich, wiederum etwas, wo man nicht von Vorschußlorbeer zu sprechen braucht, sondern wo wir im Land Bremen ein Anerkennungswort von der Opposition verdient haben. Und ich meine, wenn Sie überhaupt die Bildungssituation im Land Bremen betrachten, dann muß doch auch der Opposition deutlich werden, welche Aufbruchstimmung gegenwärtig in unserem Schulwesen herrscht. Daß wir keine Reformen an Haupt und Gliedern an einem Schulwesen, das traditionell verhaftet ist — selbstverständlich, wie alle deutschen Schulen, so auch die Bremer Schule —, daß wir dort keine Reformen aufstülpen können, ist uns klar. Aber daß wir die Initiativen freigeben, die kleinen Schritte in das Schulwesen von morgen, ist offensichtlich. Und die Reformversuche in den Bremer Schulen — und ich schließe ja ausdrücklich Bremerhaven mit ein — die rechtfertigen nun wirklich, zu sagen, daß der Weg nicht erst von dem Vorschußlorbeer für das Morgige gekennzeichnet ist, sondern daß wir dafür auch heute schon eine Erfolgsbilanz nachweisen können.

(Glocke)

Präsident Engel: Ich merke an Ihrem Kopfnicken, daß Sie bereit sind, eine Frage des Abgeordneten Klein zu beantworten.

Abg. **Franke** (SPD): Jawohl!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, halten Sie es auch für ein Kennzeichen der von Ihnen genannten Aufbruchstimmung, daß zum Beispiel im Ortsamtsbereich Lesum in den nächsten Jahren 55 Realschul- und Gymnasialklassen benötigt werden, die nicht im Haushalt 1970/71 veranschlagt sind, und daß auf den Vorschlag der CDU, diese Schulzweige in eine zukünftige Versuchsgesamtschule einzugliedern, die Schulverwaltung äußerte, dafür läge eine Konzeption nicht vor, so daß der Beirat außerstande war, sich nach einem entsprechenden Grundstück umzusehen?

(Abg. Sieling [CDU]: Sehr gut!)

Abg. **Franke** (SPD): Wollen Sie die Antwort haben?

(Abg. Klein [CDU]: Sofort, ja! — Abg. Fischer [CDU]: Denken Sie, wir fragen nur so? — Heiterkeit)

Ich bleibe immer stehen, deswegen fragte ich!

(Erneute Heiterkeit)

Herr Kollege Klein, erstens einmal ist das Anwachsen von Realschülern und Gymnasiasten in einer solchen Zahl in der Tat ein Leistungsbeweis für das System. Worüber wir jetzt diskutieren müßten, ist, wie dieser Leistungsbeweis, daß diese große Zahl von Realschülern und Gymnasiasten tatsächlich auf uns zukommt, vom Schulraum her aufgefangen wird. Und ich stehe nicht an zu sagen, daß die Notwendigkeiten im Bremer Schulwesen, viele Schüler in Realschulen und Gymnasien zu überführen, einen Druck, einen erheblichen Druck auf unsere Baukapazitäten ausüben. Das ist selbstverständlich, das wissen wir alle.

(Abg. Mahlstedt [SPD]: Es liegt am Geldbeutel!)

Daß wir also von diesem Druck her in Engpässe hineingeraten, daß wir die Vielzahl der Schüler im Realschul- und Gymnasialbereich jetzt nicht alle ausreichend, so wie es wünschenswert wäre, versorgen können, ist ebenso eine Binsenweisheit. Wir werden natürlich nicht nur in Bremen-Nord, sondern an vielen Stellen in Bremen solche Forderungen haben, die wir von den Baukapazitäten her noch nicht ideal abdecken können.

Wenn Sie jetzt fragen, warum wir diese Forderung, diesen Wunsch nach der Kapazität nun in Bremen-Nord nicht mit einer Gesamtschule abdecken können, dann muß ich Ihnen nun einmal ganz deutlich sagen — und ich bin also jetzt wieder bei der Gesamtschule, ohne daß ich es wollte —, daß die Gesamtschuldiskussion hier im Land Bremen von uns zu einer Zeit begonnen worden ist, wo hier auf Ihrer Seite dieses Hauses die Gesamtschule aus der ideologischen Klamottenkiste bekämpft worden ist.

(Beifall bei der SPD — Unruhe bei der CDU)

Jetzt, wo wir also in der Gesamtschuldiskussion sind — —

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Klein beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja, ich war noch dabei, seine erste zu beantworten!

(Heiterkeit — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das würde ich auch weiter tun! Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen!)

Aber bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Wie erklären Sie es sich, Herr Kollege, daß die Schulverwaltung auf unseren Vorschlag äußerte, eine Konzeption für die Gesamtschule sei nicht vorhanden?

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Klein, wenn Sie Ihre Ungeduld etwas gezähmt und das Ende meiner Antwort auf die erste Frage abgewartet hätten, dann wäre es Ihnen klar geworden! Ich stelle nämlich fest, daß wir mit erheblichen Widerständen aus Ihren Reihen die Gesamtschuldiskussion in Bremen angefangen haben, und dieser Widerstand hat sich ja nicht nur hier im Hause manifestiert — den hätten wir ja niederstimmen können —, aber Sie haben ja nichts unversucht gelassen, die Stimmung gegen die Gesamtschule auch draußen anzuheizen.

(Ab. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Sehr wahr! Beifall bei der SPD — Unruhe bei der CDU)

Sie sind ja mit den Bündnispartnern, die die Schule von gestern verteidigt haben, da draußen in der Kumpanei gewesen.

(Heftiger Widerspruch bei der CDU — Unruhe — Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Franke** (SPD): Und als wir jetzt begonnen haben, endlich Gesamtschulkonzeptionen zu entwikkeln, stellen Sie sich hin und sagen, wo sind endlich die Gesamtschulen!

(Abg. K l e i n [CDU]: Natürlich!)

Daß wir nicht von heute auf morgen, nachdem wir jetzt seit zwei Jahren in der vorbereitenden Arbeit sind, Ihnen jetzt die fertige Gesamtschule zeigen können, das ist klar. Nur sollte der, der uns immer Schwierigkeiten gemacht hat bei der Entwicklung der Gesamtschulkonzeption, jetzt nicht sagen, wo ist sie endlich! Das ist zu billig!

(Abg. K l e i n [CDU]: Warum eigentlich nicht? — Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Spies beantworten?

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Bei Frau Spies immer!)

Abg. **Franke** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Frau Spies!

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Kollege Franke, Sie sprachen eben von der Klamottenkiste. Eine Frage hätte ich dazu an Sie: Können Sie mir sagen, aus welcher Zeit die Idee der Gesamtschule stammt?

(Abg. V o r s a t z [NPD]: 1880!)

Ja!

Abg. **Franke** (SPD): Die Gesamtschulidee ist tragend geworden in der modernen Industriegesellschaft um das Jahr 1940 herum mit den ersten energischen Konzeptionen in Schweden. Schweden, eine Nation, die viel ungestörter als wir den Weg in die moderne Leistungsgesellschaft hineingehen konnte, hat 1940 begonnen, sehr konkret und sehr gründlich die Gesamtschule in Europa zu verwirklichen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein beabsichtigt, eine weitere Frage zu stellen. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Herr Klein, wir werden ja sicherlich beim Stadthaushalt noch einmal diskutieren. Wenn es dort angebrachter ist, würde ich sagen, schenken wir es uns jetzt. Aber wenn Sie jetzt wollen, sage ich nicht nein.

Abg. **Klein** (CDU): Ich bedanke mich für Ihr Entgegenkommen, zumal ich auch gern geneigt bin, Ihre eigenen Fragen von heute zu beantworten.

Herr Kollege, unterstellen wir einmal, die CDU sei so böse, wie Sie es jetzt zum Ausdruck brachten,

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Das hat doch mit böse nichts zu tun!)

wie erklären Sie sich, daß trotz dieser von Ihnen ja immer wieder betriebenen Diskussionen in Bremen die eigene, von Ihnen getragene Bildungsverwaltung eine entsprechende Konzeption nicht vorlegen kann, so daß die Grundstücke dafür nicht angefordert werden können?

Abg. **Franke** (SPD): Also erstens, Herr Kollege Klein, möchte ich doch bitten, mir nicht zu unterstellen, daß ich die CDU für böse halte, ich halte sie nur für rückständig.

(Stürmische Heiterkeit)

Zweitens, Herr Kollege Klein, möchte ich daran erinnern, daß die Bremer Sozialdemokratie ein Schulgesetz 1947 beschlossen hat, das die Konzeptionen der Gesamtschule in ihren Strukturen einlegt.

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Jawohl! Da war Herr Klein aber noch nicht da!)

Bremerhaven ist imstande gewesen, diese Strukturen bis auf heute zu erhalten und auszubauen. Wir haben das in Bremen, fußend auf dem Gesetz von 1947, auch probiert, und die Bremer Gesamtschulanfänge — ich erinnere an die Dechanatstraße, Kleine Helle — sind damals, gestatten Sie vielleicht die Formulierung, an der noch nicht so aufgeklärten Bewußtseinslage des Bildungsbürgertums damaliger Zeit gescheitert. Und das waren damals die Bündnispartner der CDU. Inzwischen ist aber die Zeit ins Land gegangen. Heute führen wir eine Diskussion vor einer völlig anderen öffentlichen Bewußtseinslage. Wo immer wir

heute hingehen, die Gesamtschule wird uns als Konzeption abgenommen, auch von der CDU inzwischen.

(Abg. Klein [CDU]: Aber das setzt doch die Konzeption voraus!)

Aber, Herr Kollege Klein, das, was in der Zwischenzeit von den Anfängen bis heute dagewesen ist an Widerständen, das läßt sich nicht ungeschehen machen. Und deswegen — das gebe ich wirklich hier zu — haben wir einen nicht unbeträchtlichen zeitlichen Verzögerungsfaktor. Und dieser zeitliche Verzögerungsfaktor drückt sich darin aus, daß heute, zu diesem Zeitpunkt, Ihnen das vollkommene fertige Gesamtschulkonzept Bremen noch nicht vorgelegt werden kann. Nur, da Sie an diesem zeitlichen Verzögerungsfaktor — und das war der Sinn meiner Antwort vorhin — nicht unerheblich mitschuldig sind, finde ich es ein wenig unfair, wenn Sie heute von uns sofort die fertige Konzeption abfordern. Erst lange nein sagen und dann sagen, Leute, jetzt gibt sie uns endlich her, das ist in sich widersprüchlich.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß ich einige Ansätze dafür geliefert habe, Herr Kollege Dr. Sieling, daß Sie von Ihrem Angebot, dort, wo nicht Vorschußlorbeer erwartet wird, sondern dort, wo Belohnung des Geleisteten erwartet wird, vielleicht an dieser Stelle auch Gebrauch machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe ein tiefes Verständnis dafür, daß Sie, Herr Franke, ohne es zu wollen, wieder einmal bei der Gesamtschule gelandet sind. Das ist nun einmal das Generalthema, mit dem wir uns immer wieder auseinandersetzen. Wenn Sie aber sagen, die CDU sei nicht böse, sondern nur rückständig, dann müßten Sie dieses „rückständig" doch fairerweise auf die Vergangenheit verweisen und um so mehr anerkennen, mit welchem Tempo wir heute ganz vorn liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Klink [SPD]: Opas CDU ist tot! — Abg. Ströh [SPD]: Wir sind doch noch nicht im Jahr der Olympiade!)

Meine Damen und Herren, ich hatte am Anfang der Ausführungen des Kollegen Franke den Eindruck eines Ringens um die Anerkennung aus dem Munde der Opposition für die eigenen Fortschritte in Bremerhaven. Ich möchte das hier ganz klar sagen: Ich habe mich vorhin auf die integrierte Gesamtschule bezogen, und nur um diese geht es ja im Augenblick. Die additive Gesamtschule ist ja das, was die CDU in Deidesheim vertreten hat, die Sie als „alte Klamotte" bezeichnet haben. Diese haben wir heute in Bremerhaven.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Landwehr.

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß diese Debatte nun heute wieder entsteht. Es ist ja immer noch so, Herr Dr. Sieling, wenn nur das Wort Gesamtschule fällt, ist die rechte Seite des Hauses wie elektrisiert. Also irgendwie ist sie doch noch ein rotes Tuch. Das Tempo, Herr Dr. Sieling, das Sie nun versuchen einzuschlagen, hat uns noch nicht ganz überzeugt. Vielleicht sind wir in einem Jahr so weit, daß wir es Ihnen wirklich glauben, was Sie versuchen, uns heute klar zu machen, daß Sie nämlich Ihren alten Standpunkt überwunden haben. Noch sind wir davon nicht überzeugt.

Aber eines, glaube ich, steht hier doch außer Debatte: Wer das Bremer Schulgesetz kennt und es auch ein bißchen studiert hat, der weiß, daß wir ohne Änderung des Gesetzes heute die Gesamtschule einführen könnten. Das war 1947 der Wunsch der SPD und dieses Parlaments. 1947 war es aber nach dem Tausendjährigen Reich in der Öffentlichkeit sicher noch nicht genügend verständlich. Inzwischen haben wir in diesem Sinne weitergearbeitet, um endlich unser Schulgesetz auch in seinem Gehalt durchführen zu können, nicht nur äußerlich, wie es zum Teil anfangs in Bremerhaven war, aber heute in Bremerhaven ja auch schon ganz anders aussieht.

Herr Dr. Sieling, das wissen Sie genauso gut wie ich. Es ist nicht nur die additive Gesamtschule. Wenn wir sie aber in Bremen hätten, wenn wir sie durchgeführt hätten, wie vom Gesetz gewollt, hätten wir es heute sehr viel leichter, eine integrierte Gesamtschule zu erreichen. Sie wissen, daß sehr viele Widerstände zu überwinden sind, nicht nur in der Lehrerschaft, nicht nur in der Öffentlichkeit. Ganz besonders viele Widerstände waren auch bei Ihrer Partei zu überwinden. Ich bin froh, daß Sie jetzt bereit sind zu diesen Versuchen. Wenn ich mich allerdings an die letzte Deputationssitzung erinnere, wo es um den Beschluß zur Gesamtschule ging, und zwar nur um den Versuch ging, da hörte ich aus Ihren Reihen noch andere Meinungen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Engel: Sie waren nicht schnell genug, Herr Dr. Sieling!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wir können das noch nachholen!)

Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manche Diskussionen könnten wir einfach aus den Protokollen der letzten Haushaltsberatungen ablesen.

(Abg. Klein [CDU]: Zu den Gesamtschulversuchen? Wollen Sie sie?)

Die Versuche sehen Sie auch, die sind in Vorbereitung. Ich wollte, Ihre Unterstützung wäre genauso intensiv, wie sie hier verbal dokumentiert wird.

(Abg. Klein [CDU]: Ich kann Ihnen die Beiratsprotokolle gern zur Verfügung stellen!)

Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Grundstücke und Konzeptionen, Herr Klein, sind zweierlei. Ob ich die Grundstücke habe oder ob ich die Konzeption habe, das Grundstück sagt über meine Konzeption noch gar nichts aus.

Daß wir zum Teil Grundstücksschwierigkeiten haben, wird von niemandem bestritten. Es wird auch von niemandem bestritten, daß die Stadtplanung zum Teil mit der notwendigen Schulplanung nicht Schritt gehalten hat. Es wird gar nicht bestritten, daß wir zum Teil Schulgrundstücke ausgewiesen haben, die heute nicht mehr ausreichen, weil inzwischen durch Umplanungen in Stadtteilen ganz besondere Engpässe entstanden sind. Ich erinnere nur an das Leher Feld, wo wir uns heute mit einigen Schwierigkeiten bemühen, eine dritte Schule einzurichten, obwohl ursprünglich nur eine Schule vorgesehen war. Das sind Entwicklungen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Aber das hat mit der Konzeption nichts zu tun.

Natürlich haben wir eine Grundkonzeption über die Gesamtschule. Aber es gibt kein Einheitsrezept. Das muß auch einmal festgestellt werden, und deshalb die Forderung, die wir voll unterstützen, nach Versuchen, bevor wir daran gehen, das gesamte Schulsystem umzustellen. Aber, Herr Klein, die Schulverwaltung diktiert nicht. Das möchte ich in aller Eindeutigkeit feststellen. Man kann nicht draußen herumrennen und von Demokratisierung und Beteiligung sprechen und gleichzeitig verlangen, daß die Schulverwaltung ein Kozept aufoktroyiert. Das wird sie nicht tun. Aber wir beteiligen die Lehrer und die Eltern, und wir führen keinen Gesamtschulversuch durch, ohne nicht vorher in langen Diskussionen mit den Eltern das geklärt zu haben. Das haben wir an verschiedenen Stellen getan, und dort wird es auch durchgeführt.

In Bremen-Nord wird es auch durchgeführt. Sie wissen, daß Lesum und Mönchshof bereits heute zusammenarbeiten in gesamtschulähnlichen Versuchen — das ist bereits heute eine Tatsache —, und zwar seit längerer Zeit. Und Sie wissen genauso, daß in dem Moment, wo die Realschule Heisterbusch fertig ist, Lesum, Mönchshof und Heisterbusch ebenfalls einen Versuch darstellen werden, und zwar einen Versuch, der noch nicht zu hundert Prozent als Gesamtschulversuch bezeichnet werden kann, der aber unmittelbar in die Nähe rückt.

Wir werden sowieso Versuche mit bestehenden Gebäuden aufnehmen müssen, mit bestehenden Schulen, um unser Schulsystem umzustellen. Wir müssen doch mehrgleisig fahren. Wir müssen an verschiedenen Stellen mit dem gleichen Ziel, aber auf verschiedenen Wegen voranschreiten. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Erkundigen Sie sich doch bei Ihren Kollegen in der Schuldeputation, die werden Sie unterrichten können, dann können wir uns diese Diskussionen im Parlament ersparen. Das ist doch Nachhilfeunterricht und entspricht überhaupt nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Meurer.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind in einer Diskussion, die eigentlich in den Stadthaushalt gehört.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nein, das nicht! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Bremerhaven!)

Ich wundere mich. Ich bin der Meinung, man sollte gerade über Schule sine ira et studio reden, engagiert, aber nicht aufgeregt. Dabei kommt nichts heraus!

(Abg. John [FDP]: Ohne Zorn und Eifer!)

Herr Franke hat hier so schlankweg behauptet, ich dächte ja so wie er, beziehungsweise wie die SPD. Das ist sehr oberflächlich geurteilt, Herr Franke, das tue ich nicht.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Aber im Grunde!)

Ich bin dafür, daß man das Vernünftige sachgerecht tut.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Aber dann stimmt es doch nicht!)

Herr Franke hat hier zwei Behauptungen aufgestellt, die, so glaube ich, nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Wenn ich das Resümee aus seinen Angriffen gegen die CDU ziehe, dann hat er den Versuch gemacht, der CDU den Schwarzen Peter für das fehlende Gesamtschulkonzept der Schulverwaltung beziehungsweise des Schulsenators in die Schuhe zu schieben. So geht es nicht, das ist mir zu billig! Denn die Opposition kann man schließlich nicht für Versäumnisse der Regierung verantwortlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Das geht ja wohl nun nicht!

Er hat zweitens behauptet, die CDU habe Stimmung in der Stadt und außerhalb der Stadt gegen die Gesamtschule gemacht.

Bitte, Herr Ströh wollte fragen, Herr Präsident!

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, daß Sie mir die Mühe abgenommen haben.

Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Wir kennen uns ja viel zu gut! Herr Kollege Meurer, sind Sie nicht mit mir der Mei-

nung, daß man mit dem zwanzigjährigen Slogan der CDU „Keine Experimente"

(Widerspruch bei der CDU)

keine fortschrittliche Bildungspolitik betreiben kann?

Abg. **Meurer** (CDU): Ich weiß nicht, ob Sie diesen Slogan „Keine Experimente" auch auf diesen Bereich anwenden sollten. Wir tun es jedenfalls nicht!

(Beifall bei der CDU — Abg. Ströh [SPD]: Sie haben es aber gemacht! — Zurufe von der SPD!)

Ach, was heißt das! Liebe Leute — entschuldigen Sie, wenn ich es so sage —, Sie können mir doch hier nicht vorhalten, ich sei rückschrittlich

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sie nicht, aber die CDU!)

oder reaktionär. Ja, ich gehöre auch zur CDU.

(Heiterkeit und Beifall — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie sind ein weißer Rabe!)

Ich wollte Herrn Franke entgegnen. Sie sollten doch nicht so tun, als ob in Ihren Reihen wirklich nun alle ein Herz und eine Seele und voller Begeisterung für die Gesamtschule seien. Das stimmt doch nicht!

(Beifall bei der CDU)

Ist Ihnen bekannt, daß Herr Schütte, Ex-Kultusminister von Hessen, jetzt davor warnt, die Gesamtschule als Regelschule einzuführen? Ist Ihnen das bekannt?

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sine ira et studio, Herr Meurer!)

Ich will Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einen Auszug aus dem Mitteilungsblatt des SLB, des Sozialistischen Lehrerbundes Hamburg zur Gesamtschule vorlesen. Ich bitte, sich das wirklich zu Gemüte zu führen und zu prüfen, ob das so einfach im Raume stehen kann, wie Herr Franke das eben dargestellt hat.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr gut! — Abg. Ströh [SPD]: Wir hören zu! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist aber nicht die SPD!)

Also bei der CDU sind die vom SLB bestimmt nicht.

(Heiterkeit — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Herr Meurer, bei uns heißt es ASL!)

Ich darf das vorlesen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Gilt das noch für morgen?)

Ja, das gilt noch!

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Welcher Jahrgang ist das jetzt?)

Ganz neu, Juli 1969!

Ich zitiere aus diesem Bericht:

„Die Gesamtschule in ihrer jetzigen Form, auch die integrierte Gesamtschule scheint nur wenig zur Emanzipation von Lehrern und Schülern beizutragen und keine wirkliche systemverändernde Aufgabe innerhalb unseres veralteten Schulsystems zu erfüllen, solange Lehrinhalte, Lehrerausbildung und Unterrichtsmethoden nicht radikal geändert sind.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Natürlich, das gehört doch dazu! — Lachen bei der SPD)

Bisher scheinen die Gesamtschulprojekte geplant zu sein, um die Effektivität des Schulsystems zu steigern und damit lediglich die Anpassung an die veränderten Produktionsverhältnisse der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen. In der Wirtschaft macht sich ein Mangel an technischen Spezialisten bemerkbar, unter anderem verhindert die Mauer in Berlin das weitere Abwandern von hochqualifizierten Arbeitern aus der DDR in die Bundesrepublik. Auch durch den relativ niedrigen Ausstoß von Abiturienten — 6 bis 7 Prozent des entsprechenden Jahrgangs — und den dadurch bedingten Mangel an Führungskräften und Wissenschaftlern verloren die westdeutschen Monopole ihre Konkurrenzfähigkeit. Diese Interessen veranlaßten die Suche nach den Begabungsreserven in den unterprivilegierten Klassen und Schichten."

(Lachen bei der SPD)

Ich weiß, das paßt Ihnen nicht.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist doch nicht mehr die Gesamtschule, Herr Meurer!)

„Die Effizienzerhöhung des Schulsystems ist nur durch eine gleichzeitige Steigerung des Leistungsdrucks möglich, das heißt, in der Gesamtschule wird das Leistungssystem lediglich durchschaubar gemacht und von aller irrationaler Subjektivität und Ungerechtigkeit, die den Zensuren noch heute anhaftet, befreit." Und so weiter, und so weiter.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber das spricht nicht gegen die Schule!)

„Die Projektgruppe Gesamtschule soll diese Zusammenhänge auch innerhalb des Hamburger Schulwesens nachweisen, da die Gesamtschulwelle auch hier hereinzuschwappen beginnt. Vor allem aber muß gezeigt werden, auf welcher Seite aufgeschlossene Lehrer, die an Gesamtschulprojekten mitarbeiten, ausgenutzt werden und das insgesamt autoritäre, reaktionäre und menschenmißachtende Schulsystem stabilisieren. In Klammern: Vielleicht gehört auch

der in Sachen Gesamtschule fleißig herumreisende Hamburger Landesschulrat Nickel zu diesen Einfältigen!"

Muß ich noch mehr vorlesen? Kann Herr Franke jetzt noch bei seinen Behauptungen bleiben?

(Lachen bei der SPD — Zurufe von der SPD: Ja! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Herr Meurer, was sollte das, da war nicht die Rede von der Gesamtschule!)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kaltenstein.

Abg. Ursula **Kaltenstein** (SPD): Herr Präsident, meine Herren, meine Damen! Der Herr Senator Thape hat uns vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß es vielleicht ganz gut gewesen wäre, wenn wir uns die Protokolle unserer Schuldebatte im Januar noch einmal durchgesehen hätten. Ich glaube, dann hätten wir uns manches Wort hier heute ersparen können.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Dann kämen wir mit zwei Tagen Haushaltsberatungen aus!)

Eben!

Eines verstehe ich allerdings nicht! Weshalb man heute hier die Kombinate in Bremerhaven oder die additive Gesamtschule als eine Schule aus der Klamottenkiste bezeichnet, das ist mir völlig unbegreiflich. Denn diese Art Schulform ist eine ganz erhebliche Vorleistung auf die integrierte Gesamtschule, und das sollte man heute auf keinen Fall vergessen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Herr Franke hat das getan!)

Ich darf Sie vielleicht auch daran erinnern, daß diese Schulform in Bremerhaven gegen den ausdrücklichen und ganz erheblichen Widerstand der CDU durchgesetzt worden ist.

Dann möchte ich Sie weiter daran erinnern, daß Bremerhaven ja nicht nur bei dieser Schulform stehen geblieben ist, sondern daß wir jetzt mit dem Schulversuch auch einer integrierten Gesamtschule begonnen haben. Ich habe in der Januar-Debatte darauf hingewiesen und habe Sie darüber informiert. Außerdem kann man auch den Schulversuch an der Geschwister-Scholl-Schule — Gitterwerk — als eine weiter entwickelte Form der additiven Gesamtschule bezeichnen. Dies nur zu Ihrer Erinnerung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Senator Thape geben mir Veranlassung, einige Bemerkungen zu machen. Ich hatte soeben die Frage an den Herrn Kollegen Franke gerichtet in dem Bestreben — ich mache aus meinem Herzen durchaus keine Mördergrube —, seinen idealistischen, wie mir scheint, manchmal utopischen Schwung zurückzuführen auf die unangenehmen Bedürfnisse der heutigen Realitäten.

(Abg. Ströh [SPD]: Was ist denn das? — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist das Schulgrundstück!)

Ich hatte mich Ihrer Reden, Herr Kollege Franke, während der letzten Haushaltsberatungen entsonnen bei einer Beratung im Beirat des Ortsamtes Lesum. Wir haben die Bildungsverwaltung gebeten, uns Auskunft zu geben und erfahren müssen, daß aufgrund von Zahlen, die unbestreitbar sind, in den nächsten Jahren 55 Klassen für Realschulen und Gymnasien in Lesum neu gebaut werden müßten.

(Abg. Kähler [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich möchte eben meinen Auftritt hier zu erklären versuchen.

Präsident Engel: Darf ich Ihre Bereitwilligkeit zur Beantwortung einer Zwischenfrage des Abgeordneten Kähler schon vormerken?

Abg. **Klein** (CDU): Natürlich!

Präsident Engel: Würden Sie mir im geeigneten Moment ein Zeichen geben?

Abg. **Klein** (CDU): Jawohl!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Darauf würde ich mich nicht verlassen!)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Kähler, auch wenn ich Sie strapazieren muß, bleiben Sie bitte gleich am Mikrophon, es ist nur eine gewisse Verzögerung eingetreten.

Bitte, Herr Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Sehen Sie, als wir das nun erfuhren — diese Zahl hatten wir uns selbst nicht vorgestellt, weder die SPD-Fraktion noch die CDU-Fraktion im Beirat —,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Woher hatten Sie die Zahlen?)

haben wir die Frage gestellt, ob es denn nicht jetzt sinnvoll sei, einen Gesamtschulversuch zu unternehmen, und dazu diese nötigen Realschulklassen und Gymnasialklassen räumlich zusammenzuführen. Ich selbst habe mich für diesen Gedanken eingesetzt. Es wurde auch von der Verwaltung bestätigt, daß es wirtschaftlicher sei, diese beiden Schulzweige jetzt unter einem Dach zusammenzulegen. Das ist für mich ja als Mitglied der Finanzdeputation auch ein interessanter Gesichtspunkt.

Dann haben wir vom Beirat gesagt, gut, wir sind ja interessiert daran, daß das schnell in Angriff genommen wird, denn diese 55 Klassen müssen ja

gebaut werden. Schon 1970 werden die entsprechenden Schülerzahlen Relevanz haben. Wir wollen ein Grundstück aussuchen, das dann natürlich erworben werden muß. Wir brauchen dann aber Angaben, ob solch ein Grundstück oder solch ein Grundstück ausgesucht werden muß. Darauf haben wir die interessante Antwort bekommen: Das können wir nicht sagen, denn für eine solche Gesamtschulkonzeption fehlen uns die Grundlagen.

(Abg. Fischer [CDU]: Hört, hört!)

Das sage ich Ihnen in aller Nüchternheit mit dem strengen Versuch, mich jeglicher Polemik zu enthalten. Wir haben dann gemeinsam bedauert, daß die Bildungsverwaltung nicht in der Lage war, bei einem solchen Stand der Diskussion im Beirat uns eine wegweisende Antwort zu geben. Ich habe bedauert, Herr Kollege Franke, daß der Schwung, der hier von Ihnen ausgeht, wenn Sie über Gesamtschule sprechen, noch nicht bis in die Bildungsverwaltung hineingedrungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das wars!

Jetzt könnte Herr Kähler die Frage stellen.

Präsident Engel: Bitte, Herr Abgeordneter Kähler!

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Kollege Klein, bin ich richtig informiert, daß diese Sitzung im Beirat Lesum wegen der Problematik und wegen der Schwierigkeit mit Ihrer Zustimmung ausdrücklich für vertraulich erklärt wurde?

Abg. **Klein** (CDU): Ausdrücklich für vertraulich mit meiner Zustimmung ist nichts erklärt worden. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Fragen der Gesamtschulen in Bremen öffentliche Angelegenheiten sind,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl, das sind sie! — Beifall bei der CDU)

und daß wir 55 Klassen in Lesum haben müssen, ist auch kein Staatsgeheimnis. Das ist in anderen Ortsamtsbereichen und Ortsgebieten ähnlich. Wir müssen uns doch gemeinsam überlegen, wie wir diesen Notstand beseitigen und können uns doch dann nicht auf irgendeine formelle, von der Exekutive ausgewiesene Vertraulichkeit stützen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Kähler möchte eine weitere Frage stellen. Sind Sie bereit, diese zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Sehr gern, Herr Präsident.

Präsident Engel: Bitte, Herr Kähler!

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Kollege Klein, ich frage noch einmal ausdrücklich: Ist nicht wegen der Problematik diese Sitzung für vertraulich erklärt worden unter Ausschluß der Öffentlichkeit, um in Ruhe das Thema durchberaten zu können?

Abg. **Klein** (CDU): Wir können doch in einer nichtöffentlichen Sitzung in Ruhe beraten, ohne daß es dann heißt, später darf darüber nicht gesprochen werden.

(Abg. Koschek [CDU]: Das meine ich auch!)

Die Tatsache der Nichtöffentlichkeit dient der Sachdienlichkeit der Debatte und keineswegs der Vertraulichkeit. Von Vertraulichkeit ist nicht die Rede gewesen.

(Abg. Kähler [SPD]: Doch!)

Sie verwechseln Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit. Selbst wenn es vertraulich wäre, Herr Kollege, selbst dann würde ich nicht anstehen, hier in dieser Versammlung diese wichtigen Fakten und auch öffentlich feststellbaren Fakten wegen des öffentlichen Interesses öffentlich zu debattieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ob öffentlich oder nicht, das, was Herr Klein hier dargestellt hat, zumindest in der Art, wie er es dargestellt hat, ich sage es ganz eindeutig: das stimmt nicht! Es stimmt nicht, daß wir keine Konzeption haben für einen Gesamtschulversuch. Es stimmt nicht, daß die Grundlagen bei uns nicht erarbeitet worden sind.

Wenn Sie das auf Bremen-Nord beziehen, ist das etwas ganz anderes. Ihre Polemik muß ich hier aber auffassen als eine Feststellung, daß die Schulverwaltung insgesamt für das Stadtgebiet keine Konzeption hätte. Das stimmt nicht. Sie wissen, daß wir im Bremer Westen einen solchen Versuch vorbereiten. Sie wissen, daß ein ähnlicher Versuch vorbereitet wird in Osterholz. Ich habe einige Mühe, diese Termine, die verhältnismäßig kurz aufeinander folgen, gerade Ihren Vertretern deutlich zu machen. Ich muß mich verteidigen, daß wir so schnell hintereinander diese Versuche folgen lassen. Das sei zunächst einmal festgestellt.

Es ist völlig unmöglich, Gesamtschulkonzeptionen zu entwickeln unter dem Gesichtspunkt der Bewältigung quantitativer Probleme, das lehne ich ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde keine Gesamtschule errichten, um damit quantitative Probleme zu lösen.

(Abg. Klein [CDU]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Das haben Sie gesagt! Weil die Not in Bremen-

Nord so groß ist, deshalb haben Sie sich für einen Gesamtschulversuch eingesetzt.

(Abg. Ströh [SPD]: Natürlich haben Sie das gesagt!)

Das ist völlig ausgeschlossen, auf dieser Basis Gesamtschulversuche duchzuführen. Wir würden zu völlig falschen Ergebnissen kommen und hätten keinerlei Möglichkeit, diese Versuche tatsächlich auf andere Stadtteile zu übertragen. Das ist aber eine Notwendigkeit für einen solchen Versuch. Gerade mit aus diesem Grunde — nicht allein aus diesem Grunde — gehen wir in die Lissaer Straße in den Bremer Westen nach Walle beziehungsweise nach Gröpelingen, um hier frei von quantitativen Problemen uns mit Gesamtschulversuchen beschäftigen zu können.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Senator Thape: Natürlich!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen entgangen, daß Herr Klein, wohl wissend, daß Gesamtschulen teurer werden als die normalen Schulen, die bisher existieren, betont hat, daß er als Finanzmann ein Interesse an diesem Versuch hätte — als Mitglied der Finanzdeputation —, und sich dennoch für diesen Schulversuch ausgesprochen hat?

Senator Thape: Wenn Herr Klein es so gemeint hat, wie Sie es gesagt haben, Herr Dr. Sieling, dann irrt er wie Sie. Es ist nicht wahr, daß Gesamtschulen teurer werden als andere Schulen. Die werden natürlich in der Anlage teurer, sie nehmen aber auch mehr Kinder auf, und wenn die Gesamtschule voll errichtet ist, wird sie in ihrem Ablauf, in ihren Möglichkeiten nicht teurer als andere Schulen, im Gegenteil — das kann ich allerdings jetzt nicht von mir aus sagen, aber es wird behauptet —, sie werden sogar billiger. Auf jeden Fall nicht teurer!

Ich muß eindeutig feststellen, daß Herr Klein zunächst einmal errechnet hat, wieviel Klassenräume in Bremen-Nord fehlen. Kein Mensch bestreitet das, daß wir dort in erheblichem Druck sind. Das gilt aber nicht nur für Bremen-Nord. Nach dieser Berechnung hat er festgestellt, daß sogar er sich für einen Gesamtschulversuch eingesetzt hätte. Damit möchte er quantitative Probleme über die Gesamtschule lösen, und das geht nicht. Wir müssen einen Gesamtschulversuch frei halten von dem Wunsch, damit gleichzeitig schneller über quantitative Probleme hinwegzukommen. Sonst ist dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das ist die unterschiedliche Auffassung zwischen uns.

Wenn Sie meinen, Herr Klein — ich sage das noch einmal in aller Deutlichkeit —, die Schulverwaltung hätte keine Konzeption, dann sage ich, wir haben eine. Es stimmt nicht, was Sie sagen. Wenn Sie feststellen, daß wir in Bremen-Nord keine Grundstücke haben für eine Gesamtschule, dann stimmt das. Das ist aber etwas ganz anderes. Sie können doch nicht die Problematik eines Stadtteiles übertragen auf das gesamte Stadtgebiet. Wir haben an verschiedenen Stellen Probleme mit Schulgrundstücken. Wir sind an verschiedenen Stellen gezwungen, provisorisch etwas zu tun oder eine andere Konzeption vorzutragen, weil es zum Teil Jahre dauert, bis wir die entsprechenden Grundstücke bekommen und weil wir gerade unter diesem quantitativen Problemen stehen. Es wäre ganz nett, Herr Klein, wenn Sie zuhören würden, ich spreche nämlich eigentlich nur für Sie,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Er denkt über seine Rehabilitierung nach! — Abg. Fischer [CDU]: Angesichts dieser Ausführungen haben wir das gar nicht nötig!)

um zu verhindern, daß wir weiterhin aneinander vorbeireden. Ich glaube, das sollte unter Umständen auch einmal der Sinn einer solchen Debatte sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Wir treten in eine Kaffeepause ein. Die Sitzung wird um 16.45 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung 16.16 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 16.45 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in der Aussprache fort.

Das Wort hat der Abgeordnete John.

(Abg. Oltmanns [FDP]: Herr John zieht zurück!)

Danke schön, zieht zurück!

Als nächster spricht der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

(Zuruf von der SPD: Zieht zurück!)

Zieht zurück!

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Landwehr. — Ist nicht anwesend. Damit ist die Wortmeldung hinfällig.

Nunmehr hat das Wort der Abgeordnete Klein. — Nicht anwesend, die Wortmeldung ist hinfällig.

Das Wort hat der Abgeordnete Oltmanns, und zwar zu einem neuen Bereich.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Grundsatzdebatte über Bildungsfragen nicht unnütz ausweiten und mich daher kurz fassen.

(Abg. Eilers [SPD]: Ein löbliches Vorhaben!)

Doch ein Punkt innerhalb dieses Einzelabschnittes ist meiner Meinung nach noch sehr wichtig, um wenigstens angesprochen zu werden, nämlich die Frage der Fachoberschule.

Bekanntlich wird diese Schulart im kommenden Jahr neu eingeführt. Der erfolgreiche Abschluß einer Fachoberschule wird Voraussetzung sein für die Aufnahme in die Fachhochschule. Wer in die Fachoberschule eintreten will, muß die mittlere Reife nachweisen, entweder Versetzung in die Klasse 11 des Gymnasiums oder Realschulabschluß beziehungsweise Handelsschule oder Berufsaufbauschule. Dann beginnt die Klasse 11 der Fachoberschule, die sich vier Tage in der Woche mit der Praxis beschäftigt und nur zweit Tage mit Theorie, und die Klasse 12 wird nur Theorie durchführen. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die schwierige Frage, welche Unternehmer bereit sind, für die Schüler der Klasse 11 diese drei bis vier Tage Praxis durchzuführen, also Praktikanten aufzunehmen.

Ich wäre sehr dankbar, wenn Herr Senator Thape hierüber Auskunft geben könnte.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oltmanns ist meiner Meinung nach ein bißchen voreilig gewesen. Sie wissen, daß wir nach dem Schulgesetz noch gar keine Fachoberschule haben und deshalb zu diesem Zeitpunkt noch nicht darüber diskutieren sollten. Aber Sie wissen natürlich auch, daß einige Anträge, die die Fachoberschule betreffen, dem Hause vorliegen. Ich würde deshalb empfehlen, Herr Kollege Oltmanns, daß wir Probleme, die mit der Fachoberschule verbunden sind, dann behandeln, wenn wir die entsprechenden Anträge beraten.

(Abg. Erbel [CDU]: Sehr gut!)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Gesamtaussprache über den Einzelplan 02 beendet.

Wir kommen nun zur

Einzelberatung.

0201/251 Deutsches Schiffahrtsmuseum Bremerhaven

Ich rufe auf den

Änderungsantrag Nr. 290:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/251 (neuer Haushaltstitel) Bildungswesen / Allgemeine Bewilligungen / Bundeszuschuß zum Bau des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven

1. Für das Haushaltsjahr 1970 wird der obengenannte neue Haushaltstitel als Leertitel eingefügt.
2. Für das Haushaltsjahr 1971 wird der obengenannte neue Haushaltstitel als Leertitel eingefügt.
3. In die Haushaltsvermerke ist aufzunehmen:
„Zu 251 (neuer Haushaltstitel) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 985 (neuer Haushaltstitel)."

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Soll der Antrag begründet werden? — Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Pöting.

Abg. **Pöting** (SPD): Herr Präsident, ich darf bitten, gleich dazu zu nehmen den Änderungsantrag Nr. 299, weil es sich um das gleiche Projekt handelt.

Präsident Engel: Wenn das Haus einverstanden ist, können wir beide Anträge in einem Zuge behandeln. — Ich höre keinen Widerspruch.

Änderungsantrag Nr. 299:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/985 (neuer Haushaltstitel) Bildungswesen / Allgemeine Bewilligungen / An Bremerhaven für Neubau Deutsches Schiffahrtsmuseum

1. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird ein Betrag von 400 000 DM eingesetzt.
2. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird ein Betrag von 400 000 DM eingesetzt.
3. In die Haushaltsvermerke ist aufzunehmen:
„Zu 985 (neuer Haushaltstitel) Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 251 (neuer Haushaltstitel) geleistet werden."
4. In die Erläuterungen ist aufzunehmen:
„Zu 985 (neuer Haushaltstitel) Gesamtkosten etwa 12 644 900 DM. Die Finanzierung und Kostenaufteilung ist wie folgt vorgesehen: (s. S. 1899)
Der im Rechnungsjahr 1972 an die Stadtgemeinde Bremerhaven abzuführende Betrag wird aus Haushaltsmitteln teilweise vorfinanziert. Die Rückzahlung an den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen leistet der Senator für das Bildungswesen in den Rechnungsjahren

1973	400 000 DM
1974	400 000 DM
1975	107 483 DM
zusammen	907 483 DM"

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Tabelle zum Änderungsantrag Nr. 299:

	1970 DM	1971 DM	1972 DM	Gesamt DM	Anteil
Bund	3 600 000	2 722 450	—	6 322 450	1/2
Freie Hansestadt Bremen +)	900 000	400 000	807 484	2 107 484	1/6
Stadtgemeinde Bremen ++) (Abgabeanteil aus Wetten)	400 000	400 000	1 307 483	2 107 483	1/6
Stadtgemeinde Bremerhaven	400 000	400 000	1 307 483	2 107 483	1/6
Zusammen	5 300 000	3 922 450	3 422 450	12 644 900	1/1

+) 1970: Davon 500 000 DM Sachleistung

++) Der anteilige Betrag der Stadtgemeinde Bremen wird aus dem Abgabeanteil aus Wetten, der von der Deputation für Kunst und Wissenschaft bewirtschaftet wird, geleistet.

Abg. **Pöting** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Diese von den Fraktionen der SPD, FDP und CDU eingebrachten Änderungsanträge beinhalten die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Bereitstellung der Mittel für den Neubau des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven. Es handelt sich hierbei zunächst um den Änderungsantrag Nummer 290, der sich als Einnahmetitel mit dem Bundeszuschuß zum Bau des Deutschen Schiffahrtsmuseums befaßt. Wesentlich, meine ich, ist der Änderungsantrag Nummer 299, der die Finanzierung und Kostenaufteilung für den Bau dieses Museums vorsieht. Ich darf daher zu diesem Antrag sprechen.

Die Baukosten für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven werden sich auf zirka 12,6 Millionen DM belaufen.

(Abg. Götze [SPD]: Hört, hört!)

Hiervon wird der Bund 50 Prozent der Kosten, also 6,3 Millionen DM, übernehmen, während die drei Gebietskörperschaften des Landes Bremen — das Land Bremen, die Stadt Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven — je ein Sechstel, das sind rund 2,1 Millionen DM, übernehmen werden. Da die beteiligten Bundesministerien, der Deutsche Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein wissenschaftliches Forschungsmuseum anerkennen, war der Bund bereit, für das Deutsche Schiffahrtsmuseum 50 Prozent der Baukosten zu übernehmen. Die Höhe dieses Zuschusses entspricht dem Rahmen der Förderung von Universitätsbauten. Vordringliche Forschungsobjekte des Deutschen Schiffahrtsmuseums werden die wissenschaftliche Auswertung der „Bremer Kogge" sowie die Entwicklung der deutschen Seekartographie sein. Des weiteren wird sich dieses Museum noch mit der Sammlung und Sicherung wissenschaftlicher Quellen und wichtigen Materials der Forschung der Schiffahrt, des Schiffbaus und der Schiffsarchitektur zu befassen haben.

Das Land selbst bringt für das Jahr 1970 einen Betrag von 900 000 DM ein, der sich aus einer Sachleistung in Höhe von 500 000 DM und aus einem Barbetrag von 400 000 DM zusammensetzt. Als Sachleistung ist hier zu vermerken, daß es sich um das im Besitz des Landes Bremen befindliche Grundstück handelt. Um das Bauvorhaben 1972 abschließen zu können, bestreitet die Stadt Bremen ihren Anteil aus den Wettmitteln. Diese Wettmittel waren auch vorgesehen für den Bau des Kogge-Hauses. Für das Jahr 1972 ist in diesem Finanzierungsplan für die Stadtgemeinde Bremen ein Betrag von 1 300 000 DM rund ausgewiesen worden. Hierin enthalten sind 400 000 DM aus Wettmitteln, während der Betrag von zirka 900 000 DM aus Haushaltsmitteln vorzufinanzieren sein wird, die in den Jahren 1973 bis 1975 aus Wettmitteln wieder zurückzuzahlen wären

Neben München, Nürnberg und Mainz erhält nunmehr Bremerhaven mit finanzieller Unterstützung des Bundes ein großes überregionales Museum, welches im Zentrum der Stadt neben dem Radarturm und zwischen der „Seuten Deern", dem Feuerschiff Elbe III und dem Weserdeich seinen Platz finden wird. Das von Professor Scharoun entwikkelte und entworfene Modell des Museums ist bereits in Bremerhaven wiederholt zur Ausstellung gelangt und auch öffentlich in den Zeitungen publiziert worden. Es wird meiner persönlichen Meinung nach ein kultureller und wissenschaftlicher Mittelpunkt unseres Landes werden, wobei noch in besonderem Maße zu vermerken sei, daß alle drei Gebietskörperschaften des Landes, nämlich das Land Bremen, die Stadt Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven ihren Anteil hieran haben.

Ich darf Sie daher bitten, diesen Änderungsanträgen Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf eines Bremerhavener SPD-Abgeordneten)

Bitte?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Herr Präsident, das war wieder ein vorlauter Bremerhavener!)

Eine solche Redewendung zu gebrauchen, Herr Böhrnsen, hätte ich nicht gewagt.

(Heiterkeit)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zuerst über den Änderungsantrag Nummer 290.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wer dem Änderungsantrag Nummer 299, der auch von dem Kollegen Pönitz mit begründet wurde, zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch diesem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

0201/681 Stipendien

Ich rufe nun auf den Änderungsantrag Nummer 291.

Zu diesem Änderungsantrag darf ich mir folgende Anmerkung erlauben: Die Änderungsanträge 291, 292, 293, 294 und 295 betreffen alle das gleiche Gebiet. Ich erlaube mir den Vorschlag zu machen, diese Änderungsanträge im Zusammenhang zu erledigen. — Das Haus erhebt keine Einwendungen.

Zur Begründung dieser Änderungsanträge hat der Abgeordnete Ströh das Wort.

Änderungsantrag Nr. 291:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/681 56-1 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Stipendien — Pädagogische Hochschule

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 795 000 DM um 160 000 DM auf 955 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 795 000 DM um 185 000 DM auf 980 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 292:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/681 57-0 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Stipendien — Staatliche Kunstschule —

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 125 000 DM um 125 000 DM auf 250 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 125 000 DM um 125 000 DM auf 250 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 293:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/681 58-8 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Stipendien — Ingenieurakademie —

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 1 420 000 DM um 300 000 DM auf 1 720 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 1 420 000 DM um 350 000 DM auf 1 770 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 294:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/681 59-6 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Stipendien — Sozialakademie

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 360 000 DM um 95 000 DM auf 265 000 DM vermindert.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 360 000 DM um 70 000 DM auf 290 000 DM vermindert.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 295:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/681 60-0 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Stipendien — Wirtschaftsakademie —

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 395 000 DM um 70 000 DM auf 465 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 395 000 DM um 80 000 DM auf 475 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Abg. **Ströh** (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident, daß Sie mir eine Frage abgenommen hatten. Ich wollte nämlich den gleichen Vorschlag machen, den Sie dem Hause schon gemacht haben.

Präsident Engel: Ich habe auch mal einen klugen Gedanken.

(Heiterkeit und Beifall)

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von mir und auch von dem Herrn Präsidenten bezeichneten Änderungsanträge 291 bis 295 werden sicherlich, nachdem sie von den drei Fraktionen des Hauses — SPD, CDU und FDP — unterschrieben worden sind, auch die Zustim-

mung des gesamten Hauses finden. Die Anträge, meine Damen und Herren, zielen nämlich darauf ab, den Studenten an der Pädagogischen Hochschule sowohl wie auch an den übrigen Akademien höhere Stipendien zu gewähren, und zwar den Studenten, bei denen die eigenen finanziellen Voraussetzungen allein nicht ausreichen, um das Studium aus eigenem Vermögen zu finanzieren.

Hier möchte ich allerdings ein Wort einflechten. Bremen ist das erste Land, das damit begonnen hat, für die Studenten der Akademien die Stipendien nach Honnef zu berechnen. Es hat damit ein Beispiel für andere Länder gegeben. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Bestimmungen, die nicht nur die Höhe des Stipendiums betreffen, sondern auch die Anspruchsvoraussetzungen reformbedürftig sind. Ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, daß diese Bestimmungen viele Härtefälle nicht erfassen. Das führt vielfach dazu, daß manche bildungswilligen und bildungsfähigen jungen Leute nicht in der Lage sind, das geplante Studium aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich darf im einzelnen darauf hinweisen, daß der Senator für das Bildungswesen mit Zustimmung sowohl der Deputation für die allgemeinbildenden Schulen als auch der Deputation für die Berufs- und Fachschulen immer wieder versucht hat, die Stipendien auf eine Höhe zu bringen, die auch wirklich als angemessen gelten kann, die wirklich auch den Studenten einen großen Teil ihrer wirtschaftlichen Sorgen abnimmt. Das ist endlich gelungen, so daß wir jetzt davon ausgehen können, daß der Höchstbetrag für die Stipendien an den Akademien 350 DM beträgt.

Hier einige in diesem Zusammenhang interessante Zahlen, meine Damen und Herren: Bremen hat im Jahr 1967 etwa 2,7 Millionen DM an Stipendien gezahlt, 1968 rund 2,9 Millionen DM, und 1969 sind es 3,1 Millionen DM gewesen. Mit unseren Bewilligungen, die wir hier hoffentlich heute beschließen werden, wird das Stipendienkonto auf 3,8 Millionen DM anwachsen.

Ich meine, das sollte man auch einmal erwähnen, denn diese Summen sind ja eingesetzt, die von uns angestrebte Bildungsreform voranzutreiben. Wir wollen den bildungsfähigen und bildungswilligen jungen Menschen die Möglichkeit geben, von den von Bremen angebotenen Bildungseinrichtungen rege Gebrauch zu machen.

Auf eins möchte ich noch hinweisen: Ganz treffen meine Ausführungen, die ich zu den Änderungsanträgen 291, 293 und 295 gesagt habe, zu dem Änderungsantrag 292 nicht zu. Denn Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die ehemalige Staatliche Kunstschule nunmehr auch in den Rang der Akademie erhoben worden ist. Hier ist der Stipendienbetrag nicht von 320 DM, sondern von dem bisher für Fachschulen gezahlten Stipendienhöchstbetrag von 180 DM auf 350 DM erhöht worden. Das bedeutet für diejenigen, die an der jetzigen Akademie für Gestaltung studieren, eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daher bitten, diesen Änderungsanträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.
Ich rufe zuerst auf den Änderungsantrag Nummer 291.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Änderungsantrag Nummer 292.

Wer auch hier zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt zu.

(Einstimmig)

Änderungsantrag Nummer 293.

Ich darf das Stehenbleiben als Zustimmung werten. — Damit ist auch dieser Antrag von der Bürgerschaft (Landtag) angenommen.

(Einstimmig)

Für den Änderungsantrag Nummer 294 gilt das gleiche. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt zu.

(Einstimmig)

Änderungsantrag Nummer 295. — Ebenfalls Zustimmung durch die Bürgerschaft (Landtag).

(Einstimmig)

0201/685 Zuschüsse an Privatschulen

Wir kommen dann zum

Änderungsantrag Nr. 296:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/685 56-7 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Zuschüsse an Privatschulen nach dem Privatschulgesetz

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 1 448 600 DM um 797 620 DM auf 2 246 220 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 1 567 400 DM um 839 140 DM auf 2 406 540 DM erhöht.
3. Die Beträge in den Erläuterungen sind entsprechend zu ändern.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Horst Werner Franke das Wort.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt im Land Bremen eine Reihe von Privatschulen, die von der Verfassung her aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen sind. Dazu zählen die katholischen Privatschulen, dazu zählt die Freie Waldorf-Schule, dazu zählt der Schulschiffverein Deutschland. Diese Privatschulen sind in der Vergangenheit schon aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden. Nun wissen Sie alle, daß wir hier in diesem Haus übereingekommen sind, diese Mittel für die Förderung dieser Privatschulen zu erhöhen. Der alte Satz von bislang 50 Prozent war sicherlich ein Satz, der für diese Schulen auf die Dauer unzumutbare Härten und Belastungen mit sich brachte. Denn wenn wir von unserer Verfassung und vom Grundgesetz her dazu verpflichtet sind, Privatschulen nicht nur zu dulden, sondern Privatschulen als einen integrierten Bestandteil unseres Gesamtbildungswesens zu akzeptieren, dann erwächst daraus auch die Verpflichtung, diesen Privatschulen eine materielle Grundlage, die zu ihrer Existenz ausreichend ist, zukommen zu lassen.

Wenn man sich die Situation in Bremen in den einzelnen Privatschulen anschaut, so meine ich, haben sie sicherlich die Erhöhung verdient, denn diese Schulen bemühen sich, nicht nur irgend einen kleinen — wie soll ich sagen — luxuriösen Verein unter Ausschluß der Öffentlichkeit darzustellen, sondern diese Schulen bemühen sich, in einem echten Konkurrenzverhältnis im Bremer Schulwesen an der Weiterentwicklung von Bildungskonzeptionen mitzuarbeiten. Ich denke hier beispielsweise an die Waldorf-Schule die eminente Anstöße für den Bildungsbereich gibt. Aber, Herr Kollege Meurer, ich weiß, daß es falsch wäre, dies nur auf die Waldorf-Schule zu beschränken.

(Abg. Meurer [CDU]: Danke schön!)

Aus diesen Gründen hat sich zum Beispiel die SPD-Fraktion entschlossen, der Aufstockung der Mittel hier im Haushalt ihre Zustimmung zu geben, um jenen Minderheitenschutz — um einen solchen handelt es sich — im Bildungswesen auch wirklich effektiv zu garantieren. Nun möchte ich allerdings als Sozialdemokrat diese effektive Garantie eines Minderheitenschutzes im pädagogischen Bereich doch mit einem Zusatz verbinden. Ich möchte nämlich nicht, daß falsche Schlüsse abgeleitet werden, wenn wir jetzt diesem Antrag zustimmen und wenn wir dann, was ja unter uns eine vereinbarte Sache ist, der Änderung des Privatschulgesetzes zustimmen, denn nur mit dieser Änderung werden ja dann diese Mittel verwendbar sein. Es ist also beides miteinander verbunden. Wenn wir also diesen beiden Dingen unsere Zustimmung geben werden, so soll bitte nicht daraus geschlossen werden, daß die Sozialdemokratie die Privatschulen als einen Bereich ansieht, der sich auf Kosten des allgemeinen öffentlichen Schulwesens ausbreiten und in einem solchen Maße entwickeln sollte, daß wir in immer größerem Maße die Voraussetzungen dafür liefern müssen, Privatschulen zu errichten.

Wir sind als Sozialdemokraten der Überzeugung, daß das öffentliche Schulwesen, wie wir es hier im Land Bremen formen und prägen, für unsere pluralistische Gesellschaft, für die moderne demokratische Leistungsgesellschaft das einzig gemäße Schulwesen ist. Wir sind der Überzeugung, daß, so wertvolle Impulse aus Privatschulen kommen können, letztlich im Konkurrenzverhältnis sich der Gedanke des öffentlichen allgemeinen Schulwesens als der stärkere erweisen wird. Wir möchten aber dieses Konkurrenzverhältnis bejahen, und wir halten es für einen unfairen Trick, jene Minderheit mit materiellen Knebelungen gering zu halten. Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß, wenn eine Minderheit es wünscht, wir ihr das Angebot von der Verfassung her auch geben sollen, daß wir aber durch die progressive Entwicklung unseres eigenen Schulwesens erleben werden, daß mehr und mehr alle Eltern die Entscheidung fällen werden: nicht die Privatschule, sondern die öffentliche allgemeine Schule ist es, die meinem Kinde entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 296 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Dafür CDU, FDP, NPD und teilweise SDP — Zuruf von der SPD: Die Gegenprobe bitte!)

Es wird die Gegenprobe gewünscht. — Bitte! Stimmenthaltungen?

(6 Stimmenthaltungen bei der SPD)

0201/685 Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge

Wir kommen zum

Änderungsantrag Nr. 297:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/685 69-9 Bildungswesen/Allgemeine Bewilligungen/Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 50 000 DM um 10 000 DM auf 60 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 50 000 DM um 10 000 DM auf 60 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Sagner.

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsstelle, die gerade erwähnt worden ist, weist als Titel aus „Bildungswesen, Allgemeine Bewilligungen zur Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge". Vor Jahren schon habe ich hier an

dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diese Bezeichnung manchmal vielleicht irreführend sein könnte, denn hier wird ausgewiesen eine Landeshaushaltsstelle entsprechend einem Bundesgesetz, und das Bundesgesetz, das uns diese Verpflichtung im Land aufgibt, betitelt das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz im § 96 „Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung wissenschaftlicher Forschung."

Ich möchte das hier nur noch einmal wieder mit klarstellen, weil gelegentlich in der Diskussion herausgestellt wird, daß hier eine Haushaltsstelle in unserem Landeshaushalt steht, in der ausgewiesen werden soll eine besondere Förderung der Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen im Land Bremen. Dem ist nicht so, sondern hier geht es ausschließlich und einschließlich um eine Aufgabe, die wir im Land Bremen aus einer Bundesgesetzgebung heraus zu erfüllen haben und die in anderen Ländern ebenfalls mit einer eigenen Haushaltsstelle wahrgenommen wird.

In den vergangenen Jahren hat die Verwaltung diese Haushaltsstelle wiederholt ausgewiesen und aufgestellt in der Höhe von 60 000 DM, und auch für den Haushaltsplan in diesem Jahr hat die Verwaltung diese Höherstufung ausgewiesen. In den Haushaltsberatungen der Finanzdeputation und des Haushaltsausschusses sind die 10 000 DM wieder gestrichen worden. Sicher nicht von der Sache her gesehen, sondern aus den Überlegungen des Rotstifts im Haushalt, und ich glaube, wir sollten hier der Verwaltung folgen und die notwendigen Erhöhungen entsprechend in unseren Haushaltsberatungen zur Kenntnis nehmen und dem Antrag der CDU, meine Damen und Herren, Folge leisten, weil es hier tatsächlich um eine allgemeine Angelegenheit geht.

Ich brauche zur Sache selber nicht sehr viel sagen. Ich möchte nur meine Freunde von der SPD darauf hinweisen, nachdem hier schon von anderer Seite aus der Bundeskanzler zitiert worden ist, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gesagt hat — Herr Präsident, ich darf zitieren —: „Die Regierung wird weiter alle vernünftigen Bestrebungen fördern, die der Erhaltung und Entfaltung der kulturellen Leistungen und Werte Ostdeutschlands dienen." Und da diese Haushaltsstelle im Bereich des Bildungssenators liegt, der ja auch in einer persönlichen Situation in dem politischen Bereich unseres Bundeskanzlers mit steht, glaube ich, brauche ich hier nicht mehr betonen, daß die Aufgaben unter dieser Haushaltsstelle „einer vernünftigen Bestrebung entsprechend zu fördern sind."

Ich bitte Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion ist nicht der Meinung, daß dieser Haushaltstitel um 10 000 DM angehoben werden müßte, weil sich in der Vergangenheit zwar ein Wunsch der Verwaltung ergeben hat, eine Erhöhung vorzunehmen. Das haben wir auf anderen Gebieten auch. Wir sind der Meinung, mit den 50 000 DM kann im wesentlichen das bestritten werden, was mit diesen Geldern beabsichtigt ist, und die FDP-Fraktion wird deshalb diesen Antrag ablehnen.

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Wolff.

Abg. **Wolff** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen des Jahres 1968 lag dieser Änderungsantrag, der eine Erhöhung des Betrags für die Förderung der kulturellen Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge vorsah, schon einmal vor. Der heutige Änderungsantrag der CDU sieht für die Anschläge für die Jahre 1970 und 1971 eine Erhöhung um 10 000 DM vor. Bei der Ausgabefreudigkeit, die zur Zeit in diesem Hause herrscht,

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

bin ich sicher,

(Abg. Eilers [SPD]: Ich bin nicht sicher!)

daß Sie dieser Forderung Ihre Zustimmung geben werden.

Meine Damen und Herren, es wurde mir in der letzten Haushaltsdebatte vorgeworfen — das möchte ich Ihnen gern sagen —,

(Zuruf von der SPD: Wem?)

ich wolle das Schicksal, das alle Flüchtlinge betroffen hat, konservieren und lehne eine Integration der Vertriebenen in ihre neue Heimat ab. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe mich nirgendwo in der Welt so wohl gefühlt als in meiner neuen Heimatstadt Bremerhaven. Das enthebt mich jedoch nicht der Verpflichtung, für die Förderung der kulturellen Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge einzutreten. Gewiß ist die Unterstützung der Verbände und der Landsmannschaften in erster Linie eine gesamtdeutsche Aufgabe. Darüber hinaus hindert es aber die Länder nicht, auch das ihrige zur Erhaltung des Kulturgutes der von den ehemaligen Feindstaaten widerrechtlich besetzten Gebiete zu tun.

Meine Damen und Herren, denken Sie bitte bei Ihrer Entscheidung daran, daß die Verantwortung für die Erhaltung der Kulturwerte nur noch auf wenigen Schultern ruht. Es muß deshalb Aufgabe unserer Gesellschaft sein, das Wissen um die kulturellen Güter der verlorenen Ostprovinzen, wobei das sudetendeutsche Gebiet selbstverständlich einbegriffen ist, der Jugend unseres Volkes zu vermitteln. Dieser verpflichtenden Aufgabe wird meine Fraktion sich nicht entziehen und dem vorliegenden Änderungsantrag ihre Zustimmung geben. — Danke schön!

(Beifall bei NPD und CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte mich zur Sache nicht äußern, das Haus mag darüber abstimmen. Ich möchte hier nur Legendenbildungen vorbeugen. Herr Sagner, es gibt kein Protokoll, in dem steht, daß der Haushaltsausschuß diese Aufstockung um 10 000 DM abgelehnt hat. Ich möchte das hier feststellen. Ich bitte Sie wirklich, wenn Sie hier Anträge begründen, sie aus der Sache heraus zu begründen, aber nicht mit einer Polemik.

(Abg. Sagner [CDU]: Danke schön!)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 297 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD)

Der Änderungsantrag Nummer 298 wurde zurückgezogen, da er sich mit dem bereits behandelten Änderungsantrag Nummer 299 deckte.

201/722 Erweiterungsbau der Ingenieurakademie

Wir kommen dann zum

Änderungsantrag Nr. 300:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0201/722 32-7 Bildungswesen/Ingenieurakademie/ Erweiterungsbau der Ingenieurakademie V. Bauabschnitt

1. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird ein Betrag von 5 000 000 DM eingesetzt.
2. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird ein Betrag von 7 500 000 DM eingesetzt.

Brouwer und NPD-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Hustedt.

Abg. **Hustedt** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Problem scheint dem Hause sattsam bekannt zu sein. Herr John hat es schon angesprochen, Herr Böhrnsen, glaube ich, auch, und auch unser Herr Vorsatz. Wir hatten mit einigen Herren vor etwa einem Jahr Gelegenheit, uns mit dem Problem der Ingenieurstudenten an der Ingenieurakademie zu beschäftigen.

(Abg. Ströh [SPD]: Bitte etwas lauter!)

Ich danke Ihnen! Im übrigen spreche ich zum erstenmal in diesem Hause, und ich bitte Sie, nehmen Sie etwas Rücksicht darauf.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das tun wir auch! — Abg. John [FDP]: Bei Jungfernreden immer!)

Ja, Sie haben Verständnis dafür, Herr John!

Dieses Problem ist uns also allen bekannt, und wir konnten uns davon überzeugen, in welch engen und unsachgemäß ausgerüsteten Räumen unterrichtet wird. Ein Berufsverband im Bauwesen nahm dies auch zum Anlaß, uns auf diese Probleme hinzuweisen, denn diese Leute sind auf Abgänger dieser Schule angewiesen, die dann in ihren Firmen oder Betrieben zu arbeiten haben. Scheinbar haben diese Leute schon lange erkannt, daß es sich hier um ungenügend praktisch ausgebildete Studenten handelt. Von der Theorie war weniger die Rede. Aber im Bauwesen kommt es in der Hauptsache ja auf die Praxis an.

Ich selbst bin lange genug im bremischen Bauwesen tätig, um erkannt zu haben, wo es bei diesen jungen Ingenieuren mangelt. Ich bin daher der Meinung, da die Firmen sehr viel Geld zu verbauen haben, auch in Zukunft, und gerade in der Zukunft, die Ingenieurstudenten praxisnah ausgebildet werden müssen, was sich in diesen alten Räumen der Ingenieurakademie nicht ermöglichen läßt.

Zum anderen muß der alte Trakt, in dem die Hoch- und Tiefbauingenieure jetzt untergebracht sind, freigemacht und umgebaut werden, um für die Sparten Maschinenbau, Schiffbau, Elektronik, Elektrotechnik freigemacht zu werden.

Wir von der NPD-Fraktion sind also der Meinung, daß der Bau dieses Hoch- und Ingenieurbautraktes Vorrang haben muß vor dem Bau des Bauhofs, denn auch unser neuer Bausenator ist auf einen Großteil dieser Abgänger angewiesen, und er wird sich sicherlich freuen, wenn er in Zukunft besser ausgebildete Fachleute in seinem Ressort hat, so daß Planungsfehler und so weiter in Zukunft nicht mehr so oft vorkommen, denn das kostet unter Umständen mehr Geld als der Bau dieser Schule. Wir wissen von Baumängeln. Unlängst gab es darüber eine Fernsehsendung, worin das Problem angesprochen wurde. Es liegt nämlich nur in der Praxis, ob zuviel Zement oder zuwenig verwandt wird. Das kann man in der Theorie so gut nicht machen. Auch Konstruktionen, die diese Leute durchführen, an Modellen arbeiten und so weiter, sind in der alten Schule nicht zu machen.

Ich möchte meine Ausführungen nicht zu lang ausdehnen. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Über die Mittel, die dafür benötigt werden, wird bei einem anderen Änderungsantrag von uns noch gesprochen werden, es handelt sich also um Freimachung von Mitteln am Bauhof. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei NPD und CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Erbel.

Abg. **Erbel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Senator für die Finanzen hat gestern gesagt, Bremen ist jetzt ein Land, das nimmt und nicht mehr gibt oder so ähnlich. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses sagte gestern den Satz: Wir dürfen von jetzt an nie mehr vergessen, daß wir praktisch mit dem Aufbau der Universität beginnen. Wenn ich das nun zusammenbringe, dann wird mir natürlich etwas angst und bange um die Dinge, die noch getan werden müssen, und zwar vor allen Dingen in dem Bereich, zu dem hier der Antrag vorliegt, wo uns die Studentenschaft und die Dozenten der Ingenieurakademie angeschrieben haben, wie dieses noch späterhin verkraftet werden soll, ob die Mittel dann nicht zu sehr in diese neue Einrichtung Universität gehen und wer dann in diesem Bereich die Leidtragenden sind. — Ich hoffe es nicht!

Ich habe in den zehn Jahren, in denen ich der Bürgerschaft angehöre, zwei- oder dreimal versucht, die Ingenieurakademie — damals hieß sie ja noch Fachschule — in den Etat des Landes zu überführen. Das ist mir nie gelungen. Ich weiß noch sehr gut, daß der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Boljahn, mir sagte, wovon soll man das bezahlen. Das ist richtig. Die Ingenieurakademie war einmal im Landeshaushalt und ist dann in den Stadthaushalt überführt worden.

Nun, meine Damen und Herren, im Stadthaushalt stehen den Berufs- und Fachschulen — dazu gehört die Akademie ja bis auf den heutigen Tag, vorläufig ist sie ja noch nicht Fachhochschule — nur 30 Prozent der 20 Millionen DM, das sind nach Adam Riese 6 Millionen DM, zur Verfügung. Wenn nun in der Pressemeldung der Ingenieurakademie gesagt wird, infolge der Rezession sei diese Schule nicht gebaut worden, obwohl die Plannung schon abgeschlossen ist, dann ist das meiner Ansicht nach nicht ganz richtig. Diese 6 Millionen DM mußten verteilt werden zum Bau aller Berufs- und Fachschulen, und nicht nur der Ingenieurakademie. Infolgedessen war gerade damals ein Zeitpunkt, wo der dringende Bau von Berufsschulen kaufmännischer und gewerblicher Art erforderlich war. Es mußten die Mittel dann in diesen Sektor hineinfließen.

Jetzt finden wir zum ersten Mal in den Haushaltsplänen, daß die Akademien in den Bereich des Landeshaushalts überführt worden sind. Nun flattert uns hier auf den Tisch einmal der Antrag der NPD und die Forderung, wenn ich das zusammenrechne, von 20 Millionen DM, die hier Studenten und Dozenten stellen. Es muß anerkannt werden, daß diese Forderungen richtig sind, denn die Ingenieurakademie muß — auch wenn sie Fachhochschule wird — ihre Pflichten erfüllen und ihre Ausibldungsprogramme gewährleisten können. Nun ist doch die Frage die, wenn nun die Fachschulen in den Gesamthochschulbereich hineinrücken, fallen Sie dann auch — da muß ich den Herrn Senator fragen — in den Bereich der Finanzierung aus dem Bund?

Wenn auch hier demnächst 50 Prozent der Kosten für die Fachhochschulen vom Bund getragen werden, dann wären wir wohl über diese Dinge hinweggekommen. Ist das aber nicht der Fall, dann glaube ich, müssen wir schon sagen, daß der Herr Senator und die Regierungskoalition sich möglichst bald etwas einfallen lassen müssen, wie diese Summe zum Bauen bereitgestellt wird.

In der Ingenieurakademie liegen bereits 700 Anmeldungen vor. Diese 700 jungen Leute treten im Augenblick noch nach den alten Bestimmungen mit der Fachschulreife beziehungsweise mit der mittleren Reife an. Auch hier muß irgendeine Möglichkeit geschaffen werden, daß diese 700 jungen Leute noch die Möglichkeit haben, auch jetzt — wenn im nächsten Jahr das Gesetz beschlossen wird — die Fachhochschulen zu besuchen.

Bei diesem Antrag, der hier vorliegt, ist es sehr, sehr schwer, ihm nicht zuzustimmen. Da wir aber die finanzielle Lage kennen, ist meine Fraktion der Ansicht, daß wir den Senator für das Bildungswesen und die Regierungskoalition fragen: Wie wollen Sie über diese Misere, über diesen Bau hinwegkommen, und wann ist damit zu rechnen, daß mit diesem Bau begonnen wird?

Ich bekam Anrufe, in denen mir gesagt wurde, in zweieinhalb Jahren kann man solch einen Bau errichten. Das ist natürlich eine Utopie. Wenn ich nämlich an die Berufsschule für Elektrotechnik denke, die dort am Berufsbildungszentrum gebaut wird, so ist dieser Bau heute noch ein Torso. Wenn man dort hinkommt, dann arbeiten dort drei Leute. Der Witz im Berufsbildungszentrum geht schon so: Da unten arbeiten drei Türken, im Kran sitzt ein Deutscher, und wenn dieser etwas von unten haben muß, so muß er einen Dolmetscher haben, der die gewünschte Sache von unten nach oben befördert, damit er auch die richtigen Teile bekommt.

Es ist leider so, daß dieser Bau nach eineinhalb Jahren Bauzeit noch ein Torso ist und noch nicht einmal bis zum höchsten Stockwerk ausgebaut ist. Insofern wäre der Bau der Ingenieurakademie mit mindestens vier Jahren zu veranschlagen. Aber vielleicht kann der Herr Senator oder die Regierungskoalition uns einmal sagen, wie diese 20 Millionen DM oder 12½ Millionen DM möglichst bald verkraftet werden können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Änderungsantrag, der vom Kollegen Hustedt begründet worden ist, zielt darauf ab, für das Haushaltsjahr 1970 einen Betrag von 5 Millionen DM und für 1971 einen Betrag von 7,5 Millionen DM einzusetzen. Ich verstehe diesen Antrag nicht ganz, auch wenn man die Verhältnisse an der Ingenieurakademie berücksichtigt, wenn ich mir die Haushaltsrede des Kollegen Brouwer noch einmal vergegenwärtige. Herr Brouwer ist mit Recht davon ausgegangen, daß auf jeden Fall erwartet werden müßte, daß diesem Hause ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird. Auf der

anderen Seite dürfte aber auch die Schuldenlast, die Bremen ohnehin schon zu tragen habe, nicht so groß werden, daß für die Zukunft jegliche Investitionspolitik unmöglich gemacht wird. Ich teile diese Auffassung des Kollegen Brouwer. Ich meine aber, daß dieser vorliegende Änderungsantrag dem widerspricht, was Kollege Brouwer vorher gesagt hat.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Hustedt beantworten?

Abg. **Ströh** (SPD): Geht das von meinen fünf Minuten Redezeit ab?

Präsident Engel: Jawohl!

Abg. **Ströh** (SPD): Dann bitte kurz!

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Bitte, Herr Hustedt!

Abg. **Hustedt** (NPD): Ist Ihnen entgangen, daß ich in meiner Begründung gesagt habe, woher wir diese Mittel nehmen möchten?

Abg. **Ströh** (SPD): Ich komme noch darauf zu sprechen. Ich gehe zunächst einmal davon aus, meine Damen und Herren, daß auch der NPD-Fraktion seit 1969 bekannt ist, daß die Koalitionsfraktionen ein Koalitionsabkommen über einen Investitionshaushalt in Höhe von 800 Millionen DM abgeschlossen haben. Von diesem Investitionshaushalt werden auch die Haushaltsentwürfe, die dem Hause vorliegen, geprägt.

Nun zu Ihrer Frage, Herr Kollege Hustedt. Ich bin auch als Sprecher der Deputation für Berufs- und Fachschulen verantwortlich für das Gesamtwohl unserer Freien Hansestadt Bremen. Ich kenne die Verhältnisse in Bremen und kann davon ausgehen, daß leider nicht nur das berufsbildende und das allgemeinbildende Schulwesen erhebliche Mittel benötigen. Es gibt noch andere Sachgebiete, ich denke beispielsweise an das Verkehrswesen, an den Bereich des Senator für Inneres, mit dem wir uns heute morgen beschäftigt haben, an das Sozial- und Wohlfahrtswesen, die mehr Mittel benötigen, um ihre Aufgaben im wünschenswerten Umfang zu erfüllen. Da müssen wir uns irgendwie arrangieren. Das entsprechende Arrangement liegt Ihnen vor in den Haushaltsvoranschlägen, über die wir in diesen Tagen abzustimmen haben.

Mit anderen Worten, ich würde gern 29 Millionen DM zusätzlich für die Ingenieurakademie beantragen, weil ich weiß, daß das der tatsächliche Bedarf ist, der mir von der Ingenieurakademie nicht einmal, sondern in vielen Besprechungen genannt worden ist. Aber, meine Damen und Herren, man kann nicht mehr aus einem Geldsäckel herausnehmen, als der Steuerzahler hineinzahlt. Es blieb uns deshalb nichts anderes übrig, als das vorzuschlagen, was wir Ihnen hier in den Anschlägen vorgelegt haben.

An dieser Stelle möchte ich Sie aber darauf aufmerksam machen — und wenn Sie die Haushaltspläne aufmerksam lesen, Herr Hustedt, werden Sie mir zustimmen —, daß in der Zeit von 1968 bis 1969 für den ersten und zweiten Bauabschnitt insgesamt 4,1 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden sind und für den S- und F-Trakt in der Zeit von 1968 bis 1971 einschließlich der Anschläge, die im Haushalt stehen, rund 3,7 Millionen DM. Das ist die Bestätigung dafür, meine Damen und Herren, daß die Deputation und die Regierungskoalition die Ingenieurakademie wenn auch nicht im beantragten, so doch in einem Umfange berücksichtigt haben, der uns einen großen Schritt voranbringt. Sicherlich langt das immer noch nicht. Aber wenn Sie meinen, meine Damen und Herren, daß darunter die Qualität der Ausbildung leiden könnte, dann muß ich Ihnen entgegenhalten, daß die Bremer Ingenieurakademie in der Bundesrepublik einen ganz ausgezeichneten Ruf besitzt. Das ist auch der Grund, warum so viele junge Leute diese Bildungsanstalt besuchen wollen. Gerade die Tatsache, daß wir unsere Ingenieurakademie auf diesen qualitativ hervorragenden Stand gebracht haben, ist mit ein Grund für die unerfreulich langen Wartezeiten. Ich meine, das sollte man auch einmal feststellen.

Zum anderen, Herr Hustedt, Ihre Ansichten über den Studiengang an den Ingenieurakademien dürfen Sie vor den Studenten nicht vertreten, wenn Sie die praxisnahe Ausbildung fordern. Sie müßten eigentlich wissen, daß die Diskussion um die Fachhochschulen gerade in die entgegengesetzte Richtung geht. Ich meine, wenn man schon einen Antrag begründet, sollte er auch von Sachverstand getragen sein.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: O, das ist aber toll!)

Ich bitte daher, meine Damen und Herren, den Änderungsantrag der NPD abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auch meine Fraktion möchte den Änderungsantrag der NPD ablehnen, nicht jedoch ohne einiges Nachdenken ablehnen und nicht ohne einen Appell. 700 Studenten auf der Warteliste, wobei sicher auch etliche aus unseren Nachbarländern kommen. Aber diese Ingenieurakademie war eine der wenigen wichtigen kulturellen und Bildungsaufgaben, die wir mangels einer Universität in unserem Unterweserraum auch für unsere Nachbarn betreiben. Eine der Aufgaben, es gibt natürlich noch eine Reihe anderer!

Meine Damen und Herren, ein Numerus clausus — und lassen Sie mich das bitte einmal ganz krass wiederholen —, ein Numerus clausus auf einer so auf Praxis gerichteten Akademie ist und bleibt ein

Skandal. So bitter das in unseren Ohren klingt, es ist so! Meine Damen und Herren, sicher stehen wir zur Liste der Prioritäten, und es ist Ihnen schon aufgezählt worden, was aus dem dazu zur Verfügung gestellten Haushalt alles getan wurde. Denken Sie an den Elektrotrakt für die Akademie, denken Sie an die Berufsschule für Holz, an die Berufsschule für Elektro, denken Sie nicht zuletzt an die jetzt angefangene Fachoberschule.

Ich sage Ihnen das einfach deshalb, weil ich an dieses Haus appellieren möchte, daß ein Numerus clausus an dieser Stelle und in dem Umfang mit allen Kräften abgebaut werden muß. Wir müssen in den kommenden zwei Jahren, wenn wir auch bisher nicht in der Lage waren, dem abzuhelfen, ständig uns bemühen und daran denken, wie wir dem abhelfen können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Ströh hat mir einen Hinweis gegeben, daß ich in der gestrigen Haushaltsrede auf Sparsamkeit hingewiesen hätte. Der Haushalt, den wir in den nächsten Tagen zu beschließen haben, setzt sich aus Prioritäten zusammen, Prioritäten, die wir hier in langen Debatten während eines ganzen Haushaltsjahres eigentlich festgelegt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion ist der Meinung, daß zu diesen Prioritäten eben der Bauhof nicht paßt und nicht notwendig ist, hauptsächlich deshalb — ich greife damit der Begründung unseres Änderungsantrags schon vor —, weil uns noch im letzten Jahr erklärt wurde, daß der Senator für das Bauwesen vor 1972 nicht an den Bau dieses Bauhofs dächte.

Aus diesem Grunde haben meine Freunde und ich den Erweiterungsbau der Ingenieurakademie für vorrangig vor dem Bauhof gehalten, und deshalb unser Antrag, und deshalb bitte ich Sie um Unterstützung.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Selbst der Abgeordnete der Regierungskoalition Herr von Groeling-Müller hat in aller Deutlichkeit gesagt, es sei ein Skandal, daß 700 Wartende vor den Toren — —

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das habe ich nicht gesagt, Herr Dr. Sieling!)

O ja! Ein Numerus clausus sei ein Skandal, und man müsse es immerhin als Numerus clausus bezeichnen, wenn 700 Anwärter warten müßten. Wir möchten das in aller Schärfe unterstreichen.

Wir halten den uns vorliegenden Änderungsantrag seinem Inhalt nach für voll berechtigt, und wir meinen, daß irgend ein Weg gefunden werden muß, der Ingenieurschule zu helfen. Wir möchten den Senat in dieser Frage auf keinen Fall aus seiner Verantwortung entlassen und werden daher dem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei CDU und NPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 300 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir mit der Beratung des Einzelplans 02 fertig.

Wir kommen zum Einzelplan

03 Arbeit.

Nach der Vereinbarung in der Interfraktionellen Sitzung ist hier keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Wortmeldungen liegen dazu auch nicht vor.

Wir kommen daher zur

Einzelberatung.

0301/525 Fortbildung von Sozial- und Arbeitsrichtern

Wir haben einen Antrag, und zwar den

Änderungsantrag Nr. 301:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0301/525 22-2 Arbeit / Allgemeine Bewilligungen / Zuschüsse für die Fortbildung von Sozial- und Arbeitsrichtern

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 15 000 DM um 10 000 DM auf 25 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 15 000 DM um 10 000 DM auf 25 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe hier eine Sachaufklärung zu geben und darf vorweg bemerken: Wenn die Deputation für Arbeit vorher, vor den eigentlichen Beratungen ihres Haushalts, gewußt hätte, daß eine solche Notwendigkeit besteht, diese Mittel aufzustocken, wäre ein solcher Beschluß auch sicherlich

von der gesamten Deputation gefaßt und entsprechend an den Haushaltsausschuß beziehungsweise an das Gesamtplenum herangetragen worden. Es hat sich erst nachträglich herausgestellt, daß die eingesetzten Mittel nicht ausreichen werden, und zwar deswegen nicht ausreichen, weil sich gerade das laufende Recht auf diesen Gebieten ständig im Fluß befindet, weil sich jetzt abzeichnet, daß sowohl auf der Arbeitgeberseite als auch auf der Arbeitnehmerseite eine verstärkte Fortbildung notwendig ist. Es handelt sich immerhin um rund 500 Richter, beisitzende Richter aus der Sozial- und Arbeitsgerichtbarkeit, und für die weiteren Fortbildungsmaßnahmen sind diese Mittel dringend erforderlich.

Ich darf darum bitten, daß diesem Änderungsantrag die Zustimmung gegeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Sagner.

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen des Kollegen Stäcker nur noch von der Sache her unterstreichen. Die CDU stimmt diesem Änderungsantrag grundsätzlich zu, weil, Herr Stäcker hat das schon ausgeführt, wir in ähnlicher Form der Meinung sind, daß — Herr Stäcker, ich darf Sie hier vielleicht berichtigen, das laufende Recht befindet sich nicht im Fluß, soweit sind wir noch nicht, auch wenn die Weser gelegentlich einmal wegen der Eiswette zugefroren sein könnte — gerade die Sozialrichter entsprechend weiter informiert werden müssen und deswegen dieser Änderungsantrag von uns allen unterstützt werden möge.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 301 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit haben wir auch den Einzelplan 03 zu Ende gebracht.

Meine Damen und Herren, das nächste wäre der Einzelplan 04 Wohlfahrt, Jugend und Sport. Hier ist eine allgemeine Aussprache vorgesehen. Ich wäre nicht überrascht, wenn diese allgemeine Aussprache längere Zeit in Anspruch nimmt. Aus diesem Grunde schlage ich dem Hause vor, daß wir jetzt Schluß machen und morgen früh mit der Beratung dieses Abschnitts fortfahren. Das Haus ist einverstanden.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 17.50 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen